

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis...
Wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgelbte Kolonette
ober deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Wohnort: Amt IV. Nr. 1982.

Dienstag, den 14. Mai 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Wohnort: Amt IV. Nr. 1984.

Volldampf voraus!

Der Flottenverein mit seiner Million Mitglieder ist das
Bekanntnis der deutschen Großbourgeoisie und des deutschen
Philisteriums zur Weltpolitik. Im Zeichen dieser Weltpolitik
wurde die letzte Wahlschlacht geschlagen. Die Begeisterung
für die Weltpolitik brachte hunderttausende Wähler an die
Wahlurne. Die Weltpolitik ist das neue soziale Evangelium
des deutschen Spielers, der sich gern für etwas „Großes“
begeistern will, aber zu borniert und egoistisch ist, um sich
für das sozialistische Ideal des Proletariats zu begeistern.

Weltpolitik: d. h. Flotten- und Kolonialpolitik. Ohne
Niesenflotte kein überseeisches Neu-Deutschland — und kein
Kolonialbesitz ohne erstklassige „Seewehr“!

Die Aera Dernburg ist die Robilmachung der Börse für
die Weltpolitik, die bis dahin außer in beschränkten Handels-
und Industriekreisen nur in dem persönlichen Regiment
und seinen feudalen Verbündeten eine feste Stütze fand. Nun
sich auch die Spekulationswelt der Bankokratie auf die deutsche
Weltpolitik geworfen hat — nicht zwar als ob das private
Kapital irgendwelches Risiko übernehmen wollte, sondern die
Börse will sich umgekehrt auf Staatskosten bereichern — hat
sich auch der ganze Linksliberalismus zur Weltpolitik bekehrt.
Und wenn das Zentrum entgegen seinen früheren Traditionen
der Weltpolitik etwas mehr Zurückhaltung markiert, so nur
deshalb, weil es zum Festhalten seiner starken proletarischen
Wählerchaft der oppositionellen Masse nicht völlig entbehren
darf. Im Grunde freilich sind die leitenden Zentrums-
kreise ebenso gut Anhänger der Weltpolitik, wie Freisinnige
und Nationalliberale.

Die vornehmste weltpolitische Agitationsgruppe bildet der
Flottenverein, der, wie gesagt, eine Million Mitglieder aus allen
bürgerlichen Parteien zählt. Die eigerartige Konstellation der
letzten Wahlkampagne zwang nun die Leitung des Flotten-
vereins, nicht nur auf die Sozialdemokratie, sondern auch auf
das Zentrum loszuschlagen. Darob der Entrüstungssturm
in der Zentrumspresse, die Keim-Entfaltungen des „Vaterländischen
Courier“ usw. Das sah beinahe so aus, als ob es bei der
nächsten Generalversammlung des Flottenvereins zu einem
schweren inneren Konflikt im Verein kommen werde. Aber
der erwartete Krach blieb aus. Man redete sich hinter
verschlossenen Türen den Ingrimm vom Herzen und trat dann
geheim und geschloffen vor das Publikum. Der Flottenverein
ist doch der Weltpolitik wegen da — und da die Gottentotten-
wahlen im Zeichen der Weltpolitik standen, mußte ja der
Flottenverein die „nationale“ Sache auch gegen das
Zentrum vertreten! Das ist eine so klare Sache,
dass sie auch von den ultramontanen Flottenvereinslern
nicht bestritten werden konnte. Der Konflikt wäre
nur dann unvermeidlich gewesen, wenn das Zentrum es
mit seiner Kolonialopposition ernst meinte. Da das Zentrum
aber im Grunde seines Herzens genau so „national“, d. h.
flotten- und kolonialpatriotisch ist wie Kon-
servative und Liberale, begnügte man sich mit einer
rednerischen Kauferei in geheimer Sitzung und sprach dann
einstimmig der Leitung des Vereins, also auch dem be-
rechtigten Flotten-Reim, das Vertrauen aus.

Die Zentrumsanhänger im Flottenverein haben am Sonn-
tag auf der Hauptversammlung in Köln kapituliert. Sie hatten
folgende Anträge gestellt:

- 1. Es seien von dem Präsidium des Deutschen Flotten-
vereins feste Garantien sowohl in persönlicher als auch in sach-
licher Beziehung zu verlangen, daß die Vereinsleitung künftig
unter keinen Umständen wieder in das politische Gebiet hinüber-
greife. Es seien ferner von dem Präsidium dem geschäfts-
führenden Vorsitzenden genau die Grenzen vorzuschreiben, in
welchen er sich zu bewegen hat und außerdem Vorkehrung zu
treffen, daß die Organisation des Vereins nicht wieder dazu miß-
braucht wird, politische Agitation zu treiben.
- 2. Es sei in die Satzung des Flottenvereins eine Bestimmung
aufzunehmen, wodurch es vollständig hergestellt wird, daß
der Deutsche Flottenverein und seine Organe als solche bei politischen
Wahlen nicht in den Wahlkampf eingreifen dürfen.

Diese Anträge wurden von dem Sprecher des ultra-
montanen Flügels, dem Freiherrn v. Würzburg, glatt
zurückgezogen, und zwar mit der überaus fadenstehenden Be-
gründung, daß das Präsidium des Vereins erklärt habe,
es wolle keine Partei, sondern nur „nationale“ Politik
treiben. Solch nationale und keine Parteipolitik während
der letzten Wahlkampagne getrieben zu haben, behauptete
aber gerade das Präsidium! Wenn die Zentrumsangehörigen
des Flottenvereins sich gleichwohl mit dieser famosen Er-
klärung, die ja für das Zentrum nur eine neue Pa-
pfeife war — stempelte sie doch das Zentrum wegen

der Ablehnung der Südwestafricarede zu einer anti-
nationalen Partei — zufrieden gaben, so sicher
nur in der Voraussetzung, daß das Zentrum künftig
niemals wieder „antinationale“ Anwendungen haben
werde! In dieser Voraussetzung werden die Herren ja auch
Recht behalten — trotz aller ultramontanen Prellereien!

Die Richtung Reim trug also in Köln einen vollständigen
Sieg davon. Die Parole bleibt die alte: Volldampf voraus!
Immer draußengerischer hinein in die Weltpolitik! Vorwärts
zu immer abenteuerlicheren und uferloseren Betreibungen!
Diese weltpolitische Treiberei fand ihren Ausdruck in dem
obligaten Telegramm an den Kaiser, das da lautete:

„Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät entbietet die in
Köln tagende siebente ordentliche Hauptversammlung des Deutschen
Flottenvereins ehrsüchtvolle Guldigung. Unsere Bestrebungen
sind nach wie vor darauf gerichtet, dem Vaterlande bald eine starke
Flotte schaffen zu helfen, welche in der Hand Ew. Majestät die
sicherste Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens bietet. Der
Präsident Otto Fürst zu Salm.“

Ferner nahm die Versammlung einstimmig — also
widerum unter einmütiger Zustimmung des ultra-
montanen bayerischen Landesverbandes des Flottenvereins! —
folgende Resolution an:

„In der Erkenntnis, daß andere Nationen die Kampfkraft
ihrer Flotten unaufhörlich, und zwar in einem solchen Maße ver-
mehrten, daß sich die Stärkeverhältnisse immer mehr zu unseren
Ungunsten verschoben, woraus ernste Gefahren für das Vaterland
entstehen können, spricht die siebente ordentliche Hauptversammlung
des Deutschen Flottenvereins die Ansicht aus: es ist unbedingt
nötig, den durch die Flottengesetze von 1900 und 1906 festgesetzten
Ausbau der deutschen Flotte zu beschleunigen. Um das Verständnis
hierfür weiter unter dem deutschen Volke zu fördern, wird der
Deutsche Flottenverein in seiner Tätigkeit fortfahren und dabei
als nationaler Verein über den Gegensätzen der Parteien und
Konfessionen stehen.“

Also auch die Novelle zu dem Fünfmilliardengesetz tut
es nicht; der Flottenbau muß beschleunigt werden! Und die
Zentrumsmitglieder des Flottenvereins resolvieren,
daß auch in den Zentrumskreisen das Verständnis für
die glorreiche Schulden- und Defizitwirtschaft der Wandelpolitik
von Vereinstwegen möglichst gefördert werden soll!

Brandmarkung verdienen die provokatorischen Rede-
wendungen des Herrn Reim. Unmittelbar vor der Kölner
Versammlung hatte der Generalissimus des Flottenvereins in
Essen eine Rede gehalten, in der er wichtige Ent-
scheidungen in der Weltpolitik ankündigte, die nur
durch Blut und Eisen ausgetragen werden könnten. Auf der
Generalversammlung selbst leistete er sich die zartesten
Nebelblüten: Die Zustimmung zu einem etwaigen Beschluß
der Haager Konferenz, mit dem Bau von Kriegsschiffen
aufzuhören, würde er für ein schweres
nationales Unglück für Deutschland halten. Er sei der Meinung,
die Flotte müsse schneller ausgebaut werden. Man
sage, Deutschland solle nicht so nervös sein. Wenn man sich
aber in einer Gesellschaft befinde, in der man einem nicht
wohlwolle und in der sich zwei Kerle mit starken Knütteln be-
fänden, während man selbst nur einen dünnen Spazier-
stock habe, so könne man schon nervös werden.

Solch zarte Anspielungen müssen natürlich im Ausland
die verhängnisvollste Mißstimmung erzeugen. Das beschränkt
selbst das Woffe-Blatt, wenn es auch meint, im Reich
selbst wisse man, daß es sich hier nur um „großsprecherische
Worte eines abgedankten miles gloriosus“ handle. Ach
nein, so liegen die Dinge doch nicht. Dieser abgedankte
Gamaschenheld ist durchaus kein Dorettengeneral, sondern
der stürmisch bejubelte Leiter eines Vereins mit
einer Million Mitglieder aus allen bürgerlichen
Parteien, er ist neben dem Generalissimus des Reichslügen-
verbandes während der letzten Wahlkampagne das wichtigste
politische Werkzeug des Reichskanzlers und
des Kolonialsekretärs gewesen, also ein Mann von
hervorragender politischer Bedeutung und geradezu unheimlichem
Einfluß. Seine intellektuelle Minderwertigkeit beeinträchtigt diese
seine Bedeutung keineswegs, denn nicht der Intellekt,
sondern das Mandat kommt hier einzig in Frage! Was
ja auch der Fall Dernburg klarlich beweist!

Welche Rolle der Flottenverein in unserem politischen
Leben spielt, beweist zu allem Ueberflus die Begrüßungsrede,
die der Generalfeldmarschall v. Sahlke im Auftrage des
Kaisers an die Hauptversammlung richtete. Er erklärte, daß
der Kaiser den Flottenverein sehr hoch schätze und
ihn beauftragt habe, seinen „besonders herzlichen
Dank allen auszusprechen, die so opferwillig und einsichtig
sich den Mühen und umfangreichen Arbeiten im Verein
unterziehen.“ Der Kaiser lasse dem Flottenverein eine
„weitere segensreiche und erfolgreiche Zukunft wünschen“. Der
Hauptmacher eines solchen Vereins kann nicht als beiläufige
Persönlichkeit abgetan werden. Seine Worte und Handlungen
fallen auf die Leiter der deutschen Politik zurück!

Deshalb bedeutet die Kölner Tagung des Flottenvereins
nicht nur ein neues ostentatives Bekenntnis unserer ganzen
Bourgeoisie zur abenteuerlichsten Weltpolitik, zum uferlosesten
Betreiben, sondern obendrein noch eine überflüssige täppische
Provokation der fremden Nationen!

Das deutsche Proletariat hat deshalb die Pflicht, ebenso
ostentativ und nachdrücklich zu erklären, daß es mit dieser
provokatorischen Abenteuerpolitik nicht nur nicht das mindeste
gemein hat, sondern sie auch mit Anspannung seiner äußersten
Kraft bekämpft!

Das Ende des Kampfes in der
Holzindustrie.

Am Sonntag tagte im Zirkus Schumann die General-
versammlung des Holzarbeiterverbandes, welche über An-
nahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden
hatte. Die Zahl der Versammlungsteilnehmer betrug, wie
durch die an der Kontrolle ausgegebenen Stimmzettel
festgestellt wurde, fast 9000. Tausende fanden keinen Einlaß.
Im Zirkus selbst waren alle Plätze von der Manege bis zur
obersten Galerie besetzt. Wie aus den Legitimationen zu er-
sehen war, erschienen die Ausgesperrten zuerst. Schon um
8 Uhr, also zwei Stunden vor der angelegten Zeit, fanden sie
sich in großen Trupps ein. Punkt 10 Uhr wurde die Ver-
sammlung eröffnet.

Glode erhielt als Referent des Vorstandes das Wort.
Eingehend schilderte er die Ursachen und den Verlauf des
Kampfes. Es sei ein hartes Ringen zwischen den organisierten
Unternehmern und der Arbeiterorganisation gewesen. Die
Unternehmer, unterstützt durch das Unternehmertum anderer
Berufe, wandten ihre ganze Kraft auf, um den Arbeitern
ihren Willen aufzuzwingen. So wie die Dinge lagen, sei es
von vornherein klar gewesen — und diesen Standpunkt habe
der Redner von Anfang vertreten — daß bei dem Kampf
günstigstenfalls nicht mehr erreicht werden konnte, als daß
ohne Vertrag weiter gearbeitet würde. Auf weitere Er-
rungenschaften sei nicht zu rechnen gewesen. Nur darum habe
es sich gehandelt, daß der Holzarbeiterverband von den Unter-
nehmern nicht besiegt werde. Der Kampf habe große
Opfer erfordert. 2 1/2 Millionen Mark habe der Holz-
arbeiterverband für Unterstüßungen in diesem Kampfe aus-
gegeben. Wie im Kampfe selbst, so sei auch bei den Eingangs-
verhandlungen um jede, auch die geringste Verbesserung,
welche die Arbeiter forderten, lange und heftig gestritten
worden. Besonders hart sei der Streit um die Arbeitszeit
gewesen. Bis zum letzten Augenblick standen die Unternehmer
auf dem Standpunkt, daß sie keine Verkürzung der
Arbeitszeit zugestehen könnten, während die Verbands-
vertreter ebenso entschieden erklärten, sie würden unter keinen
Umständen einen Vertrag annehmen, der keine solche bietet.
So sei denn nach heftigen Ringen, nach heißen Debatten der
Schiedsspruch zustande gekommen. Mehr, wie er bietet, sei
nicht zu erreichen gewesen. Die Unternehmer bewilligen nicht
mehr; sie würden den Arbeitern noch länger Widerstand
leisten. Es müsse auch berücksichtigt werden, daß die gegen-
wärtige Konjunktur den Arbeitern nicht günstig sei und daß
sich schon mehr als 1000 Streikbrecher gefunden haben. Es
sei ja nicht das erreicht, was die Arbeiter haben wollten, man
könne ja mit dem, was geboten wird, nicht zufrieden sein;
aber es sei doch ratsam, den Schiedsspruch anzunehmen, damit
wieder geregelte Verhältnisse eintreten und der Organisation
ihre Schlagfertigkeit wiedergegeben werde. Unter diesen Um-
ständen müsse jeder Kollege sagen: Brechen wir den Kampf
ab. Wir haben nicht viel erreicht, aber wir haben einen
Kampf geführt, wie er selten von einer Organisation geführt
worden ist. Deshalb ersuche ich Sie, den Schiedsspruch anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Alt, der erste Diskussionsredner, wandte sich heftig
gegen die Annahme des Schiedsspruches. Er erkannte an,
daß die Verbandsleitung im Kampfe und bei den Verhand-
lungen ihre Schuldigkeit getan habe, aber was sie erreicht
habe, das genüge den Kollegen nicht. Der Verband müsse den
Unternehmern zeigen, daß er auch ohne Vertrag die Arbeits-
plätze besetzen könne. Eine ehrliche Niederlage sei besser, als
ein Vertrag, wie er jetzt geboten werde. (Beifall.)

Vecker-Stuttgart, Mitglied des Hauptvorstandes,
führte aus, der Hauptvorstand habe den Kampf in Berlin mit
allen Kräften unterstützt, weil es sich hier nicht mehr um einen
Lohnkampf handelte, sondern um die Frage, ob der Holz-
arbeiterverband beim Abschluß von Verträgen überhaupt noch
mitzureden habe. Diese Frage sei jetzt zugunsten des Ver-
bandes entschieden. Der Holzarbeiterverband habe dem Ar-
beiterschutzverband gezeigt, daß er doch mitzureden habe.
Die Ehre der Arbeiterorganisation sei durch diesen Kampf
gerettet worden, deshalb könne er nun auch beendet werden.
(Beifall.)

Es sprachen noch Kusche, F. Leopold und Roth
für die Annahme des Schiedsspruches. Dann nahm die Ver-
sammlung mit großer Mehrheit einen Schlußantrag an. Die
Abstimmung erfolgte durch Stimmzettel. An der Abstim-
mung beteiligten sich viele in Arbeit stehende Mitglieder nicht.
Sie wollten die Entscheidung den Ausgesperrten überlassen.
So erklärt es sich, daß nur 6650 Stimmzettel abgegeben
wurden. Für Annahme des Schiedsspruches erklärten sich
4705, dagegen 1861, während 81 Zettel ungültig waren. So-
mit ist der Schiedsspruch durch den Holzarbeiterverband an-
genommen.

Die Berliner Tischlermeister und Holz-
industriellen hielten am Montag nachmittag ihre
Generalversammlung ab, welche über den Schiedsspruch ab-
zustimmen hatte. Herr Rabardt als Referent empfahl die
Annahme des Spruches. Er tat das mit sauerlicher Miene.
Nurte er doch zugeben, daß die Unternehmer trotz des langer
Kampfes ihr Ziel nicht erreicht haben und daß des-
halb ein großer Teil der Tischlermeister mit den Bedin-

hungen des Schiedspruches sehr unzufrieden ist. Aber — so führte Herr Rahardt aus — der Kampf müsse jetzt abgebrochen werden. Daß derselbe so lange dauern konnte, beweise, daß die Arbeitgeber nicht stark genug seien, um dem Holzarbeiterverbande gegenüber ihren Willen durchzusetzen. Die Mittel des Holzarbeiterverbandes hätten weiter gereicht, als man es in den Reihen der Meister glaubte. Der Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Vereinbarung, die sich jetzt auf 15 Städte erstreckt, mit der Zeit zu einem Vertrag über ganz Deutschland führen werde, wie er für das Buchdruckgewerbe besteht. Die bewilligte Lohnerhöhung von 5 Proz. solle dadurch eingebracht werden, daß die Preise der Produkte um — 7½ Proz. gesteigert werden. Ein dahingehender Beschluß werde in 20 deutschen Städten gefaßt werden. Eine weitere Fortsetzung des Kampfes würde gleichbedeutend gewesen sein mit dem Ruin von zahllosen Existenzen. Nach Pfingsten würde der Zusammenhalt der Arbeitgeber nur sehr schwer aufrecht zu erhalten sein. Aus allen diesen Gründen sei die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen, mehr hätten die Vertreter nicht erreichen können. Der Redner teilte mit, daß der Schiedspruch in allen beteiligten Städten bereits angenommen ist, nur von Bernau und Oldenburg liegt noch kein Resultat vor. — Nach dem Referenten sprachen die Vertreter der verschiedenen Branchen und des Reformvereins für Annahme des Schiedspruches.

In der Diskussion kam eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Schiedspruch zum Ausdruck. Der erste Diskussionsredner erklärte, er sei durch dies Resultat schmerzlich enttäuscht. Wir haben Krieg geführt und sind geschlagen. Wir haben ja ziemlich alles bewilligt, was die Gesellen gefordert haben. Ein anderer Redner sagte, während des Kampfes ist auf der anderen Seite behauptet worden, die Großen wollen uns Kleinen tot machen. Es scheint beinahe, als ob es so ist. Die Kleinen und mittleren Meister halten noch zusammen, aber die Großen sind es, die jetzt anfangen wollen. Ich bin dafür, keinen Pfennig und keine Minute. — Wieder ein anderer Redner sagte: Jetzt ist die Saison vorbei, das ganze Geschäft ist aus; wir müssen von vorn anfangen und da soll ich den Gesellen 5 Proz. mehr geben. Ich habe jetzt gar keine Arbeit und kann keine Gesellen gebrauchen. Vor einigen Wochen hat uns Herr Bry gesagt, alle Unternehmer Deutschlands stehen hinter uns, die Eisenindustriellen zahlen pro Mann 1 Mk., damit wir unterstützt werden. Etwas haben wir ja bekommen. Nun lassen Sie doch die Eisenindustriellen erst bezahlen, damit wir die Unterstützung bekommen. Wenn wir noch vier Wochen warten, dann fangen die Gesellen ohne Lohnerhöhung an, sie können sich nicht mehr halten. (Lebhafter Widerspruch. Rufe: Das ist uns schon vor 8 Wochen gesagt worden.) Ich bin dafür, daß wir weiter streiken. (Beifall.)

In ähnlichem Sinne sprachen noch verschiedene Redner. Niemand war mit dem Schiedspruch zufrieden. Die meisten Redner machten gegen denselben scharfe Opposition. Auch dem Vorstande machten einige Redner harte Vorwürfe, weil er mit solchem Resultat den Kampf abbrechen wollte. Mit dem, was jetzt bewilligt werden sollte, würden die Arbeiter schon zu Weihnachten zufrieden gewesen sein und die Arbeitgeber hätten die Betriebe keine Stunde schließen brauchen. Der ganze Kampf sei vergebens geführt worden.

Herr Rahardt wehrte sich gegen die dem Vorstand gemachten Vorwürfe. Nicht der Vorstand sei schuld an dem unbefriedigenden Ausgang des Kampfes, sondern diejenigen Kollegen, welche die Ausbeutung nicht mitmachen und dadurch die Position des Gegners stärken. Wenn die Pianofortefabrikanten und die Klavierspieler und alle, die zum Fach gehören, mitgemacht hätten, dann wäre ein anderes Resultat erzielt worden.

Nur einzelne Redner empfahlen die Annahme des Schiedspruches unter lebhaftem Beifall eines Teiles der Versammlung. Herr Rahardt legte im Schlußwort, er könne hier in der Deffinitivität nicht alle Gründe darlegen, welche für den Abbruch des Kampfes sprachen. Die Mitglieder müßten in dieser Hinsicht dem Vorstand Vertrauen schenken. Nicht finanzielle, sondern geschäftliche Gründe sprechen für die Annahme des Schiedspruches. Die Berliner Holzindustrie habe durch den Kampf 14 bis 15 Millionen Mark eingebüßt, die Arbeiter etwa 6 Millionen Mark an Löhnen. Weitere Verluste könnten der Industrie nicht zugemutet werden.

Die Abstimmung wurde hierauf durch Stimmzettel, in den einzelnen Branchen gesondert, vorgenommen. Das Resultat ist, daß der Schiedspruch mit 2337 gegen 418 Stimmen angenommen wurde.

Die Holzarbeiter in Leipzig haben am Sonnabend abend in einer von 2000 Mann besuchten Versammlung nach einem Referate des Bevollmächtigten Versiche den vorgeschlagenen Vertragsentwurf angenommen, obwohl sich in der Debatte eine starke Strömung gegen den Entwurf geltend machte.

In Lübeck haben am Sonnabend abend sowohl die Meister als auch die Gesellen dem Vertrag zugestimmt. Der Kampf begann hier in den Fabriken am 15. März und in den Werkstätten am 1. April 1906.

Stupide Verhöhnung.

Wir befinden uns zwar erst im Frühling, im Mai, aber die „Saison“ hat für unsere Besthenden längst begonnen. Mögen unsere Vorseher und Industriellen auch in Schlachtensee oder Nilossee, inmitten ozonhaltigster Nieserheide, die prächtigste Villa besitzen; ihre Necken bedürfen gleichwohl der Auffrischung durch einen Aufenthalt an der Riviera, in Marokko oder Ägypten. Die Winterfashion, die Strapazen der Premieren und Gesellschaften haben die oberen Hunderttausende allzusehr angestrengt. Sie müssen auf Monate hinaus nach dem Süden. Wird die Hitze gegen Ende Mai allzu bedrückend, so flüchtet man in die Seebäder, nach Nordsee, Helgoland oder Norwegen. Die Willen der feudalen Horzote und die Prachthäuser in Berlin W. sind entvölkert. Herabgelassene Jalousien fällen die prunkenden Wohngeleise in schlürftigen Däfler. Nur der Portier genießt die abendliche Kühle der Vorgärten und sieht die silbernen Reflektoren des Mondes im Laub spielen.

So lebt die besitzende Klasse. Währenddessen frondet das Proletariat in ständigen Fabrikskassen und in der Sonnenglut der Bauplätze. Und wenn es eine Verkürzung der Arbeitszeit erstrebt, um sich nach der harten Tagesfronst einmal als Mensch zu fühlen, so erklären ihm die Unternehmerverbände den Krieg, so werfen sie den Proletariat höhnend auf's Straßenpflaster. Und die „liberale“ Presse schüttet obendrein den Spöttel ihrer fetten Späße über ihn aus. So leben wir in der „V. J. am Mittag“.

Vor kurzem hat ein Chefredakteur in einem Inserat zu seiner Empfehlung angegeben, er sei an eine zehnjährige

Bureau-tätigkeit gewöhnt. Die Arbeiter des Berliner Baugewerbes aber fordern die achtstündige Arbeitszeit und sind bereit, um dieser Forderung willen die Gefahren und Leiden eines Niesenstreiks auf sich zu nehmen. Demgemäß muß man jungen Leuten, die vor der Berufswahl stehen, sich aber nicht zu überarbeiten wünschen, dringend empfehlen, nicht auf die Stellung eines Chefredakteurs hinzustreben, sondern Maurer zu werden.

Die öffentliche Meinung wird in diesem Kampfe, von dem fleißig bis hunderttausend Arbeiter betroffen sein werden, nicht auf Seiten der Arbeiter stehen, und das ist keineswegs unwichtig, denn der Widerstand der Arbeitgeber wird im allgemeinen nicht durch materielle, sondern durch psychologische Einwirkungen erschwert. Hier aber werden die bürgerlichen Kreise sich sagen, daß den Arbeitern unmöglich ein Recht auf Rühmigkeit zuzuschreiben kann. Wie leben nun einmal nicht wie die Paganini, die ihr Tagewerk in ein kurzes Ständchen zusammendrängen und sich dann für den Rest des Tages behaglich die Sonne in den Hals scheinen lassen. Wir sind ein Volk, das durch die gewaltige Zunahme der Bevölkerungsziffer auf eine immer rasendere Arbeit angewiesen ist, und ohne diese Arbeit ist es ganz unmöglich, unseren Arbeiterstande die relativ hohe Lebensführung zu erhalten, deren er sich jetzt erfreut.

Es ist geradezu ungeheuerlich, solch blödem Geschreibsel in einem Blatte zu begegnen, das sich zur äußersten bürgerlichen Linken rechnet!

Ein bürgerlicher Chefredakteur mit zehnjähriger Bureauarbeitszeit würde unfehlbar akuter Verblödung verfallen. Besteht doch die Tätigkeit eines Journalisten nicht nur in redaktioneller Arbeit, sondern auch in unausgesetztem Lernen. Aber davon ganz abgesehen: ein bürgerlicher Chefredakteur hat das Besondere des Eintommens eines Berliner Maurers. Und während ein Maurer gesellschaftlich nützliche Arbeit leistet, besteht die Tätigkeit eines bürgerlichen Chefredakteurs häufig in einer so minderwertigen, direkt gesellschaftsschädigenden Leistung, wie sie der Artikel der „V. J. am Montag“ darstellt. Es wäre wirklich besser gewesen, wenn der Verfasser eines solchen Artikels, der nicht einmal zu begreifen vermag, daß auch ein Proletariat außer seiner körperlichen Arbeitsleistung auch noch Kulturbedürfnisse hat, noch lesen und lernen mag, wenn nicht qualifizierter Arbeiter, so doch Handlanger geworden wäre. Seine Fähigkeiten und Bedürfnisse hätten dann einer Tätigkeit entsprochen, die unzählige Proletariat widerwillig und zähneknirschend, als Opfer des unersättlichen kapitalistischen Fatums, auszuüben verdammt sind!

Der Artikel der „V. J. am Montag“ ist charakteristisch für die Weltanschauung selbst der Liberalen der Arbeiter. Der Proletariat ist ihnen noch Geburt und unveränderlichem Schicksal der Pein, das Arbeitstier! Er soll ja nicht aufbegehren gegen sein trauriges Los, gibt es doch eine handvoll einsichtsloser geistiger Proletariat, die sich in Diensten des Ausbeutertums ebenso stummstimmig abradern, wie der Handarbeiter!

Mögen diese intellektuellen Ruffis sich in ihrem — freilich vergoldeten — Käfig wohl fühlen, das Proletariat rüttelt darum nicht minder kräftig an den kapitalistischen Kerkerstäben!

Zu Kreuze gekrochen!

Die Zentrumsopposition im Flottenverein hat sich idyllisch unterworfen. Die Zentrumspresse gebärdet sich über diese schmähliche Kapitulation suchstieleiswaid. Sie möchte zwar so tun, als ob der Zentrumsflügel einfach überlistet worden sei, aber dieser Schwindel läßt sich im Ernste doch nicht aufrecht erhalten. Die Ueberstimmen brauchten ja dann nur einfach aus dem Verein auszutreten. Das wäre die konsequenteste und wirksamste Form des Protestes gegen die Klein-Majorität gewesen. Aber die bayerischen und sonstigen ultramontanen Flottenszene zogen es vor, zu Kreuze zu kriechen. Das ist äußerst symptomatisch für die aufstrebende Blockherrschaft und den weltpolitischen Koller der agrarischen und bürgerlichen Zentrumsselemente! Das oppositionelle Gebahren der Zentrumsopposition ist eitel Heuchelei: nicht nur die katholischen Kirchenfürsten, sondern auch die heijenden und leitenden Schichten des Zentrums sind genau so kapitalistisch-weltpolitisch verfeuert, wie die Krenndt, Bassermann und Biemer. Für diese Elemente war die Kolonialopposition nur eine klüchtige Episode, während die „nationale“ Parole und Strategie des Flottenvereins ihren Grundgedanken durchaus entspricht. Daß der Flottenverein das Zentrum im letzten Wahlkampfe in niederträchtiger Weise bekämpfte, verschmerzen sie um so leichter, da ja die weltpolitische Raubpolitik der Flottenvereins-Kampagne ihren kapitalistischen Ausbeuterinteressen durchaus homogen war. Ueber der Partei steht diesen Zentrumsselementen das „nationale“ Interesse, will sagen die kapitalistische Interessensolidarität von Kanitz bis Storz!

Deshalb trotz der Bayerischen Landesverband zu Kreuzel. Das Zentrum wird ja kaum jemals wieder „antinationale“ sein. Bei der nächsten Reichstagswahl wird der „nationale“ Block auch das reuige Zentrum einschließen, und der Flottenverein wird seine Attade ausschließlich gegen den gemeinsamen Feind, die Sozialdemokratie, richten.

Alles das wissen natürlich auch die Zentrumsblätter ganz genau. Aber sie, die doch auf zwei Schultern zu tragen haben, denen speziell die Däpierung der proletarischen Zentrumsblätter obliegt, können den Unfall nicht so ohne weiteres mitmachen. Demagogisch donnern sie deshalb gegen den Unfall der übrigen. Sie fordern sogar zum allgemeinen Austritt aus dem Flottenverein auf — nach dem Unfall ihrer Leute eine harmlose Demonstration!

Die „Germania“ meint, hinter den Kulissen hätten sich offenbar erbauliche Dinge abgespielt, bevor man vor der Deffinitivität die Einmütigkeit in bengalischer Beleuchtung habe erstahlen lassen. Diese Einigkeitstomödie sei nur „Sand in die Augen“. Als ob nicht gerade die nutzlose posthume Prekautonade Sand in die Augen wäre!

Die „Germania“ muß eingesehen, daß die allgemeine Versicherung, der Flottenverein verriere nur „nationale“, nicht aber parteipolitische Bestrebungen, fauler Jauber ist. Herr Keim werde sich auch künftig nicht um solche Erklärungen kümmern.

Die „Germania“ erklärt schließlich:

„Das Präsidium des Flottenvereins und insbesondere Generalmajor Keim sind in der Hauptfrage die Sieger geblieben, darüber geben wir uns keinerlei Selbsttäuschung hin; und darum können wir erst recht nicht einknickend genug vor dem Eintritt in den politischen Flottenverein warnen, wie wir auch den katholischen und den dem Zentrum angehörigen Mitgliedern jetzt noch und jetzt erst recht die moralische und politische Pflicht zuschreiben, unerschütterlich aus dem Flottenverein auszutreten.“

Schärfer noch geht die „Märk. Volkszeitung“ ins Zeug:

„Es ist bedauerlich, daß die Bayern, die, wie erinnerlich, in unzweideutiger Weise die Wahlagitation des Flottenvereins verurteilt und eine dahingehende Resolution gefaßt haben, zu

Kreuze gekrochen sind. Sie standen lange nicht allein mit ihrer Auffassung der Dinge. Die Verbände des Flottenvereins im Königreich Sachsen, im Großherzogtum Baden, in Elsaß-Lothringen, in Schlesien und Brandenburg, Berlin stellten sich mehr oder weniger auf den Boden der Resolution des Bayerischen Landesverbandes. In der Debatte sind die Gegner eines politischen Flottenvereins unterlegen.“

Selbst die Zentrumsopposition gibt also zu, daß die Zentrumsanhänger im Flottenverein zu Kreuze gekrochen sind. Heute rüffelt noch die Zentrumsopposition diesen Unfall der ultramontanen Flottenszene. Aber wie lange, und die Zentrumsopposition wird vor dem Dornburg-Kreuz zu Kreuze gekrochen sein! Nur zu bald werden sich die gemeinsamen kapitalistischen Ausbeuterinteressen als stärker erweisen, als das Gefühl der parteipolitischen Kränkung, verursacht durch keine Rivalitäten zwischen den verschiedenen Koterien der Ausbeuter!

Wahltag in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 12. Mai geschrieben: Noch 48 Stunden, und der Tag der Wahl ist da! Wie immer der Wahlkampf ausfallen möge, es wird in jedem Falle ein historischer Tag sein, dieser erste Wahltag des allgemeinen und gleichen Stimmrechts in Oesterreich, dieser Tag, der das gesamte Volk, befreit von den seinen Willen vergewaltigenden Kurien, mit gleichem Rechte zur Urne ruft.

Schon äußerlich unterscheidet sich diese Wahl sinnfällig von den bisherigen Wahlen. Während die Kurienwahlen mindestens einen Monat dauerten, haben wir diesmal endlich den einen Wahltag des einen Rechts. Zwar haben es die schlagartigen durchgesetzte, daß in Galizien die Wahl auf mehrere Tage verteilt wird, und in Dalmatien bedingt es die Formation des Landes, aber der überwiegende Teil des Landes wird doch am 14. Mai gewählt werden, und über Größe und Gewicht der politischen Parteien wird dieser erste Wahltag ausreichende Aufschluß geben. Zum erstenmal wird sichtbar werden, wie Oesterreich ist: Wieviel an modernen Ideen in ihm lebendig, wieviel an hemmenden Kräften der Vergangenheit in ihm noch wirksam.

Das fünftägige Stimmrecht wird freilich erst in den Stichwahlen (am 23. Mai) gebildet werden. Infolge der Parteizersplitterung in allen bürgerlichen Lagern wird die Zahl der Stichwahlen sehr beträchtlich sein; insbesondere in Deutschböhmen dürften — mit Ausnahme der Bezirke, wo die Sozialdemokraten im ersten Wahlgange siegen — am Dienstag wenig Mandate vergeben werden. Das kann sich nur in dem agrarischen Teile ereignen; in dem industriellen Gebiet — und Deutschböhmen ist überwiegend industriell — wird im ersten Wahlgange wohl kein einziger bürgerlicher Kandidat gewählt werden; dazu ist die Arbeitererschaft in Böhmen zu zahlreich und zu stark! So richtet sich denn der Wettbewerb unter den bürgerlichen Parteien vorzugsweise darauf, die Partei zu werden, welche mit den Sozialdemokraten in Stichwahl kommt und sich dann, durch Anrufung der bürgerlichen und nationalen Solidarität, den Sieg am wahrscheinlichsten gestaltet.

Was die deutsch-bürgerlichen Parteien betrifft, so kann man sagen, daß sie sich alle in einem offenkundigen Niedergang befinden — die Christlichsozialen mit eingeschlossen, denen der Auszug ins „Neid“ nicht viel mehr eintrugen wird als eine Reihe statlicher Plamagen und eine Fülle neuer Feinde. Daß die Dinge in den bürgerlichen Lagern zu neuen Parteien drängen und daß die „eine große deutsche Partei“ allenfalls durch Fusionen zustande kommen könnte, ist nicht zu verkennen. Es hat sich eben alles ausgelebt und überlebt; die Parteien und die Menschen, und das neue Wahlrecht wird sich seine neue Partei formen!

Wird die Sozialdemokratie in Oesterreich die große Probe auf ihre Leistungsfähigkeit gut bestehen? Wahlen haben ihre Mühen, und über Wahlausichten Prophezeiungen anzustellen, ist ein micklich Ding. Aber wenngleich wir nicht wissen, wieviel Mandate wir erobern werden: Daß das Wahlergebnis die Sozialdemokratie in Oesterreich als eine große, schlagfertige und zielbewußte Partei offenbaren wird, das unterliegt keinem Zweifel. Auch wenn das Ergebnis hinter den Wünschen und den Hoffnungen zurückbliebe, es wird dennoch weit größer sein, als man in der bürgerlichen Welt denkt, und bei den Ueberraschungen, die — wie jede — auch diese Wahl bringen kann, werden wohl nicht wir die Betrübten sein!

Der Wahltag muß für die Sozialdemokratie zweierlei bringen, soll er von ihr als rechtlichster Erfolg gebührend werden können: Ein Ergebnis in Wien und in Niederösterreich, das die Sozialdemokratie als den Christlichsozialen ebenbürtige Gegnerin erscheinen läßt, und einen Wahlsieg in den Industrieländern — insbesondere in Böhmen — von einer Größe, welche der Bedeutung der Arbeiterklasse in diesem industriellsten Teile Oesterreichs Ausdruck gibt. Auf beides kann gehofft werden, und beides hat sich die gewaltig ausholende Agitationsarbeit verdient.

So blickt denn die Partei dem Wahltag mit jener Zuversicht entgegen, die das Bewußtsein gut erfüllter Pflicht verleiht, und sie hofft, in der ersten Wahl des allgemeinen Stimmrechts vor der gesamten Internationale würdig zu bestehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Mai 1907.

Ein heißer Waffengang.

Die heutige Reichstags-Sitzung führte noch zu einem scharfen Waffengang zwischen der Sozialdemokratie und den Herrschenden vom Block. Als Genosse Mollenhuth anlässlich der Beratung des Handelsabkommens mit Amerika klarlegte, daß zwar kein Reich von dem Abkommen voll befreit sei, und als er die unverantwortliche Heckeri der Junker zu einem Volkstriege mit Amerika aus ihrer Haltung zum Bucherzolltarif konstatierte, kreischten und schnarpen ihn die „Besten der Nation“ an. Unbeirrt wies jedoch Mollenhuth nach, daß die hohen Bälle die Ursache zu dem vom Grafen Kanitz heute wieder beflagelten rigorosen Vorgehen Amerikas im wirtschaftlichen Verkehr mit Deutschland sind. Jedenfalls schränkt aber das Abkommen mit Amerika die Gefahr eines Volkstriege ein, und da die Sozialdemokratie alle Bestrebungen unterstützt, die Handel und Verkehr zwischen den Völkern fördern, so stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Abkommen.

Die murrenden Junker, die aus Rücksicht auf das Drängen nach Ferien eine Entgegnung auf die Angriffe Mollenhuths unterließen, erfuhren eine noch härtere Apostro-

phierung, als Genosse Bebel zur Generaldebatte für die dritte Lesung des Etats das Wort ergriff. Bebel zog das Fazit des ersten Tagungsabschnittes des neugewählten Reichstages. Als er die unfruchtbare Blockpolitik kritisierte, da ergriff nervöse Erregung die freisinnigen Helfer des reaktionären Blocks. Gleich ihren neuen Junkerfreunden schrien sie auf, als Bebel die idealen und finanziellen Bande bloßlegte, die die Freisinnigen mit den Junkern verbinden. Derselbe Bettelsack ist für alle Blockgenossen zur Bestreitung der Wahlkosten geschlungen worden und die Freisinnigen leisteten dafür Wahlbeihilfe der reaktionären Junkerpartei, die Bebel als das größte Unglück für Preußen und Deutschland stigmatisierte.

Kindisch reagierte dagegen der Abgeordnete Müller-Meinungen, der unseren Genossen Kronas als Geldgeber der Partei nannte und unter schallendem Gelächter der Sozialdemokraten von der unter „Wasserkante“ quitierten Beiträgen zur sozialdemokratischen Parteikasse als von den Gaben irgend eines Kommerzienrats sprach. Müller und Wassermann leugneten auch die sozialpolitische Unfruchtbarkeit des Reichstages. Letzterer deklarierete sogar die angekommenen sozialpolitischen Resolutionen als positive Tätigkeit, obgleich diese der Regierung die positive Arbeit zuschieben, auf die der Reichstag selber verzichtet! —

Auch der Abgeordnete Konrad Hausmann von der süddeutschen Volkspartei suchte erregt die Angriffe Bebels auf die linksliberalen zurückzuweisen, mußte sich aber von Bebel die kolonialpolitische Schwelgerei seiner „demokratischen“ Fraktionsgenossen nachweisen lassen. Nur die von Bebel scharf angegriffene provozierende, kriegsheberische Tätigkeit des Flottenvereins und die diplomatische Selbstisolierung Deutschlands wurde auch von Hausmann scharf getadelt.

Gegenüber der Inferiorität des Blocks, dessen einzelne Gruppen sich in der Unterstützung der Regierung zu überbieten suchten, zeichnete Bebel in großen Strichen die traurige Finanzlage des Reiches, die durch die Blockpolitik noch verschlimmert wird. Nicht nur 100 Millionen Mark neuer Steuern wird der Block im Herbst bewilligen müssen, es werden zu den in diesem Etatsjahre neu aufgelegten Schulden von 254 Millionen Mark neue Schulden und höhere Zinsen kommen, da die Auflegung der neuesten Schatzanweisung zu nur 4 Proz. und bei einem Kurse von 98 vor sich gegangen ist! Hiergegen wäre nur mit einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer zu helfen.

Die wirtschaftliche Situation beleuchtete Bebel mit der Tatsache, daß die agrarische Zollwucherpolitik eine starke Erhöhung der Getreidepreise in Deutschland hervorgerufen hat, die um den vollen Zoll höher sind als im Ausland. Diese Volkswirtschaftliche Situation muß wirtschaftliche Krisen und Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die junkerliche Scharfmacherei, die oben drein nach Repressalien gegen die Sozialdemokratie schreit und ihr Sprachrohr besonders in dem junkerlichen Schweinepolitiker v. Oldenburg hat, tat Bebel mit glücklichem Humor ab. Eine scharfe Lektion erteilte er dem Abg. Müller-Meinungen, der den Unfall der Freisinnigen bei der Abstimmung über die durch reichsanwaltliche Beeinflussung zustande gekommene Wahl des konservativen Abg. v. Nächsthofen gar noch zu verteidigen suchte.

So mußten schließlich die Müller und Wassermann ihre scharfartige, zerstückelnde Wempe wieder in die Blockschilde zurückziehen; sie waren es in dem Hochgefühl, im Schatten der Regierungsgunst geborgen zu sein. —

In der Spezialberatung, die nun einsetzte, wurde eine Reihe kleinerer Wünsche laut. Die Welsen riefen mit der Aufstellung der braunschweigischen Thronfolge den Grafen Pokadowsky auf den Plan, der den „Bruch des Legitimitätsprinzips“ zu beschönigen suchte.

Morgen soll mit dem Rest der zur Aufarbeitung bestimmten Vorlagen ausgeräumt werden und dann Vertagung bis zum 19. November eintreten.

So ist's bestimmt in Blokes Rat. —

Die Jagd auf Rotwild und anderes Wild.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschloß heute — gemäß dem Antrage der Geschäftsordnungskommission — das Urteil gegen den Genossen Schotte von der „Düsseldorfer Volkszeitung“ durch das er wegen formaler Beleidigung des Abgeordnetenhauses zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, im „Reichsanzeiger“, im „Vorwärts“ und in der „Düsseldorfer Volkszeitung“ zu publizieren. Das Proletariat wird gewiß gern an dieses Dokument der preussischen Schande erinnert sein.

Nach vollbrachter „Rat“ wurden in dritter Lesung Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die unteren Beamten und Staatsarbeiter, sowie der Gesekentwurf gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden bewilligt. Eine längere Debatte lief erst wieder das Gesetz über die Ausübung des Jagdrechts herab, ein Thema, für das im Dreiklassenparlament bekanntlich immer das lebhafteste Interesse herrscht. Die Kommission hat mit seltenem Fleiß in der Regierungsentwurf eine Modifikation des gesamten Jagdrechts hinzugebracht, und sie war augenscheinlich sehr stolz auf diese ihre Leistung, die auch vom Ministerische freundlich anerkannt wurde. Gerade die wichtigste Frage aber, die der Entschädigung für Jagdschaden, ist natürlich ausgefallen worden! Gleichwohl machte die Mehrheit der Junker, weil einige Bestimmungen des Gesetzes auch den Kleinbauern zugute kommen, gegen die Vorlage Opposition, und der Abgeordnete Kabe v. Wappenheim, ein bekannter Wahlrechtsverächter, suchte die Bestimmungen des Gesetzes wenigstens von seiner Heimatprovinz Hessen-Rhau fernzuhalten. Der Versuch mißlang, weil er selbst einigen Konjektiven zu dreist und zu offenerzig erschien.

Das Gesetz wurde in seinen Hauptbestimmungen angenommen.

Erdrosselung der Hülfskassen.

Dem Reichstage ist gestern der Entwurf eines Gesetzes über die Hülfskassen zugegangen. Dies Konstrukt entspricht im wesentlichen den von der vorjährigen Kommission gemachten Beschlüssen. Die Begründung zeichnet sich durch besondere Nichtberücksichtigung des einmütigen Protestes der Hülfskassen gegen das Gesetz aus. Die Motive verschweigen sorgsam die gegen den Entwurf erhobenen Einwendungen. Wie der im Vorjahre vorgelegte Entwurf würde auch dieser Entwurf, falls er Gesetz würde, dazu dienen, die Tätigkeit vieler Hülfskassen lahmzulegen und den Schwindeldiebstahl, falls sie unter patriotischen klingenden Namen oder unter der Bezeichnung sogenannter Patrioten Handwerker, Arbeiter und Gesinde bedauern, noch mehr wie heute die Wege ebnen. Es gilt nun, gegen diesen Wechselbals heuchlerischer Fürsorge und polizeilicher Willkür Front zu machen. —

Auch ein „Landfriedensbruch“.

Vor der Strafkammer zu Dresden standen gestern zwei Arbeiter, die Landfriedensbruch begangen haben sollen. Der Arbeiter Weder hatte, auf dem Rade sitzend versucht, zu Streikbrechern, die auf einem Planwagen nach der Fabrik von Seidel u. Raumann gebracht wurden, zu sprechen, wobei er sich an dem Wagen festhielt. Ein

Buchhalter auf dem Wagen schlug ihn mit einem Stode über die Hand, worauf der erbohte Weder gerufen haben soll, man solle die Pferde anhalten und den Wagen umwerfen. Zu Weder und seinen Kollegen auf dem Rade kommen dann Arbeiter aus einer Versammlung, die denselben Weg wie der Wagen hatten — der Wagen mußte stehen bleiben — ein Schuttmann konnte ohne weiteres Ruhe stiften — seinem Streikbrecher ist etwas geschehen und leblich von der Plane des Wagens wurden die Ringe abgerissen, da die Arbeiter die Plane aufhoben, um mit dem Streikbrechern zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit wurde noch ein Arbeiter Nowak festgenommen, dem bei dem Durcheinander der Gut abgestoßen wurde und der sich häute, um seine Kopfbedeckung unter den Pferden wieder hervorzuholen. Später ließ der Schuttmann den Nowak wieder los. Die Menge rief A. zu, er solle aussteigen. Dieser erwiderte aber, er habe nichts getan und es läge deshalb kein Grund vor, auszureihen. Er blieb ruhig stehen und pugte sich seinen Hut ab. Dann kam der Schuttmann zurück und nahm ihn zum zweitenmal fest. Und auf Grund dieses Tatbestandes wurde Nowak angeklagt wegen — Landfriedensbruchs (!) und verurteilt — wegen Landfriedensbruchs (!) zur Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis! Weder erhielt sechs Monate Gefängnis! Drei Monate Gefängnis wegen — Aufheben eines Gutes! —

Die bestrafte Frömmigkeit.

Zu der bereits telegraphisch gemeldeten Verurteilung des Einjährigen Robert Kall vom 4. Fußartillerie-Regiment zu Magdeburg durch das Magdeburger Kriegsgericht wegen Gehorsamsverweigerung wird uns noch gemeldet:

Kall ist Adventist vom siebenten Tage und betrachtet es als Sünde, vom Freitagabend bis Sonnabendabend zu arbeiten. Er hatte infolge dessen wiederholt den Dienst verweigert, weshalb er schon einmal zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Bei Verbüßung dieser Strafe im Gefängnis zu Torgau ist Kall an einem Sonnabend wieder nicht zur Arbeit erschienen. Der Anklagevertreter beantragte, ihn deswegen zu vier Monaten und vierzehn Tagen Gefängnis zu verurteilen. Das Gericht ging aber weit darüber hinaus und erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte erklärte, daß er auch fernhin die Arbeit verweigern werde; seine irdische Strafe könne ihn anderen Sinnes machen. Das Gericht stellte ihm für das nächste Mal die Ueberweisung an die Arbeiterabteilung in Aussicht. Was man über die Ansichten des Angeklagten denken wie man will — aber: welche seelischen Qualen muß der Bedauernswerte beim Militär erdulden!

Ein Demokrat.

Die „Augsburger Abendzeitung“ erzählt: „Als der Vizepräsident Kaempf an das Haus die Frage richtete, ob dem Abg. Ledebour nach dem dreimaligen Ordnungsruß das Wort zu entziehen sei, blieb der württembergische Demokrat Storz zunächst stumm. Auf die vertinberte Frage des neben ihm sitzenden Sozialdemokraten Robert Schmidt-Werlin, also Ledebours Spezialkollegen, weshalb er nicht aufstehe, antwortete der Abgeordnete Storz: „Mein demokratisches Gewissen verbietet mir das, da ich die beiden letzten Ordnungsruße nicht für berechtigt halte.“ Darauf entfuhr dem Gehege der Jähne des Abgeordneten Schmidt unwillkürlich das Wort: „Aber Sie können doch nicht gegen Ihren eigenen Präsidenten stimmen!“ Das leuchtete Herrn Storz plötzlich ein, und er erhob sich im leichten Augenblick, freilich nachdem das Ergebnis der Abstimmung bereits vom Bureau festgestellt war. —

Wiederm gefüllte Stimmzetteltuberts!

Die auffällige Tatsache, die bei den letzten Wahlen mehrfach beobachtet wurde, daß nämlich in den amtlichen Wahlbüchern, die den Wählern zum Gebrauch übergeben wurden, bereits Stimmzettel stecken, ist, wie nachträglich gemeldet wird, auch wieder bei der Wahlwahl in Glauchau-Meerane beobachtet worden! Der Chemnitzer „Volksstimme“ wurde aus Präunsdorf bei Waldenburg geschrieben:

... Bis abends 6 Uhr verlief die Wahlhandlung ganz ohne Störung, als dann aber die Arbeiter angezogen kamen, wovon der größte Teil gehindert war, früher zu erscheinen, da sie nicht im Orte arbeiten, wurde von einigen bemerkt, daß in den ihnen ausgehändigten Kuberts schon Stimmzettel lagen, die auf den Namen Goldstein oder Böcher lauteten. Als der kontrollierende Genosse darauf aufmerksam gemacht worden war, trat er sofort an den Vorstandstisch und meldete diese Beobachtung. Es wurden dann die Kuberts untersucht und fanden sich dabei gerade hundert solcher, schon mit Zetteln versehenen Kuberts. Der Herr Gemeindevorstand teilte mit, daß er die Kuberts von der Amtshauptmannschaft bekommen und sie nicht nochmals nachgesehen habe. Es ist ein Blatt, wie es möglich ist, daß Kuberts mit Stimmzetteln von der Amtshauptmannschaft ausgegeben werden können, denn bei jeder Ausgabung werden doch die Stimmzettel aus den Kuberts genommen! Weiter ist mindestens auffällig, daß diese Kuberts gerade zu der Zeit ausgegeben wurden, als die Arbeiter zur Wahl erschienen. —

Ran sollte meinen, daß nach den vielen Fällen bei den Blockwahlen, wo bereits gefüllte Kuberts konstatiert wurden, die für die Wahlvorbereitungen verantwortlichen Organe zu ganz besonderer Aufmerksamkeit sich hätten verpflichtet fühlen müssen. Daß trotzdem wieder dieselbe lächerliche Unregelmäßigkeit passieren konnte, ist mindestens sehr — auffällig!

Der Bamberger Erzbischof und die bayerischen Landtagswahlen.

Der Pfarrer Grandinger in Nordholzen sucht sich dem gemeldeten bischöflichen Eingriff in die Ueberzeugungsfreiheit der katholischen Priester mit wirklich diplomatischem Geschick zu entziehen und aus dem Briefe des Bischofs das Gegenteil von dem herauszulassen, was er begehren sollte. Er lehnt dem Bischof in einem Briefe auseinander, daß er Kandidat aller bürgerlichen Parteien und zu diesem designiert worden sei, weil seine Kandidatur wahrlich nicht der Sozialdemokratie das Mandat entzieht. Nach der Vereinbarung mit den liberalen Parteiführern werde er sich den Blockparteien als Hospitant anschließen, und als solcher könne er sich volle Freiheit in allen Fragen, besonders in religiösen, wahren. Aus der Erklärung des Erzbischofs, daß er die Priester in ihren staatsbürgerlichen Rechten nicht beschränken wolle, schöpft er, Grandinger, die Ueberzeugung, daß nunmehr für seine vielumstrittene Kandidatur die Bahn frei sei. Die Blockparteien haben mit dieser liberalen Priesterkandidatur seit Wochen gekämpft, nun stellt sich aber heraus, daß der Pfarrer eigentlich gar kein Liberaler ist. Seine Erklärung ist nicht für ihn beschämend, sondern für die Liberalen, die sein geistliches Gewand als Räuber benutzen wollen, um die katholischen Wähler einzufangen.

Angarn.

Die Staatsbahn.

Soborn, 18. Mai. (Abgeordnetenhaus.) Handelsminister v. Rosjuch legt einen Gesekentwurf, betreffend die Regelung der Verträge der Beamten der Staatsbahnen, sowie eine Dienstordnung vor. Nach diesem Entwurf erhalten die Angestellten eine anfängliche Bezahlung von 1000 Kronen sowie eine Wohnungszulage mit der Beförderung eines alle 2 Jahre erfolgenden Advancements. Die Teilnahme an Anstalten und an passiver Restenz nicht fortgesetzte Entlassung ohne Einleitung eines Disziplinerverfahrens nach festgesetzten von Beamtenstellen können nur mit vorheriger Genehmigung des Handelsministers gebildet werden. Die Beamten der Staatsbahnen können nicht Mitglieder eines solchen Vereins sein, dessen Tendenz mit dem Interesse des Dienstes der Staatsbahnen nicht vereinbar ist.

Die jährliche Mehrbelastung des Staates infolge dieser Gehalts-erhöhung beträgt 1 1/2 Millionen Kronen.

Spanien.

Acebedo in Freiheit.

Madrid, 11. Mai. (Fig. Ber.)

Aus Anlaß der Geburt des Thronfolgers hat Alphons XIII. u. a. auch unseren Genossen Acebedo amnestiert.

Wie die Leser des „Vorwärts“ sich erinnern werden, war Genosse Acebedo zu acht Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er in einem Artikel in der sozialistischen Zeitung „La Lucha de Clases“ (Der Klassenkampf), die in Bilbao erscheint, die „Majestät“ beleidigt haben soll. Von seiner Strafzeit hat Acebedo bereits 1 1/2 Jahre abgedüßelt.

Ueber 300 Versammlungen haben die Proletarier Spaniens in den letzten Monaten abgehalten, tausende und abertausende haben geharnischte Proteste ans Ministerium des Innern gesandt, um ihrer Empörung über das gegen Acebedo gefällte barbarische Urteil Ausdruck zu leihen. Die Presse Spaniens und die des Auslandes, ja sogar bürgerliche Organe beteiligten sich an diesem Protestfeldzuge, dem es in letzter Linie denn wohl auch zu danken ist, daß Alphons die günstige Gelegenheit ergriff, Acebedo freizugeben. In „Lucha de Clases“ hat Acebedo, der die Zeitung des Blattes wieder übernehmen wird, bereits einige Zeilen veröffentlicht, in welchen er allen denen herzlich dankt, die gegen seine Entlassung protestiert haben. —

Schweden.

Die Abänderung des Wahlrechts wurde am Sonnabend von der zweiten Kammer mit 122 gegen 105 Stimmen nach dem Gesekentwurf der Regierung mit einigen Zusätzen angenommen, die teils auf Bewilligung von Diäten für die Mitglieder der ersten Kammer hinausgehen, teils auf Herabsetzung des für die Ausübung des Wahlrechts zur ersten Kammer bestehenden Jenfus von 4000 Kronen auf 2000 Kronen Einkommen. Dieser Beschluß unterscheidet sich von dem vorher von der ersten Kammer angenommenen nur dadurch, daß die erste Kammer eine Herabsetzung des Jenfus für die Ausübung des Wahlrechts zur ersten Kammer nicht beschloß. Man nimmt an, daß die definitive Lösung in einem Vermittlungsvorschlage gefunden werden wird, den beide Kammern annehmen und in welchem der in Frage kommende Jenfus auf 3000 Kronen festgesetzt werden wird.

Die erste Kammer genehmigte mit 98 gegen 52 Stimmen einen Zusatzantrag zum Wahlgesekentwurf der Regierung, nach dem den Mitgliedern der ersten Kammer dieselben Diäten wie den Mitgliedern der zweiten Kammer gewährt werden. Die Regierung war mit dem Zusatzantrag einverstanden.

Eine Niederlage des Marinismus.

Die schwedische Regierung hatte dem Reichstag einen Vorschlag zur Verlegung der Flottenstation von Karlskrona nach Kelsing in Stockholm Schären unterbreitet. Die Kosten waren auf nicht weniger als 40 Millionen Kronen berechnet. Der Staatsauschuß lehnte diesen Vorschlag ab, sprach sich aber in seiner Mehrheit für eine Verlegung der Flottenstation nach Kalmar aus, das der Hauptstadt noch etwas näher liegt, sowie für Bewilligung von 100 000 Kronen zwecks gründlicher Untersuchung der Angelegenheit. Die Verlegung nach Kalmar, meinte man, werde „nur“ 28 Millionen erfordern.

Am Donnerstag befachte sich der Reichstag mit den Vorschlägen. Der Regierungsentwurf wurde in beiden Kammern ohne formelle Abstimmung verworfen. Die Erste Kammer entschied sich jedoch mit 102 gegen 28 Stimmen für den Ausschuhvorschlag und bewilligte die 100 000 Kronen.

In der zweiten Kammer wurde nach gründlicher Debatte auch dieser Vorschlag abgelehnt und zwar mit nicht weniger als 178 gegen 85 Stimmen. Hier waren es namentlich unsere Parteigenossen Thorsson und Christensson, die ein gut Teil zu dieser überraschend schweren Niederlage der marinistischen Pläne beitrugen.

Amerika.

Der gesetzliche Achtstundentag für Telegraphisten ist durch die Staatslegislatur von Wisconsin angenommen worden.

Der von den sozialistischen Abgeordneten eingebrachte Gesekentwurf bestimmt, daß es ungesetzlich sein soll, Eisenbahntelegraphisten oder andere Telegraphisten innerhalb von 24 Stunden länger als acht Stunden zu beschäftigen. Das Gesetz schließt alle Stationsvorarbeiter und alle Unterbeamten ein, die im Nebenberufe mit Telegraphieren beschäftigt werden und die bisher 10, 12 und 14 Stunden arbeiten mußten. Das Gesetz hat allerdings noch den Senat zu passieren. —

Australien.

Die Behandlung der Eingeborenen von Australien durch die überall vordringenden Weißen wird von dem Bischof Matthews ohne in Perth, Westaustralien, einer scharfen Kritik unterzogen. „Das Land“, sagt der Bischof in einem Artikel, der durch die australische Presse geht, „gehört den Eingeborenen. Man nahm es ihnen, ohne sie zu entschädigen. Die gegenwärtige Bewilligung von 10 000 Pfund pro Jahr für 12 000 Schwarze ist lächerlich gering. Die Eingeborenen verlieren ihre natürlichen Hülfsquellen immer mehr; die Säugruhe und das gefüllte wilde Geflügel verschwinden, wo die Farmer mit ihren Schaf- und Rinderherden erscheinen. Wenn der Schwarze leben will, dann muß er Schafe und Rinder flehen. Das wird ihm aber als großes Verbrechen angesehen. Er sieht sich überall verfolgt und dem Hunger und Elend preisgegeben; die Masse stirbt aus. Der weiße Mann kennt kein Mitleid mit dem Schwarzen.“

Kommissionen der englischen Regierung haben schon öfter die Sachlage untersucht und die Behandlung, der die Schwarzen ausgesetzt sind, entschieden verurteilt, aber es geschah nichts Ernstliches zur Abhilfe. Das Amt eines „Ober-Schubhörn“, das in Perth für die Eingeborenen eingerichtet ist, hat keinerlei Bedeutung. Der Bischof fordert daher eine Intervention von Seiten der Regierung, um der aussterbenden Rasse zu helfen.

Wie in West-Australien, so ist es auch in den übrigen Staaten des australischen Bundes. Die Schwarzen werden betraubt, verdrängt und sterben aus.

Internationale „Kolonisierungs“-Politik! —

Gewerkschaftliches.

Wer den sozialen Frieden bricht!

Das zeigen wieder mal zwei Vorkommnisse, die dem „Berliner Tageblatt“ mit unterlaufen in einer sichtlich zugunsten der Unternehmer inspirierten Besprechung der Berliner Bohnkämpfe in seiner Montagsausgabe. Ueber den Kampf in der Holzindustrie heißt es da:

Ursprünglich handelte es sich in diesem Kampf nur um Berlin und Vorpommern. Später aber kam noch eine Reihe von Provinzialstädten hinzu, in denen ebenfalls durch Ausschreitungen die Kampfmittel der Arbeiterorganisation geschwächt werden sollten. Daß dieses Ziel von den Arbeitgebern erreicht ist... usw.

Demnach lag also ein wirtschaftlicher und sozialer Grund zu diesem Kampfe, der — nach den eigenen Worten des „B. T.“ — „Millionen verschlungen und eine starke Erschütterung des ganzen Gewerbes hervorgerufen hat“, nicht vor, sondern die Unternehmer haben ausgepörrt lediglich zu dem Zweck, ihre Macht zu erweitern und die der Arbeiter zu brechen. Das hindert aber nicht, daß in der

Bürgerlichen Presse auch weiterhin die Rede sein wird von den „frivolsten Streiks“ durch welche die Arbeiter angeblich den friedlichen Erwerb stören.

Und wie sieht's im Baugewerbe? Das verrät das „V. L.“ durch folgende köstlich naive Zeilen:

„Was die Wirkung des drohenden Kiesenampfes auf die Bautätigkeit von Groß-Berlin anlangt, so steht fest, daß man in den Bauunternehmerkreisen schon seit dem letzten Herbst mit einem allgemeinen Streik rechnete und hiernach die Anordnungen traf. Tatsächlich sind denn auch, wie wir erfahren, nicht halb so viel Bauten als in früheren Jahren in Angriff genommen worden.“

Das heißt mit anderen Worten: schon seit einem halben Jahr haben die Bauunternehmer geradezu auf der Dauer gestanden, um über die Arbeiter herzufallen. Denn auch im Baugewerbe ist bekanntlich kein Streik, sondern eine Aussperrung, ein Angriff der Unternehmer auf die Arbeiter erfolgt. Dieser Angriff war, wie das „V. L.“ nun ganz harmlos ausplaudert, bereits seit dem Herbst geplant und von langer Hand vorbereitet. Wer sind also nun die Friedensbrecher?

Und bei dieser Sachlage mag das „V. L.“ noch, an die Behörden der Stadt Berlin folgende Zumutung zu stellen:

„Die Stadt Berlin wird selbstverständlich direkt von den Folgen des Kampfes auch betroffen werden. Zwar hat die Verwaltung grundsätzlich abgelehnt, in die einzelnen Bauverträge die von den Unternehmern geforderte Streiklausel aufzunehmen. Es ist vielmehr überall die rechtzeitige Fertigstellung der vergebenen Bauarbeiten durch hohe konventionale Strafen vorgesehen worden. Ob aber, wenn es wirklich zum Kampfe kommt, die Stadtverwaltung auf ihrem Schein bestehen wird, erscheint doch wohl fraglich.“

Also obwohl die Stadt Berlin die Streiklausel ausdrücklich abgelehnt hat und obwohl überdies die Unternehmer selbst den Frieden gebrochen haben, hält es das liberale Blatt doch sozusagen für selbstverständlich, daß die städtischen Behörden in dem Kampf Partei ergreifen zugunsten der Friedensbrecher!

Das „V. L.“ hatte Recht, als es vor ein paar Wochen schrieb, die liberale Presse habe der vollen Koalitionsfreiheit der Arbeiter immer „das Wort geredet“. Das Wort allerdings. Mit Worten, mit schönen Redensarten hat der Liberalismus immer versucht, die Arbeiter einzuläuteln. Sobald es aber zu Taten kommt, erwartet er von liberalen und sonstigen Behörden ohne weiteres ein Eingreifen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Bäcker.

Die Forderungen, welche der Bäckerverband in der gegenwärtigen Lohnbewegung aufstellt, bildeten den Gegenstand der Verhandlungen, welche der Verband mit der Freien Vereinigung der Bäckermeister vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts führte. In der ersten Sitzung, die am Freitag abgehalten wurde, kam es zu einer Verständigung, wonach die Freie Vereinigung folgende Forderungen bewilligt: Vollständige Befreiung von Kost und Logis im Hause des Meisters; Ausnahmen sind nur zulässig, wenn Verwandte des Meisters bei ihm arbeiten. — Der Mindestlohn beträgt 23 Mk. pro Woche, für verantwortliche Posten und Gesellen in Großbetrieben entsprechend mehr. Ausnahmen werden mit 4,50 Mk. pro Tag, verantwortliche Arbeiter entsprechend höher bezahlt. Ueberstunden sind mit 60 Pf. pro Stunde zu vergüten. — Die Arbeitszeit beträgt einschließlich der Pausen in Kleinbetrieben 12, in Großbetrieben 10 Stunden. — Der paritätische Arbeitsnachweis wird anerkannt, ebenso die Lehrlingskala des Verbandes. Diese Punkte enthalten im wesentlichen das, was schon nach dem Vertrage, der 1905 mit den Innungen abgeschlossen wurde, gelten sollte, aber von den meisten Innungsmeistern nicht gehalten worden ist. Von den Meistern der Freien Vereinigung sollen diese Bedingungen bisher schon innegehalten worden sein, auch ein paritätischer Arbeitsnachweis besteht für sie bereits. —

Bezüglich des Hauptpunktes der Lohnbewegung, der einzigen neuen Forderung, nämlich der Gewährung eines freien Tages in jeder Woche, konnte mit der Freien Vereinigung eine Verständigung nicht erzielt werden. In der am Montag abgehaltenen Sitzung des Einigungsamtes vertraten die Meister den Standpunkt, sie seien nicht in der Lage, den freien Tag zu bewilligen, ehe nicht die Nacharbeit gänzlich abgeschafft ist. Sie könnten nur soviel zugestehen, daß den Gesellen, wenn sie mal ins Theater gehen wollen, bis 12 Uhr nachts Urlaub erteilt werden solle. — Demgegenüber erklärten die Vertreter des Verbandes, daß sie gar kein Zugeständnis, denn dieser Brauch herrsche schon jetzt. An der Forderung des freien Tages müßten sie festhalten.

Das Einigungsamt wird nun über diese Frage heut einen Schiedsspruch fällen. Am Nachmittag um 2 Uhr wird sich eine Vertrauensmännerversammlung, um 4 Uhr eine große öffentliche Versammlung der Bäcker mit der Frage beschäftigen, ob man den Schiedsspruch des Einigungsamtes oder die ursprünglichen Gesellenforderungen den Meistern einzeln zur Bewilligung vorlegen wird.

Berichtigung. Irrtümlicherweise ist der Besitzer der Beschl.-Anstalt Wilhelmstraße 145 beschuldigt worden, daß er Streikarbeiten für die Firma Stiller verrichtet hat, da dies, wie wir uns überzeugten, nicht der Fall ist, nehmen wir diese Behauptung zurück.

Deutsches Reich.

Herr Rezhäuser.

Man schreibt uns:

Der vom „Vorwärts“ am 8. Mai erwähnte Leitartikel des „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker“ mutet recht seltsam an, wenn man ihn mit dem Protokoll der Konferenz der Vertreter der Zentralverbände vergleicht.

Nach diesem Protokoll, welches übrigens in seinem beglücklichen Teil stenographisch aufgenommen und vor der Drucklegung den in Betracht kommenden Rednern zugesandt wurde, versuchte Herr Rezhäuser den Nachweis zu führen, daß er Sozialist sei und sich als Parteigenosse fühle, indem er sagte:

„Ich getraue mir überall den Standpunkt zu vertreten, den ich als moderner Arbeiter vertreten muß, nämlich daß ich Sozialist bin. Ich habe niemals geäußert, daß ich auf dem Boden des Sozialismus stehe; ich habe mich auch nicht gekümmert, bei der Agitation selbst in Rheinland-Westfalen das zu erklären. Ich habe wiederholt geschrieben, daß man sich auf den Standpunkt stellen müßte, daß die kapitalistische Entwicklung der Welt die Arbeit leichter sein müßte, wenn man nicht Sozialist wäre. Das hat wiederholt im „Korrespondent“ gestanden. Ich erinnere daran, daß zum Beispiel die „Westfälische Arbeiterzeitung“ von Giesberts mich wiederholt sozialdemokratischer Gesinnungen bezichtigt hat, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie uns Buchdrucker und den „Korrespondent“ genau so behandelt wie alle anderen Arbeiter und deren Organe. Man kann sehr wohl auf dem Standpunkt des Sozialismus stehen, ohne seine gewerkschaftlichen Interessen zu schädigen. Das Wort, das Bönelburg wiederholt geäußert hat, Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins, hat eine gewisse innere Berechtigung. Das habe ich auch vor kurzem in einer öffentlichen Versammlung in Dresden gesagt. — Ich bin als Parteigenosse nach Leipzig gekommen und fühle mich auch heute noch als Parteigenosse.“

Damals war mit keinem Ton die Rede davon, daß die Sozialdemokratie nicht den Lebensinteressen der Gewerkschaften Rechnung zu tragen verstände. Auch der „Kleine“ Unterschied zwischen einem Sozialisten und einem Sozialdemokraten des Erfurter Programms war noch nicht entbedt worden, denn Herr Rezhäuser „fühlte sich“ als Parteigenosse. Freilich waren die damaligen Verhandlungen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und es mag ja vielleicht zu einer „engen Konzeptions- und Kompromisspolitik“ gehören, in nichtöffentlichen Versammlungen sich als Parteigenosse, aber „um der Außenwelt willen sich verpflichtet zu fühlen“, feierlich zu erklären: „daß von den allgemein bekannteren Führern des Verbandes keiner der Sozialdemokratie angehört und in der Redaktion des „Korrespondent“ niemand.“

Glücklicherweise ist eine solche Ansicht über „wahre Arbeiterpolitik“ noch nicht Gemeingut in der deutschen Gewerkschaftsbewegung geworden, sondern man dürfte es hier noch mit dem halten, was das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ in seinem Leitartikel vom 22. Dezember 1906, „Der Reichstagswahlkampf und die Gewerkschaften“ schrieb:

„Wer aber als Staatsbürger sich politisch betätigen, seinem Stimmzettel politischen Einfluß sichern will, der muß auch einer politischen Organisation beitreten. Ohne Organisation kein Erfolg, ohne Vereinigung keine Macht. Das weiß jeder Gewerkschafter. Deshalb genügt es nicht, am Wahltag für die Sozialdemokratie zu stimmen, sondern die Arbeiter haben auch die Pflicht, in die sozialdemokratischen Wahlvereine einzutreten und für deren Ausbreitung zu wirken.“

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Lohnbewegung in der Wolgaster Zementfabrik hat mit einem Siege der Arbeiter geendet; sämtliche Forderungen der Arbeiter sind bewilligt. Jedoch ist der Zugang von Fabrikarbeitern nach Wolgast noch wie vor ferngehalten.

Der Streik der Arbeiter in der Finnenwalder-Bodejucker Zementfabrik dauert fort und bitten wir deshalb alle Fabrikarbeiter, dahin keine Angebote anzunehmen.

Der Bauvorstand der Fabrikarbeiter 4.
J. A.: Wiesenbütter-Stettin.

Die Unternehmer im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe zu Göttingen haben sich zu einem Ring zusammengeschlossen, dessen Zweck die Vernichtung des Transportarbeiterverbandes sein soll. Der Fuhrwerksbesitzer Kornrumpf hat bereits von seinen Kutschern den Austritt aus dem Verbands verlangt. Ebenso ist bei der Kohlenfirma Wolter sämtlichen Arbeitern wegen Lohnunterschieden gekündigt worden. Beide Unternehmer suchen nun in auswärtigen Zeitungen Arbeiter bei hohem Verdienst. Der hohe Verdienst besteht bei der Firma Kornrumpf in 13 Mk. und bei Wolter in 16,50 Mk. Wochenlohn, von denen noch die gesetzlichen Abzüge gemacht werden. — Ferner befinden sich die Brauereiarbeiter der städtischen Brauerei im Streik. Es wird gebeten, Zugang nach Göttingen fernzuhalten.

Die Metallarbeiter-Aussperrung am Main.

Die Adler-Fahrradwerke vorm. H. Meyer, die circa 3000 Arbeiter beschäftigen, machen durch Anschlag bekannt, daß 60 Proz. ihrer Arbeiter am 31. Mai ausgesperrt werden.

Die Belten-Guillaume-Walzenwerke, wo ungefähr 2200 Arbeiter beschäftigt sind, wollen erst am 29. Mai aussperrten.

Die Schrammher des Bremer Baugewerbes beabsichtigen anscheinend einen ernstlichen Konflikt heraufzubeschwören. Anlässlich der Reifezeit hatten sie beschlossen, alle diejenigen Arbeiter 14 Tage auszusperrn, die einen Entlassungsschein vom 30. April bis zum 4. Mai führten. Infolge dieses Beschlusses sind heute noch 28 Maurer ausgesperrt, darunter auch solche, die schon vor dem 1. Mai arbeitslos waren. Auf ein Schreiben des Vorstandes der Bremer Maurer, worin die Baugewerksmeister ersucht werden, den bezüglichen Beschluß aufzuheben, erwiderte der Vorsitzende Lehmann mündlich, daß die Unternehmer diesem Ersuchen unter keinen Umständen Folge leisten würden. Eine offizielle Antwort ist auf das Schreiben des Vorstandes von seiten des „Vereins Bremischer Baugewerksmeister“ nicht eingetroffen. In einer am Mittwochabend im großen Saale des „Cafino“ abgehaltenen außerordentlichen Maurerversammlung ist nun beschlossen worden, die Bauten derjenigen Meister zu sperren, die Maßregelungen vorgenommen haben. Die Arbeiter der in Frage kommenden Bauten werden am Freitagabend in besonderen Versammlungen beschließen, wo und wann die Sperre in Kraft treten soll. Ob die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung antworten werden, wird sich in den nächsten Tagen zeigen — zugutragen ist es den Schrammher an der Unterweser. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Verschmelzung des Deutschen Lithographenbundes mit dem Senefelderbund.

Am Sonntag tagte im Leipziger Volkshaus eine von je 10 Vertretern der genannten Verbände besetzte Konferenz, um über die Verschmelzung der beiden Verbände zu beraten und zu beschließen. Dieser rivalisierte der etwa 600 Mitglieder zählende Lithographenbund mit dem neben 11000 Stein- u. Druckern 4500 Lithographen in sich schließenden Senefelderbunde. Dieser Zustand führte zu mehrfachen Reibereien, von denen nur die Unternehmer Nutzen hatten. Dazu kommt, daß die bekannten 31 Franzfurter Klager, wegen denen der Senefelderbund sein Statut ändern mußte, eine gelbe Organisation gründen wollten.

Dem Senefelderbund war erschienen Sillier (Hauptvorstand), Widmann (Ausschuß), Obier (Redakteur), Lange, Müller und Barth aus Berlin, Czoch und Reimerl aus Leipzig, Graf aus Dresden und Eichenmüller aus Nürnberg. Der Lithographenbund war vertreten durch Herbst (Hauptvorstand), Ott (Ausschuß), Schuetter (Redakteur), Grelbig, Berlin, Waldemar, Leipzig, Fahold, Nürnberg, Kahl, Brandenburg, Wolff, Leitelsheim, Müller, Saalfeld und Czeguhn, Würzburg, den Vorsitz führte Döbblin von der Generalkommission. Der Zusammenschluß wurde auf folgender Grundlage vereinbart:

I.

Der Deutsche Lithographenbund wird zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete mit dem Senefelder-Bund verschmolzen. Die Lithographen bilden innerhalb des Verbandes:

- a) eine Zentralkommission,
- b) örtliche Sektionen.

Die Zentralkommission hat in der Regelung gewerkschaftlicher und spezieller Berufsfragen das Recht der Initiative, das nur an die Zustimmung der Hauptverwaltung gebunden ist. Der Vorsitzende der Zentralkommission ist zweiter Vorsitzender im Hauptvorstande des Verbandes. Örtliche Sektionen können überall gebildet werden, wo die statutarischen Voraussetzungen gegeben sind.

II.

Die Unterstützungskassen des Lithographenbundes bleiben bis auf weiteres bestehen. Die Liquidation der Unterstützungskasse des Lithographenbundes tritt sofort nach Beendigung der Liquidation des Senefelder-Bundes ein, wonach die Mitglieder des Lithographenbundes in die Unterstützungskassen des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe übergeführt werden.

III.

Zur Vertretung der Interessen der Lithographen wird in der „Graphischen Presse“ ein besonderer Teil eingeräumt, der von einem im Beruf tätigen Lithographen selbstständig bearbeitet wird. Die Ernennung des Bearbeiters dieses Teils der „Graphischen Presse“ wird dem Lithographenbunde überlassen. Dem Bearbeiter dieses Teils sind alle Berichte, Artikel usw., die Lithographenfragen betreffen, einzusenden.

Die gewerkschaftliche Verschmelzung findet am 1. Juli 1907 statt. Differenzen im Lohn- und Arbeitsverhältnis werden vom 12. Mai 1907 ab sofort gemeinschaftlich geregelt.

Der Zusammenschluß ist im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung zu begrüßen.

Ausland.

Bewegung der englischen Eisenbahner.

In England haben die Eisenbahngestellten am Sonntag insgesamt etwa 150 Versammlungen veranstaltet. In London, wo die Kundgebung im Hyde Park stattfand, betrug die Zahl der Teilnehmer ungefähr 20 000, in Glasgow 15 000. Veranlassung zu den Versammlungen war das Verlangen, daß der Gesamtverband der Eisenbahngestellten bei den bezüglich der Streitigkeiten mit den Gesellschaften zu führenden Verhandlungen als Vertreter der Eisenbahnbiensteten anerkannt werde. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in denen die Haltung des Verbandes gebilligt wird. In der Versammlung in New Castle gelangte noch eine Zusatzresolution zur Annahme, in der die Gesellschaften aufgefordert werden, ihre Entscheidung bezüglich der geforderten Zugeständnisse und die Anerkennung des Gesamtverbandes vor Ende Juni bekanntzugeben. Falls den Forderungen nicht stattgegeben werden sollte, werde am 2. August der Ausstand beginnen.

Gewerkschaftliche Kämpfe und Fortschritte in Finnland.

Eine große Zahl von Lohnkämpfen hat in diesem Frühjahr die Arbeiterbewegung von Finnland zu befehen. In Helsinki streikten die Zimmerer, ungefähr 1000 legten die Arbeit nieder. Ihre Hauptforderung ist Abschaffung der Akkordarbeit. Einige Firmen haben bewilligt. Auch die Schneider in der finnischen Hauptstadt streikten. Sie fordern vor allem Abschaffung der Heimarbeit. Von 118 Arbeitgebern haben 93, die ungefähr 500 Arbeiter beschäftigen, bewilligt; 200 Schneider und Schneiderinnen streikten noch im Streik. Die Tapezierer von Helsinki verhandeln über einen neuen Lohnsatz, wahrscheinlich wird es aber auch in diesem Beruf zu einem Kampf kommen. In Viborg haben die Schneider durch Streik einen neuen verbesserten Lohnsatz erzielt; bei drei Firmen dauert der Streik jedoch noch fort. Die baugewerblichen Arbeiter von Viborg befinden sich ebenfalls im Streik. Sie kämpfen um den Neunstundentag. Der Streik umfaßt 2000 Mann. In Tammerfors streikten die baugewerblichen Arbeiter, ungefähr 3000 Mann stark, um einen Beschluß der Unternehmer, die bisher neunstündige Arbeitszeit auf zehn Stunden zu verlängern, abzuwehren.

Außer den hier erwähnten, finden noch in verschiedenen Orten und Berufen kleinere Streiks und Lohnbewegungen statt.

Eine Landesorganisation der Gewerkschaften Finnlands ist Ende vorigen Monats gegründet worden, und zwar auf einem zu diesem Zweck einberufenen Kongress, der in Tammerfors stattfand und von über 400 Vertretern besucht war. Der Sitz der neuen Landeszentrale der finnischen Gewerkschaften ist Helsinki, ihr Vorsitzender E. Haapalainen, Sekretär und Kassierer A. Partanen. — Der nächste Kongress soll 1909 in Helsinki stattfinden.

Der Streik im New Yorker Hafen.

Die Dampferverwaltungen beabsichtigen die Sperre gegen die Arbeiter, falls der Verlauderstreik nicht bald beendet ist. Inzwischen müßten mehrfach angelommene Dampfer mit nur teilweise geladener Fracht wieder abfahren. Die Frachttarife sind ungeheuer auf den Docks, trotzdem viel Fracht nach anderen Häfen dirigiert wird. Die Versicherungsgesellschaften erwägen eine Rateerhöhung, weil unerfahrenen Arbeiter die Güter ungeschickt verladen. Inzwischen gewinnen die Arbeiter an Boden. Gestern morgen sind 300 Lagerbuchführer und andere Hilfskräfte in den Ausstand getreten, ferner 1200 Arbeiter auf Leichterbooten. Die Frachtverlader mieten Schleppdampfer, mit denen sie im Hafen kreuzen, um ankommende Arbeitswillige zur Rückkehr zu bewegen. Der Kapitän des Hamburger Dampfers „Silvia“, der inmitten des Flusses Kohlen einnahm, ersuchte in der Befürchtung einer Attacke der Ausständigen die Polizei um die Genehmigung, seine Leute bewaffnen zu dürfen.

Ein verfehlter Schachzug.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

Der Zentralaussschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine und der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller haben in ihrer Plenarversammlung vom 13. d. Mts. angesichts der drohenden und in ihren Folgen unübersehbaren Aussperrung im Baugewerbe beschlossen, den Beteiligten dringend ans Herz zu legen, in letzter Stunde einen nochmaligen Versuch zur Erhaltung des Friedens zu machen.

Der Zentralaussschuß, in dessen 65 Vereinen die gesamten Wirtschaftsinteressen Groß-Berlins zusammenstrahlen, würde es in Vertretung dieser Interessen auf das allerliebhafteste beklagen, wenn es nicht gelingen sollte, einen Kampf zu verhindern, der nicht nur Unternehmer und Arbeiter im Baugewerbe, sondern auch alle mit diesen in Verbindung stehenden Erwerbszweige und Berufsgruppen, vom größten bis zum kleinsten Gewerbetreibenden, nebst deren Angestellten und Arbeitern, und damit die Gesamtheit der Berliner Wirtschaftsinteressen auf das empfindlichste treffen und schädigen müßte.

Indem wir uns hinsichtlich der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit vollständig auf den Standpunkt der Arbeitgeber stellen, glauben wir darauf hinweisen zu sollen, daß noch heute die Möglichkeit besteht, den Ausbruch des Kampfes zu verhindern, sofern der Schiedsspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichtes zur Grundlage vertraglicher Vereinbarungen genommen wird.

Präsidium des Zentralaussschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine.

Emil Jakob, Geh. Kommerzienrat.
August Meißmann, Firma Rudolph Herbig.
Max Hoppoldt, Kgl. Kommerzienrat.

Die Herren Industriellen und Kaufleute, die für sich selber fürchten, gebären sich als unparteiische Vermittler. Und daher stellen sie sich „hinsichtlich der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit vollständig auf den Standpunkt der Arbeitgeber“. Womit ihr eigenartiger Vermittlungsversuch als ein Versuch mit untauglichen Mitteln charakterisiert ist!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Lawinensturz.

Jansbrud, 13. Mai. (B. T. B.) In Schlundern sind durch eine Lawine drei Personen verschüttet und eine getötet worden.

Erdbeben.

Gras, 13. Mai. (B. T. B.) Heute früh 5 1/2 Uhr erfolgte in verschiedenen Orten Ober-Steiermarks ein drei bis vier Sekunden dauerndes heftiges Erdbeben, begleitet von donnerähnlichen Geräuschen. Die Richtung des Erdbebens ging von Nordwest nach Südost.

Reichstag.

62. Sitzung vom Montag, den 13. Mai 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf v. Posadowsky, Dernburg. Eingegangene ist eine Vorlage betr. Vertagung des Reichstages am 19. November.

In dritter Beratung wird der Weltpostvertrag nebst Schlussprotokoll debattiert und angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste und ebent. zweite Beratung des Zusatzvertrages zwischen dem Reich und Norwegen zu dem am 19. Januar 1878 abgeschlossenen Auslieferungsvertrag. Derselbe wird debattiert und angenommen.

Es folgt die erste und eventuell zweite Beratung des Auslieferungsvertrages zwischen dem Reich und Griechenland.

Abg. Bebel (Soz.) [zur Geschäftsordnung] beantragt Abfertigung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung, da der Vertrag den Mitgliedern erst vorgerichtet zugangig gewesen sei, eine Beratung in den Fraktionen also unmöglich gewesen sei.

Dieser Antrag, dem sich die Abgg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.), Wassermann (nat.), Kirisch (Z.) anschließen, wird angenommen.

Die Zusatzvereinbarung zum Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Türkei vom 20. August 1890 wird in der dritten Beratung debattiert und angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Handelsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Abg. Graf Kanitz (L.): Leider ist es der Exportindustrie nicht möglich gewesen, in der kurzen Zeit zu dem Vertrage Stellung zu nehmen. Ich will darüber weiter kein Wort verlieren, das wir bisher durch unsere Nachgiebigkeit die Rücksichtslosigkeit der Amerikaner nur verstärkt haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben die Amerikaner 1890 in den Genuss unseres Vertragstarifs gesetzt, ohne eine Gegenleistung dafür zu erhalten. Ebenso haben wir ihnen die Vergünstigung des neuen Zolltarifs eingeräumt ohne Gegenleistung. Die Amerikaner sind ihrerseits sogar so weit gegangen, anderen Staaten Ermäßigungen einzuräumen, die wir bis heute nicht erhalten haben. Die Jugendsindisse, die Amerika in dem vorliegenden Vertrage macht, sind so gut wie wertlos. Ich bedauere, daß die exorbitant hohen amerikanischen Zölle nicht haben ermäßigt werden können. Graf Posadowsky sagte, bei den Verhandlungen sind wir, die wir spezifische Zölle erheben, von vornherein im Nachteil gewesen, weil Amerika Wertzölle erhebt. Er hätte nur vor einem Jahre sagen sollen, daß ein Land mit spezifischen Zöllen im Nachteil ist bei Verhandlungen gegenüber einem Land mit Wertzöllen; dann wäre mein Antrag, in unseren Zolltarif auch Wertzölle aufzunehmen, vielleicht angenommen worden. (Sehr wahr! rechts.) Erfreulich ist der Vertrag nicht. Trotzdem werden wir für ihn stimmen. Ich wünsche, daß wir endlich von den Amerikanern lernen mögen, was man mit einer zielbewußten und rücksichtslosen Handelspolitik erreichen kann. (Bravo! rechts.)

Abg. Herald (Z.): Der Staatssekretär betonte bei der ersten Beratung, daß das Abkommen nur provisorischen Charakter trage. Um so bedauerlicher ist es, daß dieser Charakter nicht durch Festsetzung einer Fristenschränkung deutlicher zum Ausdruck gekommen ist.

Wir können sie nicht hineinschieben, weil wir das Abkommen nur im ganzen annehmen oder ablehnen können. Wir werden es annehmen und hoffen, daß das Zustandekommen eines definitiven Handelsvertrages im Auge behalten wird. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Fuhrmann (nat.): Wir haben sehr schwere Bedenken gegen dieses provisorische Abkommen; trotzdem werden wir dafür stimmen, weil wir es als den ersten Schritt zu einem definitiven Handelsvertrage ansehen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Vollenbruch (Soz.):

Wir werden gar oft in die Lage gedrängt, gegenüber den Herren von der Rechten eine Art freiwilliger Regierungskommissare zu sein. Gar oft richten die Herren von der Rechten gegen die Regierung sehr harte Angriffe, wenn sie meinen, daß die von der Regierung vertretene Handelspolitik nicht richtig ist, und wir kommen dann in die Lage, erklären zu müssen, daß diese Angriffe ungerechtfertigt sind. Gerade bei den Beratungen über die Handelsverträge hat Graf Kanitz den schwersten Schaden der Landwirtschaft vorausgesetzt, diese Folge ist aber nicht eingetreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Agrarpolitik nach unserem Sinne eingerichtet wäre, so wären nicht so viel deutsche Arbeiter ins Ausland gegangen, sondern sie wären auch als Konsumenten hier geblieben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung nicht immer so gehandelt hat, wie sie nach der Ansicht des Herrn Grafen Kanitz hätte handeln müssen, und wenn er sie infolge dessen dafür verantwortlich macht, daß unser Verhältnis zu Amerika ein sehr eigenartiges geworden ist, so meine ich, daß gerade die Agrarier kein Recht zu solchen Vorwürfen haben; denn gerade aus ihrem Gebahren ist das ganze Verhältnis zu den Vereinigten Staaten hervorgegangen. (Sehr richtig! links.) Nur den Vorwurf kann man der Regierung nicht erproben, daß sie die Agrarier nicht so behandelt hat, hätte sie sich gegen das Treiben der Agrarier immer ablehnend verhalten, so wäre unser Verhältnis zu Amerika heute günstiger. Nun behaupten die Herren nicht ganz mit Unrecht, das Abkommen biete viel weniger, als man verlangen könnte. Und gewiß wird niemand in diesem Hause von dem Abkommen ganz befriedigt sein. Man hätte jedenfalls viel mehr erwarten können und auch erwarten dürfen, wenn wir eine richtige Zollpolitik hätten. Bei der Beratung des Zolltarifes ist uns gesagt worden, daß man mit ihm viel günstigere Handelsverträge als früher werde abschließen können. Aber will irgend jemand behaupten, daß auch nur ein einziger dieser dem geschlossenen Handelsverträge günstiger ist als die früheren? Eingetretene ist vielmehr, was wir vorausgesagt haben. Und es hat sich gezeigt, daß der Zolltarif nicht ein Moment zum Abschluß günstigerer Handelsverträge ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daraus kann man der Regierung einen Vorwurf machen, daß sie sich eben von den Agrariern hat treiben lassen. Gerade die Agrarier sind die Schuldigen, und auch heute wieder sagte Graf Kanitz: „Ach, wenn wir doch nur einen Doppeltarif hätten!“ — Dann, meinte er, würden wir einen günstigen Handelsvertrag mit Amerika schließen können. Aber ich meine, daß ein Handelsvertrag auch ohne einen Doppeltarif möglich ist. Nun sagte Graf Kanitz, das Abkommen biete der Industrie gar keinen Vorteil, und er beklagte sich zum Schluß darüber, daß die Industrie keinen Protest gegen das Abkommen eingelegt habe. Aber wenn er sich über Amerika beklagt, so soll er doch bedenken, daß die Agrarier die Haltung Amerikas veranlassen haben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Graf Kanitz führte weiter an, die Zollfreiheit wäre für die deutsche Zuckerindustrie sehr wünschenswert gewesen. Aber wäre es Ihnen gelungen, die Produkte der amerikanischen Landwirtschaft von unserem Markte zu verdrängen, so dürften Sie sich nicht wundern, wenn die Amerikaner die Produkte erzeugen, für die sie im Inlande Abfall haben. Bei ihrem großen Zuckerkonsum versuchen sie selbstverständlich auch den Zuckerüberschuss. Uebrigens sind diese Versuche nicht neu, sondern sie datieren schon seit Anfang der achtziger Jahre. Weiter beklagte Graf Kanitz, daß der hohe Hopfenzoll prohibitiv wirkt, aber er befreit doch nicht, daß wir noch immer für 4 Millionen Mark Hopfen nach Amerika ausführen. Der Zoll wirkt also doch nicht vollständig prohibitiv. — Dann beklagte Graf Kanitz die Zollfreiheit von Obst. Allerdings heißt es im Vertrage, daß zollfrei eingehen bei und Äpfel, Birnen, Quitten in Postsendungen von einem Gewichte bis 5 Kilogramm einschließlich und

auf andere Weise eingehend verpackt oder nur in Säcken bei mindestens 50 Kilogramm Rohgewicht vom 1. September bis 30. November. Wieviele solcher Postsendungen kommen wohl nach Deutschland? Und wieviel Sendungen verpackt in Säcken? Ueberall, wo ich amerikanische Äpfel sehe, sehe ich sie in anderer Verpackung, und da ist bei einfacher Umhüllung ein Zoll von 3,20 M., bei mehrfacher Umhüllung ein Zoll von 5 M. für den Doppelzentner festgesetzt! Alle diese Einwendungen sind doch sehr gesucht und dienen nur als Deckmantel für den sehnlichen Wunsch, mit Amerika in einen Zollkrieg zu kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dann ist auch darüber gellagt worden, daß unsere Handelsbilanz mit Amerika passiv sei. Ich halte es gar nicht für ein großes Unglück, wenn unsere Handelsbilanz passiv ist. England hat bei seinem unstrittig blühenden Handel eine passive Handelsbilanz. Wenn wir z. B. rohe Baumwolle aus Amerika einführen und Baumwollfabrikate nach Rußland und Oesterreich ausführen, so wird unsere Handelsbilanz Amerika gegenüber um so passiver, je höher der Verbrauch und unsere Ausfuhr nach Rußland und Oesterreich steigen.

Wir begründen den Abschluß jedes Vertrages, durch welchen die freundschaftlichen Beziehungen der Nationen gefördert werden. Hier sind es die Agrarier, drüben die Großindustriellen, die zum Zollkrieg drängen. Wir werden natürlich alles versuchen, einen derartigen Zollkrieg zu vermeiden und stimmen daher für den Vertrag. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Fuhrmann wünschte, daß nicht die Regierung allein, sondern auch der Reichstag das Handelsabkommen kündigen könne. Selbstam ist es, daß die Herren gerade in solchen Fällen eine Erweiterung der Rechte des Reichstages verlangen. Wenn Sie wirklich die Rechte des Reichstages erweitern wollen, so können Sie auf unsere Unterstützung immer rechnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie aber die Ausdehnung der Rechte des Reichstages verlangen, daß der Reichstag die Regierung zur Kündigung solcher Verträge soll zwingen können, so liegt darin nicht die Sehnsucht nach einer Erweiterung der Rechte des Reichstages, sondern die Sehnsucht, den Vertrag überhaupt aus der Welt zu schaffen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) und die Erweiterung der Rechte des Reichstages soll Ihnen nur als ein Deckmantel dafür dienen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Gegner des Vertrages sollten ihre Gegnerschaft offen aussprechen, aber nicht irgend welchen Deckmantel dafür suchen. Für unser Verhalten ist die Nichtsignatur, daß wir die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika fördern wollen. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dohrn (fr. Sp.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit dem Handelsabkommen.

Abg. v. Dirksen (Sp.): Der Vertrag entspricht absolut nicht unseren Wünschen und Erwartungen wir stimmen ihm nur zu in der bestimmten Voraussetzung, daß der nächste Vertrag weit besser wird. Einen Zollkrieg mit Amerika, dem wir uns politisch immer mehr nähern, würden wir für bedauerlich halten, und wir geben zu, daß unsere Industrie ein erhebliches Interesse an einem friedlichen Handelsverhältnis zu Amerika hat.

Abg. Dr. Wöhme (Wirtsch. Bg.): Die Caprivischen Handelsverträge haben der Industrie nichts genutzt; das hat selbst ein so berufenster Vertreter der Industrie wie Frhr. von Herrnsheim anerkannt. Nicht die Haltung der Agrarier hat die Handelsbeziehungen zu Amerika verschlechtert, sondern die unglaubliche Nachgiebigkeit unserer Handelskreise. (Sehr wahr! rechts.) Amerika steht aber durchaus nicht mehr so unangreifbar da wie früher; es hat mit der Konkurrenz Japans zu rechnen; infolge dessen sollte unsere Regierung endlich mit Energie dafür eintreten, daß die Amerikaner uns mehr Entgegenkommen beweisen, als es in diesem Vertrage geschieht.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Husnagel (L.) und Hilpert (Nat. Varnernbund) wird das Handelsabkommen in zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der Gesetze betr. die Erhöhung der Beamtenpensionen und der Bezüge der Hinterbliebenen von Beamten und Militärpersonen.

Abg. Erzberger (Z.): Wenn auch eine Reihe von Wünschen der Beamten zurückgestellt werden mußte, so ist doch anzuerkennen, daß die Gesetze wesentliche Verbesserungen enthalten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Herrn Staatssekretär fragen, wie es mit dem Recht der Reichsbeamten zum Eintritt in Einzelparlamente steht. In dieser Beziehung sollten den Beamten keine Schwierigkeiten gemacht werden, es sollte ihnen stets dazu Urlaub gewährt werden. Was die Hinterbliebenengesetze anlangt, so hätte man die rückwirkende Kraft auf alle die Hinterbliebenen aller Kriegsteilnehmer ausdehnen sollen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: In der Frage, die der Vordr. an mich richtete, sind die Staatsrechtler sich nicht einig. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß ein Reichsbeamter zum Eintritt in den Landtag seines Heimatstaates keines Urlaubs bedarf, da er sonst hinter den Staatsbeamten zurückstehen würde. In diesem Sinne wird die Frage jedenfalls bei einer Novelle zum Reichsbeamtengesetz entschieden werden. (Bravo!)

Abg. Graf Oriola (nat.): Die Wünsche meiner Freunde gehen weiter, als die Vorlage, speziell in Rücksicht auf die rückwirkende Kraft. Da diese Wünsche aber auf Annahme nicht rechnen können, werden wir der Vorlage zustimmen und für die von der Kommission beantragte Resolution stimmen, daß die Verbündeten Regierungen tunlichst bald eine umfassende Revision des Reichsbeamtengesetzes herbeiführen.

Abg. Siebenbürger (L.): Weitergehende Wünsche für die Beamten stellen wir in Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches zurück und stimmen der Vorlage, die nicht unerhebliche Verbesserungen für die Beamten bringt, zu.

Abg. Kammann (fr. Sp.): Die Verbesserungen für die Beamten, die wir einzuführen im Begriff sind, werden zu einer immer stärkeren Belastung führen; wir sollten daher daran denken, der steigenden Belastung durch eine andere Organisation entgegen zu wirken und nach dem Beispiele anderer Länder mit weniger Beamten auszukommen versuchen. Die Resolution der Kommission begrüßen wir mit Freuden; wir halten eine reformgrundlegende Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes für reformbedürftig, speziell auch das Steuerprivileg der Beamten, und wir wollen hoffen, daß diese Revision nicht zu lange auf sich warten läßt. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Säbelum (Soz.): Der geschäftlichen Behandlung der Beamten Gesetze, welche der Herr Präsident vorgeschlagen hat, werden wir nicht in den Weg legen. Die Mitglieder der Blockparteien werden uns dafür Dank wissen; denn wenn sie diese Gesetze nicht zur Verabschiedung brächten, so würde das einzige positive Resultat der Arbeiten dieser ersten Session dieses Reichstages fehlen, so daß Sie ohne Scham gar nicht vor Ihre Wähler treten könnten. (Oho! beim Block. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Sache selbst bemerke ich, daß wir den Gesetzen unsere Zustimmung geben, obwohl wir an einzelnen Bestimmungen Änderungen gewünscht hätten. Die Erhöhung der Normalrente der Witwen von 218 auf 300 M. ist gewiß nicht ausreichend. Aber gegenüber einer Arbeiterwitwe steht die Witwe des Reichsbeamten doch bedeutend besser, zumal im allgemeinen die Rente höher sein wird als 300 M., namentlich wenn erst die Erhöhung der Beamtengehälter vorgenommen sein wird; erst nach der Regelung der Beamtengehälter werden die Vorteile, welche diese Vorlage bringt, besonders hervortreten.

Der Abg. Kammann hat ganz recht, wenn er sagt, daß wir bei allem Wohlwollen, welches wir den Beamten entgegenbringen, doch nicht verkennen dürfen, daß die Steigerung

der Lasten durch die Gehälter und Pensionen eine immer stärkere werden muß. Schon jetzt zahlen wir an Pensionen 200 Millionen Mark, und wenn die Steigerung weiter zunimmt, so wird man doch an eine Erleichterung denken müssen. Gewiß sind die Pensionen auch jetzt noch nicht sehr hoch, aber die absolute Höhe ist recht hoch, weil die Zahl der Beamten sehr groß ist. Eine Erleichterung darf zweifellos nicht dadurch geschehen, daß man den Beamten und Hinterbliebenen Abzüge macht. Wenn die Staaten am besten verwaltet wären, die ihre Beamten am schlechtesten bezahlen, so ständen Rußland und Spanien an erster Stelle. Aber die Zahl der Beamten kann herabgesetzt werden. Wenn wir sehen, daß in manchem Ressort drei Achte aller Beamten lediglich kontrollierende Stellungen innehaben, so muß man sich doch fragen, ob das ein richtiges Verhältnis ist. Es ist nicht zu bezweifeln, daß sehr viele Beamte außerordentlich stark angespannt sind; das gilt nicht nur für die Herren vom Bundesrat hier vor uns, sondern bis in die untersten Chargen der Post- und Eisenbahnbeamten. Das ist aber nicht widerlegt, daß in der Einrichtung nicht immer das Richtige getroffen ist und daß viel zu viel kontrollierende Beamten vorhanden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Frage der rückwirkenden Kraft

Können wir nicht nach dem guten Herzen entscheiden. Niemand im Hause wird den Hinterbliebenen eines Beamten nicht alles Gute wünschen, handele es sich um die Hinterbliebenen eines Kriegsteilnehmers oder eines anderen Beamten. Wenn wir nun aber die rückwirkende Kraft für alle Kriegsteilnehmer aussprechen, so handelt es sich nicht sowohl um die finanzielle Rückwirkung — diese ist ja, wie hier gesagt ist, nicht sehr groß —, wohl aber wird damit ein Prinzip durchbrochen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Witwe, die lange nach dem Tode des Mannes geschlossen hat, können wir nicht so stellen wie die Witwe, deren Ehe bereits beim Ausbruch des Krieges geschlossen war; ihre Stellung ist rechtlich verschieden. (Zustimmung.)

Vorhin hat Herr Erzberger die staatsrechtliche Frage angeschnitten, ob ein Reichsbeamter beim Eintritt in das Parlament eines Bundesstaates Urlaub nehmen dürfte. Die Antwort des Grafen Posadowsky war recht unklar. Er sagte, er würde dafür sorgen — und hoffe, daß das auch in anderen Ressorts geschehen würde — daß die Reichsbeamten nicht in schlechterer Lage wären als die Staatsbeamten. Er meinte, es beruhe sich von selbst, daß, wenn ein Reichsbeamter in das Parlament seines Heimatlandes gewählt würde, ihm keine Schwierigkeiten gemacht würden. Was ist aber eigentlich das „Heimatland“? Was versteht Graf Posadowsky darunter? Wenn ein Preuße nach Baden berufen wird und dort die Staatszugehörigkeit erwirbt, soll dann Baden auch als seine zweite Heimat gelten? Diese Frage muß also bei der Revision des Reichsbeamtengesetzes klar entschieden werden. Ebenso muß geregelt werden die Frage der Besteuerung der Reichsbeamten. Den Gesetzen werden wir, wie gesagt, zustimmen und auch den Resolutionen, welche die Revision des Reichsbeamtengesetzes und die Besserstellung der Hinterbliebenen der Militär-anwärter verlangen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schult (Sp.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Vorlagen.

Damit schließt die Diskussion. Die Gesetze werden unverändert nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Etats.

In der Generaldiskussion erhält zuerst das Wort Abg. Bebel (Soz.):

Ich beginne mit einer Verichtigung. Mein Freund David hat in seiner Rede am 1. Mai behauptet, daß bei der Verbreitung des stenographischen Verichts der Rede des Reichsanzlers vom 28. Febr. durch den Reichsverband für die Bekämpfung der Sozialdemokratie in diesem Bericht auch die Beschuldigungen gegen meinen Parteifreund Dittmann in Frankfurt enthalten gewesen seien, die noch an demselben Tage, als der Reichsanzler hier seine Rede hielt, sich als unrichtig herausstellten. Natürlich ist in der Rede, die der Reichsverband verbreitet hat, dieser Punkt nicht enthalten gewesen. David nimmt diese Behauptung hiermit zurück. Dagegen ist diese Stelle in jenen Reden enthalten, die der „Vertrieb politischer Zeit-schriften“ in Berlin herausgegeben hat, in jener Broschüre, in der die Rede des Reichsanzlers illustriert wiedergegeben wurde. Da ist die Beschuldigung gegen Dittmann stehen geblieben, obgleich die Broschüre erst viele Tage nach der Rede veröffentlicht wurde, die Herausgeber also wissen mußten, daß sie sich einer schweren Verleumdung gegen meinen Frankfurter Parteigenossen schuldig machten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte bei der Gelegenheit den Wunsch aussprechen, daß, wenn in Zukunft von unseren Gegnern derartige Reden illustriert verbreitet werden, man doch etwas geschmackvollere Bilder wählen möchte. Ich bin ein Freund von guten Bildern, auch wenn sie sich gegen mich richten, und ebenso ein Freund einer guten Karikatur, aber was hier den Lesern geboten wird, das ist in der Tat der Gipfel der Geschmacklosigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn es wahr ist, daß der Herr Reichsanzler in literarischen Dingen ein Feinschmecker ist, so möchte ich ihn dringend bitten, in seinem eigenen Interesse dafür zu sorgen, daß künftighin derartige Illustrationen seiner Rede nicht mehr verbreitet werden. (Heiterkeit.)

Wir stehen am Schluß der ersten Session des Reichstages.

Ich glaube nicht, daß die Wählerchaft des Reiches mit besonderer Gemugung auf diesen Abschnitt zurückblicken wird. (Widerspruch rechts.) Die einzige Erregungssache, die diese Session gebracht hat, sind die drei Gesetze, die wir soeben angenommen haben; die waren aber nicht der Arbeit dieses Reichstages entsprungen. Sie stammen noch von dem vorigen Reichstage und sind jetzt nur fertig gemacht. Der jetzige Reichstag kann sich also diese Gesetze nicht auf sein Konto schreiben.

Die Herren sind ja sehr hoffnungsreich in diesen neuen Reichstag eingetreten, und ihre Hoffnungslosigkeit hat sich am klarsten in der ungeheuren Masse von Initiativanträgen gezeigt, mit denen diesmal der Reichstag bedacht worden ist. Aber von diesen ganzen Initiativanträgen ist bis heute auch nicht ein einziger beraten worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die Resolutionen, die zum Etat gestellt wurden, um wenigstens einigermaßen die Wünsche der Mehrheit des Hauses zur Geltung bringen zu können, sind noch in letzter Stunde zurückgezogen worden, alles der Eile zuliebe, mit der man drängt, nach Hause zu kommen. (Unruhe rechts; Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, Sie werden dafür sorgen, daß dies Beispiel nicht in den folgenden Sessionen nachgeahmt wird, sonst könnte es leicht passieren, daß, wenn die Legislaturperiode zu Ende kommt, man sagen muß:

In den Ozean schiff mit tausend Masten der Jüngling, Still auf getretem Boot treibt in den Hafen der Greis!

(Lachen rechts.) Freilich, eine Reihe wichtiger Beschlüsse sind gefaßt worden — insbesondere beim Kolonialetat —, die sich in schweren finanziellen Anforderungen an das Reich bemerkbar machen werden. So der Beschluß, in dem wir

die Grundlage zu einer Kolonialarmee erbilden. Die Herren von der Regierung haben sich ja alle Mühe gegeben, zu bestreiten, daß die Bildung einer Kolonialarmee beabsichtigt ist. Ich will zugeben, daß sie vielleicht nicht den Willen haben, aber die Dinge tragen in sich selbst ihre Konsequenzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, welche Auffassung draußen im Reich

Bestehung bei diesen Vorkänden ist, denen man ein Urteil in diesen Dingen zuerkennen kann. Ich habe insbesondere auf eine Aufhebung des Generalmajors von Francois hingewiesen, der im „Tag“ diesen Beschluß des Reichstages als den „Weg zur Gründung einer Kolonialarmee“ bezeichnet hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir mittlerweile eine neue Mitteilung in der Presse vor Augen gekommen, die auch sehr charakteristisch ist, weil Persönlichkeiten dabei in Frage kommen, von denen man annehmen muß, daß sie einigermaßen von den Intentionen unterrichtet sind, die in gewissen höheren Kreisen herrschen. Es handelt sich um einen Bericht, der in der Deutschen Kolonialgesellschaft erstattet worden ist. Der Bericht datiert allerdings aus dem Sommer 1905, aber die Gesichtspunkte, die in ihm zum Ausdruck kommen, sind für diese Frage von so außerordentlicher Wichtigkeit, daß ich sie hier in aller Kürze vorbringen will. Es heißt:

„Die deutschen Interessen in Afrika sind insofern von höherem Werte als die in den anderen deutschen Kolonien, als sie nicht bloß nationalwirtschaftliche, sondern auch weltpolitische Bedeutung besitzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch nur einige Hunderttausend Deutsche darin ernährt werden können, so bilden sie doch ein überseeisches deutsches Neuland, eine für unsere Weltstellung nützliche Station, einen weltpolitischen Stützpunkt des Deutschen. Daraus ergibt sich als Hauptaufgabe für Deutschland, Südwestafrika möglichst schnell und möglichst stark mit deutscher Bevölkerung zu besiedeln. Der jetzige Zustand bedeutet eine bedeutende Verbesserung der deutschen Wirtschaft. Die starke Artillerie und die starken Munitionsvorräte befechtigen die bisherige Wehrlosigkeit der Kolonie und der geplante Wohnbau wird die militärische Stärke der Kolonie auf das Doppelte erhöhen.“

Ich gebe zu, das steht im direkten Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Kolonialdirektors, aber diese Ausführungen stammen von Persönlichkeiten, die eine sehr einflussreiche Rolle spielen, und wir wissen alle, daß die letzten Entscheidungen in derartigen Fragen nicht bei Ministern und Staatssekretären, sondern an einer ganz anderen Stelle fallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das dürfte sich auch in diesem Falle bemerkbar machen. Vorläufig haben wir die Aussicht, daß der Etat für Südwestafrika durch die neuen Forderungen um jährlich 25-30 Millionen erhöht wird, eine Ausgabe, die angesichts der durchaus nicht günstigen Finanzlage wohl ins Gewicht fällt.

Was bei der ganzen Kolonialdebatte das Beachtenswerteste war, ist die Rolle, welche in allen diesen Fragen

die Herren von der freisinnigen Partei

gespielt haben. (Lachen bei den Freisinnigen.) Sie haben eine Haltung eingenommen, die im direkten Gegensatz zu derjenigen steht, die früher Ihre Partei in diesen Fragen eingenommen hat. Wenn heute Eugen Richter lebte, wäre z. B. die Zustimmung der Freisinnigen zu der sogenannten Kolonialarmee, zu dem neuen Staatssekretär des Kolonialamtes nicht möglich gewesen. (Lachen bei den Freisinnigen.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre auch nicht möglich gewesen Ihre Zustimmung zu der Hofkönigsburg-Forderung, die Sie früher konsequent abgelehnt haben, zu der Sie aber jetzt, seitdem Sie die Ehre haben, zum Vlod zu gehören, eine ganz andere Stellung einnehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere auch an die Bewilligung des Bauplanes für das Reserveoffizierskorps in Berlin. Eugen Richter gehörte zu den entschiedensten Bekämpfern der Offizierskasinos überhaupt. Ich erinnere endlich an Ihre Haltung bei der Prüfung der Wahl des Freiherrn v. Richthofen. (Lachen rechts und bei den Freisinnigen.) Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich behaupte, daß nach alledem sich diese Session für die Herren von der bürgerlichen Linken als

eine Art politisches Kanossa

erwiesen hat. (Lebhafter Widerspruch bei den Freisinnigen. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das, was sich hier als Vlod repräsentiert, ist ein ganz merkwürdiges Gebilde. Nach der Rede meines Freundes David am 1. Mai, in der er eine Reihe innerpolitischer Fragen von erheblicher Wichtigkeit zur Sprache gebracht hat, erklärte der Herr Reichskanzler ausdrücklich, er glaube, aus den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners entnehmen zu dürfen, daß er erwarte, der Reichskanzler würde hier eine Reihe von Fragen erörtern, die dazu beitragen könnten, den Vlod zu lodern; dazu habe er keine Neigung, und er werde auf die Beantwortung der Fragen nicht eingehen. (Sehr richtig! rechts.) Der Vlod ist also ein so zartes Gewächs, daß der Herr Reichskanzler große Sorgfalt beobachten muß, um nicht Fragen hier zu erörtern, die möglichstweise eine Störung dieses Wachstumens herbeiführen könnten. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine ganz eigenartige Erscheinung in unserem politischen Leben, wie wir sie noch nie gehabt haben. Der Vlod hat die Natur einer feinen Porzellanbasse, die man nur auf das sorgfältigste anfassen kann. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat dann gemeint, er würde weiter so handeln, wie er 1907 bei den Wahlen gehandelt habe; seine Bekämpfung der Sozialdemokratie habe sich bewährt, und er werde bei dieser Methode bleiben. Ob das möglich sein wird, werden wir abwarten, jedenfalls ist diese Methode keine sehr ehrenvolle; es ist

die Methode Napoleon Bonapartes des Kleinen,

die vor vier Jahrzehnten in Europa praktiziert wurde und damals den Protest aller christlichen und anständigen Leute in ganz Europa hervorgerufen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Wenn der Reichskanzler glaubt, auf diesem Wege fortfahren zu müssen, dann wünsche ich ihm glückliche Reise; wenn er aber glaubt, auf diese Weise mit uns fertig zu werden, dann wird er sich ganz gewaltig täuschen. (Lachen rechts. Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Selbst innerhalb des Vlods gibt es ja Leute, die nicht mehr bereit sind, mitzugehen. Ich erinnere an den Protest, wie er aus der Mitte des deutschen Flottenvereins laut geworden ist. Freilich, ich kenne wohl den neuesten Bericht über

die Verhandlungen des deutschen Flottenvereins.

Man hat alles Mögliche ausgeboten, nachdem man 12 Stunden hinter verschlossenen Türen in der bestigsten Weise debattiert hat, in einer Resolution einen vorläufigen Ausgleich zu schaffen, der äußerlich Einmütigkeit nach allen Richtungen hin dokumentiert. Ich glaube aber nicht zu irren, wenn ich sage, daß hinter verschlossenen Türen Erklärungen abgegeben sind, die es künftig nicht mehr als opportun werden erscheinen lassen, daß der Flottenverein in gleicher Weise vorgeht wie bei den vorigen Wahlen. Es ist übrigens nicht bloß das geistige Band, das den Vlod vereinigt, sondern zugleich auch ein materielles Band. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bekanntermäßen haben finanziell sehr hervorragende Leute, wie die Herren Wendelsohn, Wiegand usw., seinerzeit einen Kufruf zu Geldsammlungen erlassen, der ein sehr schönes Resultat gehabt hat; man erzählt sich, daß

600 000 M. zusammengekommen

seien. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die Börse ist hauptsächlich am Vlod engagiert; die Herren von der Rechten, die sonst die schärfste Feindschaft gegen die Börse mimen, nehmen ihr Geld sehr gern. (Unruhe rechts.) Es sind in der Kommission zur Verteilung der Gelder, wie ich höre, von verschiedenen Fraktionen Vertreter zugegen gewesen, von den Freisinnigen Herr Hübner. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ehe man an die Aufteilung ging, hat man 8000 M. beiseite gelegt für die Wahl in Breslau, auf die man ganz besonderes Gewicht legte! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann haben erhalten: zwei Sechstel die Konservativen, ein Sechstel die Reichspartei, zwei Sechstel die Nationalliberalen, ein Sechstel die freisinnige Volkspartei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren von der freisinnigen Vereinigung sind leer ausgegangen, die sind schon genügend mit Geld versehen. (Weiterkeit.) Bei den Stichwahlen ist dann in der Verteilung eine kleine Verschiebung ein-

getreten: Es hat sich herausgestellt, daß die Herren von der Linken überraschend viel gebraucht haben, und da sind aus dem einen Sechstel, so erzählt man sich, zwei Sechstel geworden. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Herren sind also mit goldener Kette an die Herren von Vlod auf der rechten Seite gefesselt. Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles. (Große Unruhe bei den Freisinnigen und rechts.)

Nicht bloß Herr v. Loebell, sondern auch andere Herren aus dem Reichskanzleramt sind bei der Wahl tätig gewesen. Es ist in jenen Tagen in Wahrheit

das Reichskanzleramt ein Wahlbureau

gewesen. Fürst Bülow hat höchst eigenhändig eine ganze Reihe von Briefen geschrieben, er hat es z. B. in erster Linie veranlaßt, daß ein königlich württembergischer Eisenbahnbeamter, der gegen Herrn Storz kandidieren wollte, seine Kandidatur zurückzog, damit Herr Storz auf alle Fälle als Repräsentant des Vlods in den Reichstag einzog! (Bewegung.) — Ich hielt es für richtig, auf diese Tatsachen hinzuweisen, die mir nicht bloß von einer Seite erzählt worden sind und die eine große Wahrscheinlichkeit für sich haben. (Lachen rechts.)

Fürst Bülow hat nun behauptet, ich hätte in Hamburg in einer Rede gesagt, in der Wahl solle der bürgerliche Liberalismus gerieben werden. Erstens habe ich das nicht gesagt, und zweitens entspricht diese Aussage nicht meinem Standpunkte. Ich habe gesagt: Es ist ein historischer Prozeß, der sich in der Entwicklung der Gesellschaft vollzieht, daß die Mittelparteien mehr und mehr aufgerieben werden und die Extreme sich verschärfen. Ich habe wiederholt gesagt, ich bedaure das von meinem Standpunkte aus. Eine starke bürgerliche Linke wäre gut als Puffer zwischen den extremen Parteien. (Unruhe bei den Freisinnigen.) Aber selbstverständlich haben wir kein Interesse daran, eine solche Partei auf unsere Kosten zu stärken. Wo wir bei den Stichwahlen dazu Gelegenheit hätten, haben wir allerdings danach gehandelt. (Sturm. Widerspruch bei den Freisinnigen.) In den zwei, drei Fällen (Zuruf bei den Freisinnigen: Jeht! Widerspruch bei den Sozialdemokraten), wo meine Parteigenossen anders gehandelt hätten, haben wir vom Parteivorstand die gegenteilige Anschauung vertreten, so z. B. in bezug auf die Wahl des Herrn Raumann, für den ich entschieden mit aller Energie eingetreten bin. Freilich, die Herren von der Linken haben mit allem Eifer — es erklärt sich das aus ihrem finanziellen Verhältnis zum Vlod — dafür gewirkt, daß in jenen 82 Wahlkreisen die ärgsten Reaktionen statt eines Sozialdemokraten gewählt wurden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat dann weiter, als ich damals dem Fürsten Bismarck ihm gegenüber ein gewisses Lob sollte, gemeint, dieses Lob käme etwas spät. Ja, man muß doch auch Vergleiche haben, ehe man ein Urteil fällen kann. Wir konnten ja nicht wissen, von welchem Kaliber die Nachfolger des Fürsten Bismarck sein würden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem wir nun den Fürsten Bülow kennen gelernt haben, da ist allerdings der Vergleich zugunsten Bismarcks und nicht zugunsten Bülows ausgefallen. (Weiterkeit und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Röge doch Fürst Bülow dafür sorgen, daß wir ihn höher einschätzen können. Er hat ja von einem „Program“ geredet, das er verwirklichen wollte. Nun, er braucht nur danach zu streben, das zu verwirklichen, was er vor einigen Jahren bei der Eröffnung des preussischen Herrenhauses als Programm hinstellte: „Deutschland in der Welt voran, Preußen in Deutschland voran!“ Wenn er diesen Wahlspruch verwirklichen will, so werden wir ihn ehrlieh unterstützen. Bis jetzt heißt es freilich gerade umgekehrt: Preußen in der Welt hinterran! (Unruhe rechts.) Es gibt in diesem Augenblick keinen reaktionärer Staat als Preußen. (Lärm rechts.) Ihre (noch rechts) Auffassungen und die unsrigen sind ja diametral entgegengesetzt. Ich betrachte die Existenz Ihrer Partei als das größte Unglück für Preußen und Deutschland, und es würde eine Erlösung für Preußen und Deutschland bedeuten, wenn Ihre Partei verschwände. (Lachen rechts, lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Programm des Fürsten Bülow gipfelle ja auch in dem Versprechen, es werde dem Reichstag ein allgemeines Vereins- und Versammlungsrecht vorgelegt werden. Nun, wir werden abwarten, wie er dies Versprechen einlöst. Ist die Vorlage gut, ist sie — was wir als selbstverständlich ansehen — so, daß in Deutschland kein Staat ein besseres Vereins- und Versammlungsrecht hat, als diese Vorlage es darstellt, so werden wir es unterstützen. Andernfalls werden wir es bis auf weiteres bekämpfen.

Aber Fürst Bülow wird auch bei anderer Gelegenheit seinen fortschrittlichen Standpunkt vertreten können. Wir haben wiederholt gehört, daß die Finanzlage des Reiches sehr traurig ist. Gemäß den vorhin gefassten Beschlüssen und überhaupt nach den Beschlüssen des Reichstages ist es keine voreilige Prophezeiung, wenn ich sage, daß der nächste Reichstag mit der Frage zu tun bekommen wird, wie er das Defizit deckt, wo er die

mindestens 100 Millionen Mark neuer Steuern

— es werden viel mehr sein — hernimmt. Trotzdem der afrikanische Zustand niedergeschlagen ist, ermächtigt sich die in diesem Etat aus Anleihemitteln zu deckende Summe nur von 264 auf 254 Millionen Mark; also 254 Millionen neuer Schulden kommen zu den

4000 Millionen Schulden

die wir schon haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie traurig unsere Finanzverhältnisse liegen, ergab sich auch aus der Begehung unserer Schatzanweisungen. Wenn ein junger Staat wie das Deutsche Reich gezwungen ist, vierprozentige Schatzanweisungen zum Kurs von 98 auszugeben, (Zuruf rechts: 99 war der Kurs!) — gewiß, das Publikum hat 99 bezahlen müssen, — das Reich hat aber von den Banken nur 98 bekommen — dann sind das doch Verhältnisse, die zu denken geben, und wir haben allen Grund, uns zu fragen, ob diese Verhältnisse in der gleichen Weise weiterbestehen können. Wenn da die Frage nach neuen Steuern aufsteht, so erwarte ich vom Fürsten Bülow, daß er seinen fortschrittlichen Standpunkt dokumentiert und die Frage nicht anders löst als auf dem Wege der direkten Reichsteuern. Als ich dies am 28. Februar hier sagte, rief mir ein Teil der Rationalliberalen zu: Dafür sind wir auch! Auch der national-liberale Kandidat bei der Radwahl im 17. sächsischen Wahlkreis hat in allen Versammlungen erklärt, daß er mit Rollenbühns Steuerprogramm vollkommen einverstanden sei. (Hört! hört! rechts.) Auch das Zentrum hat ja durch seinen Einfluß bemerkt, daß im § 8 des Flottengesetzes aufgenommen wurde, daß künftig neue Lasten nicht den breiten Massen der Bevölkerung auferlegt werden sollen. Nun, weit besser als ein Abrüstungsantrag auf der Haager Konferenz würde es wirken, wenn ein Gesetz zustande käme: daß künftig alle Mehrforderungen durch eine Reichseinkommensteuer und Vermögenssteuer aufgebracht würden. Das würde mehr dazu beitragen, den Eifer für Rüstungen zu dämpfen als etwa eine Resolution auf der Haager Konferenz. Darum werden wir uns auf das Allerenergischste dagegen wenden, daß auch nur entfernt eine weitere Verteuerung der Lebensmittel in Frage gezogen werden kann. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Konsequenzen der Einführung des neuen Zolltarifs liegen heute vor aller Augen. Ein großer Teil der Mehransgaben, die notwendig geworden sind, beruht auf den Mehrkosten der Lebensmittel infolge des Zolltarifs. (Widerspruch rechts. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrkosten, die hierdurch dem Reiche, den Einzelstaaten, den Kommunen erwachsen sind, belaufen sich auf Hunderte von Millionen. Wenn jetzt neue Steuern kommen sollen, so sollen auch die Kreise herangezogen werden, welche den Vorteil davon hatten. Also kann nur eine Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftsteuer in Frage kommen.

Die Verteuerung der Lebensmittel als Folge des Zolltarifs

hat man uns früher bestritten. Heute wagt das wohl kein Mensch mehr zu bestritten. (Zuruf rechts: Oke Kamellen!) Dieser Gedanke muß immer und immer wieder ausgesprochen und wiederholt werden. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Seit 1887 kommt der Zoll voll in der Höhe der Preise zum Ausdruck. Jedenfalls stehen wir jetzt vor Hungersnöten: Aus-

haben Preise, die höher sind als der Maximalpreis, den Graf Kanitz seinerzeit festsetzen wollte. Die Frage ist, wie lange der gegenwärtige Zoll noch bestehen kann. Wenn die Preise noch weiter steigen, so stehen wir vor der Frage, die Hölle aufzubegeben. (Lachen rechts.) Sie würden dann noch den Weltmarktpreis von 140 M. für eine Tonne Roggen haben, und das ist auch ein ganz anständiger Preis. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn gar das Unglück eintrete, daß die diesjährige Getreideernte, wie es den Anschein hat, eine ungünstige wird, so müssen die Preise notwendig noch bedeutend höher steigen; dann läßt sich der gegenwärtige Zoll nicht aufrecht erhalten; denn dann werden wir etwas erleben! (Oh! rechts.) Wenn dann noch eine industrielle Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit und ihrem Elend für Hunderttausende hereinbricht, so werden die Verhältnisse noch schlimmer. Wir haben also allen Grund und alle Ursache, uns mit der Frage zu beschäftigen, ob der gegenwärtige Zustand der Verteuerung des Brotgetreides aufrecht erhalten bleiben kann, und ich erwarte ganz sicher, daß, wenn die Verhältnisse noch schlimmer werden, die Regierung den Reichstag noch im Laufe des Sommers zu einer außerordentlichen Session einberufen wird.

Herr v. Oldenburg hat meine Freiburger Rede angeführt. Ich habe in Freiburg den Standpunkt vertreten, den ich auch hier im Reichstag vertreten habe, zuletzt noch bei der Beratung des Zolltarifs im Jahre 1902. Wenn Herr v. Oldenburg ausgedrückt hat, daß Deutschland in der Lage sein würde, im Falle eines Krieges sein Brotgetreide selbst zu erzeugen, so haben die Erfahrungen bisher das Gegenteil erwiesen. Auch wenn unsere gegenwärtige Ausfuhr von Getreide unterbliebe, so müßte die Einfuhr doch stets erheblich steigen, weil wir ja Jahr für Jahr eine Bevölkerungszunahme von etwa einer Million Menschen haben, ohne daß die Anbaufläche für Getreide steigt. Unter keinen Umständen können wir also darauf rechnen, daß Deutschland in die Lage kommt, sein Brotgetreide selbst zu bauen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Herr v. Oldenburg erzählte uns von der Ueberfülle an Schweinen. Er hat seit zwei Jahren keine Niede gehalten, in der er nicht auch auf das gesunde deutsche Schwein gekommen ist, und ich möchte sagen, für seine letzte Schweinereide vom 1. Mai bin ich ihm dankbar. (Große Heiterkeit.) Er hat nämlich gesagt, die Kommunen sollten die Schweineaufzucht in die Hand nehmen — ein sehr gesunder Gedanke, den auch meine Parteifreunde in Berlin angeregt haben, allerdings ohne besondere Gegenliebe zu finden. Nur ein kleiner Versuch wird gemacht. Zweifellos könnte bei den ungeborenen Abfällen, die täglich in Berlin vorhanden sind, der Gedanke durchgeführt werden!

Aber damit hat sich Herr v. Oldenburg nicht begnügt. Er hat auch seinem Jähwunderherzen Luft gemacht. Er sagte: Mit Mut und Zähneknirschen muß der Sozialdemokratie zu Weite gegangen werden. Eine neue Auflage der Suchthausvorlage müsse eingebracht werden! Er warnt davor, zu meinen, daß der Verlust bei den Wahlen besondere Gefahren für die Sozialdemokratie hätte; wer das glaube, irre. Jetzt handle es sich darum, daß seitens des Reichstages tüchtig nachgehauen werde. (Sehr richtig! rechts.) Ich frage: Wo bleibt denn da der Vlod? Wie stehen denn die Herren von der Linken zu diesen Plänen? — Sie sehen, daß diese Mehrheit bei jeder ersten Frage auseinandergeht. Wir freuen uns darüber und sind die lachenden Dritten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) An Herrn v. Oldenburg freut mich die herzerquickende Offenheit. Das sage ich ganz offen: Von Zeit zu Zeit hör' ich diesen Junker gern. (Weiterkeit.) Noch etwas deutlicher hat er auf dem Westpreussischen Provinzialtag des Bundes der Landwirte seiner Meinung Ausdruck gegeben. Es war das so interessant, daß ich es dem Hause mitteilen möchte. Er sagt, die Sozialdemokraten machten nicht genügend Opposition. Wenn die Kerls nur mehr opponierten, (Große Heiterkeit.) dann müßten doch die Philister sehen, wohin wir kommen, und wir könnten mit der ganzen Schweinerei ein Ende machen. (Schallende Heiterkeit.) Leider seien die Sozialdemokraten jetzt zu ruhig geworden, sie hätten eingesehen, daß Deutschland in der Lage ist, sich seiner Haut zu wehren. Wenn man ihnen jetzt beständig nachgibt, so sei das ein Unglück, und um so mehr laufe man Gefahr, später mit Rohregeln einsehen zu müssen, wenn „wir“ nicht mehr die Stärkeren sind. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Philosophie des Herrn v. Oldenburg! Mag der Liberalismus, den neuerdings auch der Reichskanzler zeigen will, — freilich haben wir noch nichts davon gemerkt und werden wohl auch nichts davon zu spüren bekommen — mag er sich damit abfinden. Aber entschieden verwahren wir uns dagegen, daß man uns etwas unterstellt, was wir nicht gesagt haben.

Fürst Bülow sagte, ich hätte in Amsterdam für Deutschland ein Sedan oder Jena

gewünscht. Wir haben damals mit den französischen Freunden gewisse Meinungsverschiedenheiten über taktische Fragen gehabt, und ich habe Jaurès, der meinte, daß wir noch wenig oder nichts durchgeführt hätten, darauf hingewiesen, aus welchen inneren Gründen dies der Fall ist, und zugleich betont, daß das allgemeine Stimmrecht in Frankreich zwar in der Februarrevolution von 48 gewonnen, in der Juliinschlacht aber wieder verloren und erst durch den Staatsstreich wiedergewonnen sei. Und ich habe hinzugefügt: Wenn Frankreich 1870 eine Republik geworden ist, so dankt Ihr es auch nicht Eurer Macht, sondern der Niederlagen Frankreichs. Ich fügte hinzu: Wenn unter ähnlichen Bedingungen Deutschland einmal geschlagen würde und dann eine Republik entstände, so wäre das noch lange nicht das Schlimmste, was geschehen könnte. (Hört! hört! und große Unruhe rechts.) Jauwohl, meine Herren, es gibt noch viel Schlimmeres. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und daß Niederlagen (bisher schon den Nationen zum Vorteil gereicht haben, ist doch gar nicht zu bestreiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer weiß, ob Preußen seine Reformen von 1807 und 1808 ohne die Niederlagen von 1806 bekommen hätte! — Nach der Niederlage von 1806 hat Oesterreich die parlamentarische Regierungsform bekommen. Nach den Niederlagen von 1870 hat Frankreich die Republik und Rußland hat nach seinen Niederlagen die gegenwärtige Revolution bekommen. (Unruhe rechts.) Bekannt ist ja die Zäsur, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß Lassalle im Gegensatz zu uns ein Patriot gewesen sei. Nun, Lassalle sagte: Die Existenz der Deutschen ist nicht so präkärer Natur, daß sie durch eine Niederlage der Regierungen in Frage gestellt werden könnte. Wenn die preussische, bayerische, sächsische Regierung geschlagen würde, so wäre das noch lange keine Niederlage für das deutsche Volk. Das Volk würde sich wie ein Phönix aus der Asche erheben. — Ja, am 10. Januar 1862 sagte er, im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich würde ein Sieg des preussischen Militärs ein Uebel sein!

Wir betrachten nun aber einen Krieg unter allen Umständen, auch wenn er glückselig für Deutschland ausfiele, als das größte Unglück, das die Kulturmenschen treffen könnte. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das hat neulich auch mein Parteigenosse v. Vollmar ausgeführt. Als vor ein paar Tagen die Budgetkommission Gelegenheit hatte, in Ritterbog die neuen Vernichtungsmaschinen kennen zu lernen, die bei einem Kriege in Tätigkeit gesetzt werden sollen, ist unser Entsetzen und unser Abscheu vor dem Kriege noch gemachsen und wir werden jeden Versuch, einen Krieg herbeizurufen, mit allen Mitteln hintanzufallen suchen. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Fürst Bülow hat seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß in einem sozialdemokratischen Blatte der Abrüstungsgedanke kritisiert ist. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich bis jetzt nicht einen Weg sehe, den ich für gangbar halte, um die sogenannte Abrüstung der verschiedenen Kulturvölker fruchtbar zu machen. Weit mehr ver spreche ich mir davon, die Kompetenz der Schiedsgerichte zu erweitern, vielleicht

ein internationales Parlament

zusammenzuberufen. (Lachen rechts!) Sie haben schon über vieles gelaht, was später Wirklichkeit geworden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch der Gedanke des internationalen Parlaments wird einmal Wahrheit werden und in höchstem Maße dazu beitragen die nationalen Gegensätze zu über-

Also der Abrüstungsgebanke ist gegenwärtig nicht durchzuführen. Um so weniger Ursache aber hat die Regierung, sich von der Beratung im Haag fernzuhalten. Unter keinen Umständen dürfte sie den Eindruck erwecken, als hätte sie Furcht, in die Beratung einzutreten. Viel richtiger wäre es, Deutschland führte bei der Beratung die Gründe an, die seiner Meinung nach gegen die Abrüstung sprechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Freilich, wenn man in England in den nächsten Tagen die Verhandlungen des Flottenvereins lesen wird, so wird das dort nicht den Eindruck erwecken, als ob in Deutschland eine Friedensstimmung vorhanden ist. Generalfeldmarschall v. Hoffme wies in einer Rede auf die Bedeutung der Flotte für die Weltpolitik hin. Wenn das eine Duvetüre zur Haager Konferenz sein sollte, so kann man nicht gerade sagen, daß es eine passende Duvetüre war. (Sehr gut: bei den Sozialdemokraten.) Keine Abrüstung, vielmehr beschleunigtestes Tempo, das war Grund und Leitmotiv der Tagung des Flottenvereins. Diese provozierende Tagung hielt der Flottenverein für angebracht in einer Zeit, in der immer neue Mächtegruppierungen mit unverkennbarer Spitze gegen Deutschland sich bilden. Das französisch-japanische Abkommen z. B. mindert die Aufwendungen, die Frankreich gegen den Schutz seiner ostasiatischen Kolonien machen muß, und stärkt somit Frankreichs Stellung in Europa. Gegenüber den provokatorischen Reden des Flottenvereins sollte der leitende Staatsmann Deutschlands es als seine Aufgabe betrachten, durch eine Politik der Freiheit und des Kulturfortschrittes moralische Eroberungen zu machen. Aber der Kaiser denkt nicht daran, und dieser Reichstag ist weniger noch als seine Vorgänger geeignet, die deutsche Regierung auf diesen Weg zu drängen.

Wir unsererseits lehnen es ab, irgendeine die Politik des Reichstanzlers zu unterstützen, und geben dieser unserer Ablehnung durch die

Verweigerung des Etats Ausdruck.

(Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann (natl.): Der Etat hat, von einigen Meinungsverschiedenheiten in Geschäftsbordungsfragen abgesehen, vortrefflich funktioniert. (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten; Beifall beim Volk.) Wenn kein Initiativantrag zur Verhandlung gelangt ist, so liegt das an der Geschäftslage des Hauses. Dafür sind so viele Resolutionen angenommen worden wie noch nie. Freilich ist nicht, so beträgt die Zahl der angenommenen Resolutionen 54. Dem Flottenverein können meine politischen Freunde nur ihre herzlichsten Glückwünsche zu seiner letzten Tagung und ihren Resultaten aussprechen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Der Flottenverein ist ein ganz vortrefflicher Verein, der geschaffen werden müßte, wenn er nicht glücklicherweise bestünde. Er hat eine Fülle erzieherischer Arbeit geleistet. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber der Kritik, die der Abg. Bebel an unseren inneren Zuständen geübt hat, weise ich darauf hin, daß der Abg. Bebel auf dem Mannheimer Parteitag die Vortrefflichkeit des deutschen Staatswesens anerkannt hat. (Hört! hört! und Beifall beim Volk.)

Abg. Hoffmann (libd. Volksp.): Bebel hat aus Kerger über den Ausfall der Wahlen die bürgerliche Linke angegriffen. Er sollte doch nicht so sehr die deutsche Volkspartei angreifen, deren alter Herr er sozusagen ist. (Heiterkeit.) Der Reichstag hat durchaus fleißig gearbeitet. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben aus Ueberzeugung für das selbständige Kolonialamt gestimmt, für das wir bereits im vorigen Sommer gestimmt haben. — Abg. Bebel hat von der Unterstützung der bürgerlichen Linken seitens der Sozialdemokratie gesprochen. Das mich betrifft, so bin ich der lebendige Beweis des Hasses der Sozialdemokratie. Abgeordneter Bebel behauptet ja, sich für meine Wahl interessiert zu haben. (Lärmende Zurufe von verschiedenen Seiten des Hauses; stürmisches Gelächter, in der mehrere Sätze der Rede verloren gehen.) Die württembergischen Parteigenossen Bebels jedenfalls haben mich zu stürzen gesucht, wie Blumenthal in Straßburg und Colmar und Quibde in Ansbach gestürzt worden sind. (Lärmende Zustimmung bei den Freisinnigen.) Bebel ist der Träger des Fanatismus in der Sozialdemokratie; aus dem Fanatismus entspringt (laut schreiend) der Terrorismus, und die Strafe des Terrorismus sind die letzten Wahlen gewesen. (Minutenlanges Beifall beim Volk.)

Redner wendet sich dann zum Flottenverein, den er leise tadelt, und er bedauert die „Selbstisolierung“ (Widerpruch rechts. Ausruf: splendid isolation!) Deutschlands in Sachen der Abrüstungsfrage. Es ist doch etwas bedenklich, daß Deutschland nicht ganz den Anschein vermeidet, sich einem Kulturfortschritt zu widersetzen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und einem Teil der Freisinnigen, stürmisches Gelächter bei der Volkspartei.) An der Idee des internationalen Schiedsverfahrens muß festgehalten werden. Um Monarchen, die auf Reisen geschickt werden, beneiden wir England nicht. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (frj. Sp.): Die Ausführungen des Abg. Hoffmann über die Abrüstungs- und Schiedsgerichtsfrage entsprechen seiner persönlichen Ansicht. (Hört! hört! und lärmende Zustimmung bei der Volkspartei.) Abg. Bebel hält es für notwendig, fortgesetzt die Freisinnigen anzugreifen. Im Seniorenlombent stimmen die Sozialdemokraten fortwährend für die Regelung der zur Erledigung der Geschäfte notwendigen Maßregeln; im Plenum beschimpft man uns, wenn wir die Beschlüsse des Seniorenlombents durchzuführen suchen! (Lärmende Zustimmung.)

Präsident Graf Stolberg: Der sogenannte Seniorenlombent ist eine private Institution, und ich bitte den Redner, nicht auf die vertraulichen Verhandlungen dieser Konferenz zurückzukommen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend): Ich komme nur soweit auf den Seniorenlombent zu sprechen, als es angeht die Angriffe des Abg. Bebel in seiner Proklamationsrede (Heiterkeit) notwendig ist. Das Verfahren der Sozialdemokratie würde ich außerhalb des hohen Hauses als heuchlerisch bezeichnen. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Abgeordneter Bebel berief sich auf den Abg. Eugen Richter. Keiner hat weniger Recht dazu, als er, der hier dem Abg. Richter das Wort „Veräther!“ zuschleuderte und dessen Partei unseren verstorbenen Führer noch auf der Leichenbahre auf das Unflätigste beschimpfte. (Lärmender Beifall beim Volk.) Die Resolutionen zum Reichstanzamt zurückzuführen, hat gerade der Abg. Bebel im Seniorenlombent vorgeschlagen. (Lauter Hört! hört! beim Volk.) Abg. Bebel regt sich noch immer über die Wahlfonds der bürgerlichen Parteien auf. Er sollte an die Kronen und die anderen Millionen seiner Partei und an die Millionenmänner „von der Waterlant“ (Stürmisches Gelächter bei den Sozialdemokraten) denken. Die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie gegen die bürgerliche Linke vorgegangen, ist geradezu pathologisch. (Minutenlanges Beifallsgelächter beim Volk.) Wir aber werden unbelümmert um Ihr (zu den Sozialdemokraten) Loben und Schelten den Weg wandeln, den wir für den rechten (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nach rechts fahrenden!) Heiterkeit.) halten. (Stürmisches Beifallsgelächter beim Volk, besonders auf der Rechten.)

Abg. Dr. Hoffmann (V. d. L.): Herr Bebel meint, wir hätten alle den Wunsch, nach Hause zu eilen. Das ist auch ganz berechtigt, nachdem wir die Wahlen und eine arbeitsreiche Session hinter uns haben und meist auch noch einen Verzug haben. — Auf die Angriffe auf den Volk hat ja Herr Müller-Meinungen Herrn Bebel bereits zur Genüge geübt. Wenn Herr Bebel noch mehr solche Reden hält, wird er den Volk nur stärken. (Lebhafte Zustimmung.) Er möge sich merken, daß, wer sich in eine Ecke mischt, hinausgeworfen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem sich der Reichstanzlombent als unberechtigt herausgestellt hat, kommt man nun mit dem Wortwunder. Aber die Prophezeiungen des Herrn Bebel haben noch stets die Eigentümlichkeit gehabt, daß das Gegenteil von dem eintritt, was er prophezeit. (Sehr wahr! rechts.) Die Erhöhung der Roggenpreise in Berlin ist lediglich auf Wörsenpekulationen zurückzuführen. — Ich will den Prophezeiungen des Herrn Bebel nur eine gegenüberstellen: Ich bin überzeugt, das deutsche Volk ist viel zu gut, viel zu treu und viel zu frei, als daß es sich nicht bald von den Fesseln der Sozialdemokratie befreien wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Ich will mich streng an die Abmachung des Seniorenlombents halten. (Bravo! rechts.) Wir nehmen den Etat an, gegebenenfalls auch en bloc. Die Rede des Herrn Bebel hat mich in der Anschauung bestärkt, daß parlamentarische Versammlungen nicht dazu geeignet sind, verantwortliche auswärtige Politik zu treiben. (Sehr gut! rechts.) Im übrigen erinnere ich ihn daran, daß ohne Preußen Deutschland nicht möglich gewesen wäre. (Bravo! rechts.)

Abg. Bebel (Soz.):

Ich gebe dem Herrn Redner zu, daß das gegenwärtige Deutschland ohne Preußen nicht möglich wäre, ohne Preußen aber würden wir ein demokratisches Deutschland haben. (Große Heiterkeit rechts.)

Auf die Ausführungen des Herrn Hoffmann kann ich nicht eingehen, da ich sie bei der Länge des Hauses nicht verstehen konnte. Herr Hoffmann sagte, ich hätte mich in Mannheim sehr anerkennend über Deutschland ausgesprochen. Hätte er die Stelle im Zusammenhang vorgetragen, so hätte sie einen ganz anderen Eindruck gemacht.

Nun zu Herrn Hoffmann. Er hat mir die Ehre angetan, mich als alten Herrn der deutschen Volkspartei, ich möchte fast sagen zu reduzieren. Ich weiß nicht, wie ich zu dieser etwas zweifelhaften Ehre komme. Niemals bin ich organisiertes Mitglied der Volkspartei oder der Fortschrittspartei gewesen, wenn ich auch früher liberal-demokratische Ueberzeugungen gehabt habe. Dagegen hat die Volkspartei durch einen ihrer Vertreter — es sind nächsten September 40 Jahre — auf unserem Nürnberger Vereinstage erklären lassen, daß sie mit dem damals angenommenen Programm der Internationalen Arbeiterassoziation einverstanden war. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Gegenüber der Behauptung des Herrn Hoffmann, die Volkspartei habe ihre Haltung in kolonialen Fragen nicht verändert, erinnere ich an die Ausführungen des Herrn Bayer in München, wo er erklärte: Nachdem sie gesehen hätten, daß in ihrer Wählerschaft in Bezug auf die Kolonien die Meinungen sich geändert hätten, hätten sie ihre frühere Ueberzeugung aufgeben müssen. (Hört! hört! bei den Soz.) Wenn ich eine politische Ueberzeugung habe und finde, daß meine Wähler damit nicht einverstanden sind, so verzichte ich lieber auf mein Mandat, als daß ich Ueberzeugungen vertritt, die ich nicht habe. — Ich begreife ja den Haß der Liberalen gegen die Sozialdemokratie: Die Sozialdemokratie stützt sich naturgemäß auf die industriellen Arbeiter und verdrängt so die Freisinnigen aus den großen Städten. Wo die Liberalen ehrlich liberal bei den Wahlen aufgetreten sind, haben sie allezeit bei uns die beste Unterstützung gefunden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Hoffmann sollte wissen, daß man in England nicht in der Lage ist, seinen König auf Reisen zu schicken. England ist ein parlamentarisch regiertes Land, und man würde sich von der äußersten Linken bis zu den Konservativen hinüber dort auf energischste dagegen wehren, wenn man das englische Parlament für die Politik des Königs von England verantwortlich machen wollte.

Ich komme zu den Ausführungen des Abg. Müller-Meinungen. Er nennt meine Rede einen „Gusaronitt“. Wenn er uns unsere Verbindnisse mit dem Zentrum in Bayern vorwirft, so kann ich nur sagen, daß sich ein solches Zusammengehen aus der politischen Konstellation ergab. Von einem Bündnis war aber gar keine Rede und kann niemals die Rede sein. Es gibt keinen größeren Gegenstand als den zwischen Sozialdemokratie und Zentrum; es ist ein ebenso großer Gegensatz, wie er zwischen den Freisinnigen und der Rechten besteht; daher ist eben diese Völkervereinigung zwischen diesen Parteien etwas so Unnatürliches.

Die Behauptung des Abg. Müller-Meinungen, ich hätte selbst vorgeschlagen, die Resolutionen von der Tagesordnung abzusetzen, ist nicht zutreffend. Als vor einigen Wochen zum ersten Male im Seniorenlombent davon die Rede war, daß der Reichstag vor Pfingsten geschlossen werden solle, da habe ich erklärt, das sei unmöglich. Dasselbe habe ich in späteren Sitzungen des Seniorenlombents erklärt. Als dann in der letzten Sitzung des Seniorenlombents der Vorschlag kam, womöglich schon am 15. Mai zu schließen, da habe ich gesagt, das sei nur möglich, wenn die Resolutionen von der Tagesordnung abgesetzt würden. Den Vorschlag, dies zu tun, habe ich aber nicht gemacht.

Abg. Müller-Meinungen hat auch auf die „Wasserlante“ angespielt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das ist reiner Reib! Heiterkeit.) Da zeigt sich eben die Dpferfreudigkeit in unserer Partei. Wir haben stets für uns selber gesorgt, wir haben keine Unterstützung von anderen Parteien nötig. Herr Dr. Müller-Meinungen meinte endlich, er sei auf dem rechten Wege, ja wohl, er ist auf dem Wege zur Rechten. (Große Heiterkeit. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialdiskussion kommt beim

Etat der Reichstanzlei

Abg. v. Damm (Wirtsch. Vg.) auf die braunschweigische Frage

zu sprechen. Nach seiner Ansicht sei es möglich gewesen, die braunschweigische Frage ohne Verletzung der legitimen Rechte des Welfenhauses zu lösen. Der Reichstanzler berief sich auf die welfische Bewegung in Hannover. Diese ist aber nicht identisch mit der welfischen Bewegung in Braunschweig. Diese würde mit der Thronbesteigung des Herzogs Ernst August sofort verschwinden, und auf die welfische Bewegung in Hannover würde diese Thronbesteigung nicht lebend, sondern versöhnend wirken, während die welfische Agitation durch die gegenwärtige Ungerechtigkeit von neuem entzündet werden muß. (Sehr wahr! bei den Welfen.)

Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Regierungsrat Boden: Der Beschluß des Bundesrats vom 22. Februar dieses Jahres lag ganz in der Kompetenz des Bundesrats und die braunschweigische Regierung erachtet ihn als maßgebend für sich, um so mehr, als sie sich im Einklang mit den übrigen deutschen Regierungen weilt.

Abg. Wehl (natl.): Der Erfolg der welfischen Agitation ist der gewesen, daß die Eintracht der Bevölkerung in schlimmster Weise gestört ist. Wie der größte Teil der Bevölkerung gestimmt ist, haben die Wahlen gezeigt.

Abg. Dr. Varenhorst (Sp.): Abg. Langerfeldt, der auch Mitglied des braunschweigischen Landtages ist, ist heute verhindert, hier zu sein; er legt Wert darauf, zu erklären, daß die Ausführungen des Abg. Böy v. Olfenhusen nicht den Anschauungen des braunschweigischen Landtages und Volkes entsprechen. Als Hannoveraner bedauere ich den Verlust unserer Selbständigkeit, ich erkenne aber den großen Aufschwung an, den die Provinz Hannover seit 40 Jahren unter den Hohenzollern genommen hat. Wir finden uns in die Tatsachen und bedauern, daß durch die welfische Agitation das Welfenhaus verhindert wird, den braunschweigischen Thron zu besteigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Böy v. Olfenhusen (Welfe): Der Bruch des Legitimitätsprinzips, der in Braunschweig vor sich geht, ist gar nicht abzuleugnen, auch dadurch nicht, daß man ihn mit der welfischen Agitation verknüpft. Zugleich ist diese Ungerechtigkeit politisch unflug, da nun die Agitation von neuem mächtig auflodern muß. In erster Linie aber treten wir für das Legitimitätsprinzip ein.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Für die Gefühle der persönlichen Unabhängigkeit an das englische Königshaus wird jeder Achtung empfinden; aber sie dürfen nicht mit politischen Aktionen verknüpft sein. Ueber dem Prinzip der Legitimität steht die Sorge für den inneren Frieden des Reiches. Deshalb konnte nicht anders entschieden werden als entschieden worden ist, und so lange die Verhältnisse nicht andere werden, wird es auch dabei bleiben müssen. (Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Hübner (natl.): Ich will die Aufmerksamkeit des Reichstanzlers auf die weitere Vereinheitlichung des Reichseisenbahnwesens lenken. (Große Unruhe.) Ich begreife Ihre Unruhe bei der Geschäftslage des Hauses, ich halte es aber für meine politische Pflicht,

auf diese Materie einzugehen. Es handelt sich nicht nur um eine Eisenbahnfrage, sondern darum, die partikularistischen Gegenströmungen von hohen nationalen Gesichtspunkten aus zu überwinden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ulrich (Soz.):

Die Frage der Reichseisenbahngemeinschaft darf nicht mehr zur Ruhe kommen. Ich hoffe, daß das Scheitern der Betriebsmittelgemeinschaft dazu führen wird, daß man dieser Frage der Reichseisenbahngemeinschaft näher kommt. Es darf nicht dazu kommen, daß die Kleinstaaten von Preußen aufgekauft werden, wir müssen vielmehr den Reichsgebanken hoch halten. Das ist eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit. Ein gutes Geschäft haben wir in Hessen mit der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft ja gemacht; wir haben jetzt 3 Millionen Mark Ueberschuß. (Hört! hört!) Aber damit sind wir nicht zufrieden. (Gr. Heiterkeit rechts.) Ja, Sie gehen von rein materiellen Gesichtspunkten aus, Ideale kommen für Sie nicht in Betracht. Wir sind nicht zufrieden, weil wir ganz von Preußen abhängen. Wir kriegen zwar alles, wenn es sich um strategische und preussische Interessen handelt, aber die spezifisch hessischen Interessen werden gar nicht beachtet. Preußen will den Verkehr von Hessen allmählich beseitigen, soweit es sich um die direkte Schneelzugverbindung handelt.

Für Sie ist Preußen Deutschland, für uns aber ein Bundesstaat, in dem die einzelnen Staaten sich freundschaftlich behandeln sollen. Das tut aber Preußen nicht. Daher hat auch Bayern ein Paar in der Betriebsmittelgemeinschaft gefunden. Ich fordere den Herrn Reichstanzler auf, in dieser Frage mehr Reichstanzler als preussischer Ministerpräsident zu sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hübner (S.) spricht sich gegen die Betriebsmittelgemeinschaft aus.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat des Reichstanzlers und der Reichstanzlei wird bewilligt.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 19. November. Auslieferungvertrag mit Griechenland, dritte Beratung des Handelsabkommens mit Amerika, der drei Beamtengehalte, Fortsetzung der dritten Beratung des Etats, Wahlprüfungen.

Schluß 1/8 Uhr.

Aus der Partei.

Der Zentral-Wahlverein für die West-Preignitz

hielt am Sonntag seine Jahres-Generalsammlung in Wittenberge ab. Erschienen waren aus den verschiedenen Orten des Kreises 23 Delegierte, außerdem waren neben den Mitgliedern des Zentralvorstandes anwesend von der Agitationskommission die Genossen Fischer und Schulz, vom 6. Berliner Reichstagswahlkreis die Genossen Brunner und Frenthaler, sowie der Reichstagsabgeordnete Emil Böse-Rixdorf. Aus dem Jahresbericht erstattet vom Genossen Schmidt, ist zu entnehmen, daß nach Einführung der Zentralisation überall im Kreise mit gutem Erfolge Agitation betrieben worden ist; daß im Berichtsjahre in 8 Orten des Kreises Wahlvereine gegründet wurden, deren Mitgliederzahl in Havelberg 100, in Perleberg und Wilsnack je 30 beträgt.

Mit Einschluß von Wittenberge und den in einigen Orten vorhandenen Einzelmitgliedern sind im Kreise 343 organisierte Genossen vorhanden, denen circa 1100 Gewerkschaftsmitglieder gegenüberstehen, sodaß also noch ein gut Teil Agitationsarbeit zu leisten ist. Leiser der „Brandenburger Zeitung“ sind am 31. März 279 vorhanden gewesen.

Genosse Schulz gibt noch einige kurze Erläuterungen. Danach sind im Berichtsjahre an Eingriffen der Behörden erfolgt: zehn Beschloßnahmen von Flugblättern, ein Versammlungsverbot und eine Versammlungsausschließung.

An Strafbefehlen ergingen 23, von denen 13 auf Einspruch zurückgezogen wurden, 6 mit Freispruch und 5 mit Verurteilung endeten. Drei eingeleitete Strafverfahren endeten in 2 Fällen mit Freispruch, in einem Falle wurde ein Genosse zu 10 M. Geldstrafe verurteilt.

Den Kassenbericht erstattet Genosse Simon. Es ist eine Gesamteinnahme von 2478,88 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 2124,30 M. gegenübersteht, so daß ein Bestand von 349,33 M. verbleibt.

Die Vorstehenden der örtlichen Vereine erstatteten ebenfalls Bericht, aus denen hervorgeht, daß die Genossen überall mit Eifer und Hingabe ihre Aufklärungsarbeit zu verrichten gewillt sind. Genosse Pruder-Havelberg fragte an, ob der Kreis sich die Verteilung unter die Mitglieder der Agitationskommission so ohne weiteres gefallen lassen müsse; er sei der Meinung, daß die Genossen des Kreises auch noch ein Wort dabei mitzureden haben.

Genosse Frenthaler-Werlin wies demgegenüber darauf hin, daß Groß-Berlin doch wohl noch zu der Sache Stellung nehmen müsse und dann wären selbstverständlich die einzelnen Kreise berechtigt, ihre Monita zu machen.

Ueber Agitation, Organisation und Taktik bei der Wahl referierte Genosse Böse-Rixdorf.

Die Vorstandswahl zeitigt folgendes Resultat: 1. Vorstehender Karl Schmidt, Stellvertreter August Jander, Kassierer Ernst Simon, Schriftführer Wilhelm Gutsmidti, Revisor Friedrich Lampe, sämtlich in Wittenberge. Zu Revisoren werden gewählt: Thiele-Wittenberge, Schwarz-Berleberg und Jabel-Wilsnack. Bei der Wahl der Kandidaten votierte die Generalversammlung einstimmig für den Genossen Böse.

In den Vorstand der Organisation der Provinz Brandenburg wurde der Genosse Schmidt-Wittenberge gewählt. Als Delegierter zum Internationalen Kongress soll Genosse Böse vorgeschlagen werden.

Nach Erledigung einiger interner Kreisangelegenheiten und einem kräftigen Schlusswort des Genossen Schmidt wurde die Generalversammlung mit dem üblichen Hoch geschlossen.

Das Jubiläum des New Yorker jüdischen „Vorwärts“. Das Organ des jüdischen Proletariats der Vereinigten Staaten Nordamerikas, der in New York erscheinende „Vorwärts“, hat kürzlich, wie wir schon meldeten, das Jubiläum seines zehnjährigen Bestehens gefeiert. Am Jubiläumstage erschien der „Vorwärts“ in rotem Gewande, 20 Seiten stark. In einer Auflage von 150 000 Exemplaren wurde die Zeitung in kurzer Zeit über die ganze Stadt verbreitet und eine Stunde später war kein Exemplar mehr zu haben. Das Jubiläumblatt enthielt hochinteressante Artikel von Jonas, Schlüter, Eugen Debs und anderen. Die Genossen Bebel und Kautsky hatten dem Blatte zu seinem Ehrentage Glückwunschkarten überreicht.

„Grimin Shimbu“, das Organ der sozialistischen Partei in Japan, kündigt in seiner Nummer vom 14. April an, daß es von diesem Tage an sein Erscheinen einstellen müsse. Zu den finanziellen Schwierigkeiten treten die immer schwerer zu ertragenden Verfolgungen durch die Regierung. Vier Anlagen schweben gegenwärtig gegen die Zeitung. Die politische Organisation ist zerstört und die Bewegung äußerlich ganz niedergedrückt, aber die Genossen sind der Ansicht, daß dieser „Erfolg“ der Regierung kein dauernder sein könne, denn nach dem großen Streik in den Kupferminen von Asago sind Streikunruhen, bisher eine Seltenheit, von allen Teilen des Landes gemeldet worden. Die wachsenden Unruhen in der Arbeiterbevölkerung werden bald wieder die oberen Klassen erschrecken; eine Renovation der Partei kann nicht ausbleiben. Am 17. Februar hatte die Partei ihre zweite Jahreskonferenz in Tokio, auf der hitzige Debatten zwischen den Anhängern des Parlamentarismus und der „direkten Aktion“ geführt wurden. Dr. Tokijiro wurde als Delegierter für den Kongress in Stuttgart gewählt.

Soziales.

Schadenersatzanspruch wegen unberechtigter Versammlungsauflösung.

Rüfungen ist der Regierung zu Königsberg i. Pr. Der Versuch, im Wege der Konfliktberhebung einen Polizeibeamten, welcher zu Unrecht eine Versammlung aufgelöst hatte, vor der Bekanntheit mit dem Zivilgericht als Instanz für Schadenersatzansprüche zu bewahren. In Königsberg in Preußen fand am 11. März 1906 im Ludwigshof eine öffentliche Versammlung statt, für die Redakteur Crispin von der „Königsberger Volkszeitung“ das Referat über: „Generalstreik oder Massenstreik?“ übernommen hatte. Crispin legte dar, daß die Sozialdemokratie den anarchistischen Generalstreik sowie den gleichartigen Generalstreik im Sinne der Anarcho-Sozialisten von Dr. Friedeberg verwerfe und daß der Massenstreik, wie ihn die Sozialdemokratie sich denke, jenem anarchistischen Generalstreik gegenüberstehe, wie das Wasser dem Feuer. Als er das näher auseinandersetzen wollte und dabei (nach dem Bericht des Kriminalschutzmannes Buchhorn) die Worte gebrauchte: „Hinter dem Generalstreik steht die blutige Revolution.“ löste Buchhorn die Versammlung auf. — Crispin beschwerte sich beim Polizeipräsidenten über die Auflösung. Er erhielt den Bescheid, daß der Polizeipräsident auch die Versammlungsauflösung für ungerechtfertigt erachte und daß dem Kriminalschutzmann Buchhorn schon die diesbezüglichen Vorhaltungen gemacht worden seien. Der Einrufer der Versammlung, Metallarbeiter Seemann, klagte nunmehr im Zivilprozeß gegen Buchhorn auf Schadenersatz. Er beanspruchte 8 Mark. (4 Mark für die Annonce in der „Königsberger Volkszeitung“ und 4 Mark als Ersatz der verteilten Handzettel.) Bevor es zu einer Verhandlung kam, erhob die Regierung zu Königsberg den Konflikt auf Grund des Gesetzes vom 13. Februar 1854, dessen § 1 bestimmt: „Wenn gegen einen Zivil- oder Militärbeamten wegen einer in Ausübung oder im Veranlassung der Ausübung seines Amtes vorgenommenen Handlung oder wegen Unterlassung einer Amtshandlung eine gerichtliche Verfolgung im Wege des Zivil- oder Strafprozesses eingeleitet ist, so steht der vorgesetzten Provinzial- oder Zentralbehörde des Beamten, falls sie glaubt, daß demselben Ueberschreitungen seiner Amtsbefugnisse oder Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung nicht zur Last fällt, die Befugnis zu, den Konflikt zu erheben.“ Die Regierung machte zur Begründung des Konflikts geltend, Buchhorn hätte aus Veranlassung der Ausübung seines Amtes gehandelt und habe seine Amtsbefugnisse nicht überschritten, so daß er für den Schaden, der dem Einrufer entstand, überhaupt nicht regresspflichtig gemacht werden könne. Wenn auch die Äußerungen des Referenten Crispin keinen gesetzlichen Grund zur Auflösung bildeten, so könne in der Auflösung eine Ueberschreitung der Amtsbefugnisse doch nicht gefunden werden. Der Kriminalschutzmann habe im guten Glauben gehandelt und irrtümlich angenommen, Crispin habe eine gesetzlich unzulässige Äußerung getan. Die Uebervachung einer Versammlung und die Ausübung der damit verbundenen Befugnisse sei eine Handlung, bei der dem Beamten ein freies pflichtmäßiges Ermessen eingeräumt sei, so daß er sich tatsächlich irren könne, ohne seine Amtspflichten zu verletzen. Demnach sei der Zivilprozeß gegen B. unzulässig.

Das preussische Obergericht erklärte jedoch am 10. d. M. den Konflikt der Regierung für unbegründet, so daß dem Zivilprozeß gegen den Kriminalschutzmann Fortgang zu geben ist. Das Gericht könne nicht annehmen, daß B. seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe. Es hat zweifellos nach dem Gesetz kein Grund zur Versammlungsauflösung vorgelegen. — Vielleicht führt ein ähnliches von uns wiederholt empfohlenes Schadenersatzverfahren allmählich zu einer Minderung unberechtigter Versammlungsaufösungen und zu etwas Schutz des Koalitions- und Vereinsrechts.

Syphilis der Unschuldigen.

Die Berliner Ortsgruppe der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hielt am Sonnabend, den 11. Mai, im Bürgercafé des Rathauses ihre vierte öffentliche Sitzung ab, in der Herr Privatdozent Dr. Traub über die „sogenannte“ Syphilis der Unschuldigen sprach. „Sogenannte“, weil die Ärzte auch die auf geschlechtlichem Wege erworbene Syphilis nur für ein Unglück, nicht für eine Schuld ansehen. Auf „unschuldige“ Weise kann die Syphilis auf dreierlei Art erworben werden: 1. durch Ansteckung in der Ehe, 2. durch Infektion der Kinder, 3. durch Uebertragung ohne geschlechtlichen Verkehr. Daß die Syphilis in der Ehe, sei es durch Leichtsinns, sei es durch Unkenntnis erworben wird, ist, wie Journier nachgewiesen hat, viel häufiger, als man gemeinhin annimmt. Journier fand, daß von 100 syphilitischen weiblichen Personen durchschnittlich immer 20 verheiratet und von ihren Männern infiziert waren. Andererseits konnte er unter 218 Fällen 94 Fälle nachweisen, in denen die Ehemänner die Syphilis sich auswärts zugezogen hatten, und 114 Fälle, in denen die Männer vorher als Junggesellen sich angesteckt, aber zu früh, d. h. ohne genügend lange und genügend gründliche Behandlung geheiratet hatten.

Wegweisend für die Infektion der Kinder ist von Bedeutung, daß die Uebertragbarkeit der Syphilis seitens der Mutter noch länger andauert als seitens des Vaters. Die meisten syphilitisch infizierten Kinder sterben schon im ersten Lebensjahre, sei es durch die Krankheit selbst, sei es durch die damit ererbte Lebensschwäche. Ihre Sterblichkeit ist eine erschreckend hohe; dazu kommt, daß Kinder mit ererbter Syphilis in ihrem Wachstum und in ihrer ganzen Entwicklung auffallend zurückbleiben.

Das größte Gebiet der Syphilis der Unschuldigen nehmen die Fälle von außer-geschlechtlicher Infektion ein. Der Möglichkeit, auf ungeschuldige Weise Syphilis zu erwerben, gibt es unzählige. Die Uebertragung kann zustande kommen durch Küffen; nicht selten sind auch die Infektionen der Kerze, Gebärmutter und des Krankepflegepersonals in Ausübung ihres Berufes, ferner die Ansteckung der Ammen beim Stillen der Kinder oder umgekehrt gesunder Kinder durch kranke Ammen; ferner die Infektion durch Trinkgefäße, Eßgeräthe. Hierher gehört auch die Möglichkeit, bei der Ausübung des Gewerbes sich zu infizieren, wie z. B. bei den Glasbläsern durch eine gemeinsame, bei allen Arbeitern hinführende Glaspfanne. Viel seltener dagegen als man gewöhnlich glaubt, ist die Ansteckung in den Barbierstuben. Die Furcht vor syphilitischer Infektion hat auch die Bewegung zur Beseitigung des gemeinsamen Abendmahlchens geweckt. Dagegen ist die Gefahr einer solchen Infektion beim Impfvorsicht heute, wo nur tierische Lymphe benutzt wird, strenge Impfvorschriften größte Sauberkeit fordern, nur minimal zu nennen. Während bei uns in Deutschland die Zahl der auf „unschuldigen“ Wege erworbenen Fälle von Syphilis eine relativ geringe ist, ist dies umgekehrt in England, Serbien, Norwegen und einigen anderen Ländern gerade das häufigste. Speziell in England sollen fast 90 Proz. der Fälle von Syphilis durch extragenitale Infektion entstehen. Am Ammen und Säuglinge gegen syphilitische Infektion zu schützen, empfiehlt es sich, dem Vorschlage des Dresdener Arztes Dr. Galensky beizutreten, der Verstaatlichung der Ammenunterstützung verlangt. Jeder, der einmal das Unglück hatte, sich syphilitisch zu infizieren, sollte mindestens 4—5 Jahre nach erfolgter Heilung warten, ehe er eine Ehe eingeht.

Zum Religionsunterricht in der Volksschule.

Die hamburgische Schulsynode hat sich am Sonnabend nach langer Debatte mit 199 gegen 149 Stimmen für Beibehaltung eines besonderen Religionsunterrichtes im Lehrplan der Volksschule entschieden, hat jedoch mit allen gegen einige wenige vereinzelt Stimmen den Katechismusunterricht verworfen.

Ein „fruchtbarer“ Kämpfer für Religion, Ordnung und „Sittlichkeit“!

In einer Porzellanarbeiter-Versammlung in Neufelwit wurde aus Gräfenthal über geradezu ungläubliche Verhältnisse berichtet. In dem Versammlungsbericht in der „Altenburger Volkszeitung“ heißt es: Der Unternehmer Schneider hat es seit Jahrzehnten verstanden, die Arbeiterinnen in der unerhörtesten und schamlosesten Weise auszunutzen. Gerichtlich ist festgestellt, daß er mit 62 geschlechtlich verkehrt hat! Resultat: 50 Kinder. Eltern und ältere Schwestern haben ihre jüngeren Töchter bzw. Schwestern direkt mit dem Unternehmer verknüpft. Wenn ein Mädchen heiratete, bekam es 600 M., wenn es aber keinen Mann bekommen konnte, zahlte Schneider ihnen 1200 M. Er war im wahren Sinne des Wortes der Vater seiner Arbeiter.

Aus Industrie und Handel.

Tributpflicht!

Im „Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat“ 1906 werden die Geschäftsergebnisse der Aktiengesellschaften in Preußen für das Jahr 1905 mitgeteilt. Danach stellt sich die Zahl der mit Gewinn abschließenden Gesellschaften auf 2106, das dividendenberechtigte Aktienkapital auf 6780,72 Millionen Mark und der erzielte Reingewinn auf 812,46 Millionen Mark.

An dem Stande der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 gemessen, entfällt auf den Kopf der Bevölkerung, Frauen, Säuglinge und Greise eingeschlossen, eine Reingewinnung von 21,75 Mark. Berechnet man die Reingewinnung auf die über vierzehn Jahre alten männlichen Personen in Preußen, dann ergibt sich ein Betrag von 66,31 Mark pro Kopf. Nun gibt es aber viele erwerbstätige Frauen und andererseits viele Jünglinge und Männer, die wohl verzehren, jedoch nicht arbeiten. Diese haben natürlich sicher nicht zu dem Reingewinn beigetragen. Nach der Berufszählung von 1895 waren 42 Proz. der Bevölkerung erwerbstätig, einschließlich Militärpersonen, Angehörige der freien Berufe, Staatsbeamte. Dasselbe Verhältnis für 1905 angenommen, wären im Jahre 1905 in Preußen 15 683 994 Erwerbstätige vorhanden gewesen und auf jeden von ihnen entfiel im Durchschnitt ein Reingewinn von 51,80 M., den sie allein für die wenigen Aktiengesellschaften erarbeitet hätten.

Scheidet man die Banken aus und versucht den pro Kopf der in gewerblichen Unternehmen Beschäftigten sich ergebenden Reingewinn aus den industriellen Anlagen zu erfassen, so ist zunächst die Ermittlung der in Preußen in Gewerbebetrieben Tätigen erforderlich. Wir wählen dazu folgenden Weg: Nach der Zählung von 1895 hatte Preußen 3 608 971 Erwerbstätige im Hauptberuf, während für das Deutsche Reich 5 955 711 gezählt wurden. Auf Preußen entfiel demnach rund 60 Prozent der im Reich gezählten Erwerbstätigen. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften weisen nun für 1905 8 195 782 versicherte Personen aus, demnach entfielen davon auf Preußen 4 917 439 Versicherte. Die Aktiengesellschaften in Preußen ohne Banken und Versicherungsgewerbe erzielten im Jahre 1905 einen Reingewinn von 498,57 Mill. Mark oder pro Kopf der in gewerblichen Anlagen in Preußen Beschäftigten 101,39 M.

Es hatte mithin jeder Versicherte, einschließlich Lehrlinge, jugendliche Personen, Männer und Frauen, versicherungspflichtige und freiwillig versicherte Beamte und Unternehmer, allein für die gewerblichen Aktiengesellschaften im Jahre mehr wie hundert Mark Reingewinn aufzubringen. Diese Summe stellt aber nur einen Teil des Kapitalgewinnes dar. Es ist darin nicht eingeschlossen die für Obligationen, Anleihen usw. abgestohene Summe, ferner nicht die von den Privatbetrieben und Unternehmen in Familienbesitz erzielten Gewinne, ferner nicht die Erträge der zahlreichen Gewerkschaften, Gesellschaften m. B. u. u. u. Immerhin gewährt die Rechnung eine kleine Vorstellung von der Tributpflicht der Arbeit für das Kapital. Wenn man aber ersehen will, was der einzelne Arbeiter tatsächlich für das Kapital leisten muß, ist es schon notwendig, die Gewinne der einzelnen Gesellschaften in Vergleich zu stellen zu der Zahl der beschäftigten Arbeiter. An der Hand der Geschäftsberichte stellen wir für einige Gesellschaften die Gewinnquoten pro Arbeiter fest. Es sind die folgenden:

Gesellschaft	Bruttogewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Beschäftigte Personen	Reingewinn pro Arb.
Kohlenbergwerk „Kontinuität der Große“	4 897 372	1 669 080	2 735 282	5202	522
Vgl. Blei- u. Zinkfabr. Stollberg	3 016 904	1 178 748	1 838 155	3812	482
Kontinuität-Kaufh. u. Guttapercha-Comp. Hannover	—	—	2 956 455	5556	532
Konordia-Bergbau	4 025 416	?	2 580 000	5175	497
Gibernia	14 218 879	4 501 625	9 712 254	15082	643
Heide Karoline	336 613	?	204 608	556	368
Krenberg Bergbau	5 040 591	?	3 520 176	5766	644
Eßener Steinkohlenwerke	5 561 420	1 085 401	2 284 666	4418	517
Wachen. Hüttenverein	7 526 580	3 000 000	4 026 146	7045	571
Magdeb. Bergw.-B.	1 527 495	321 112	1 206 383	1360	887

Die geringste Ausbeute entfällt auf die kleine Gesellschaft „Karoline“. Bei den größeren Unternehmungen geht die Rente, die der einzelne Arbeiter für das Kapital erarbeitet, bis auf über 800 M. hinaus. Für die aufgeführten zehn Gesellschaften mit 53 967 Arbeitern stellt sich der gesamte Reingewinn auf rund 31 Mill. Mark und pro Kopf der Beschäftigten ergibt sich ein Reingewinn von 575 M.

Große Erlöse in Rußland. Infolge Erzmannels in Deutschland und Verringerung des schwedischen Erzexportes haben einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur zufolge deutsche Metallfabriken mit Montanindustriellen des Dombrowa und des Dombrowens einen Kontrakt über Lieferung 85 Millionen Pud Dombrower und Krivorozer Erzes abgeschlossen. Der Export des Erzes soll über Sosnowice im Verlauf der Monate Mai, Juni und Juli stattfinden.

Neugründungen. Im April sind in den Handelsregistern eingetragen worden 17 neue Aktiengesellschaften mit 18 536 000 Mark Nominalkapital gegen 27 Gesellschaften mit 30,560 Millionen Mark Nominalkapital im Vormonat und gegen 22 Aktiengesellschaften mit 26,827 Millionen Mark Nominalkapital im April 1906.

Das Gründungsergebnis der abgelaufenen vier Monate des laufenden Jahres beläuft sich nach den Zusammenstellungen des „Internationalen Volkswirts“ auf 80 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 121 381 000 Mark gegen 93 Gesellschaften mit 160,9 Millionen Mark in der gleichen Periode des Vorjahres und gegen 231 bez. 204, 125, 92, 89, 168, 216 und 364 Aktiengesellschaften mit 473,39 bezw. 384, 384, 329, 115, 172, 340 und 544 Millionen Mark in den vollen Jahren 1906—1909.

Warnung aus der Textilindustrie. Der Verband deutscher Baumwollgarnkonsumenten richtet an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem es heißt: „Die enorme Knappheit an Garnen und das Preisniveau der Gespinste haben einen Zustand hervorgerufen, der schon nicht mehr genügend mit dem Worte Hochkonjunktur bezeichnet werden kann. Eine Spezialität auf diesem Gebiete sind die langfristigen Abschlässe, welche die Garnkonsumenten mit den Spinnern getätigt haben. Bis Ende 1908, ja schon bis Anfang 1909 sind Käufe abgeschlossen worden. Die langfristigen Abschlässe sind die Folge der Angst, nicht rechtzeitig Garne geliefert zu bekommen, was notwendigerweise eine große Steigerung der Spinnlöhne und der Garnpreise zeitigen muß. Die Spinner geben an, derartig mit Aufträgen überhäuft zu sein, daß sie von ihren Abnehmern verlangen müssen, ihre Dispositionen mindestens auf 2—3 Semester zu treffen. Unter Kunden denken aber gar nicht daran, heute sich auf so lange hinaus zu binden, während wir vielfach gezwungen sind, uns unseren Garndbedarf zu sichern. Dadurch wird ein stark spekulatives Moment in die Baumwollbranche getragen. Das ungeheure Verhältnis liegt unseres Erachtens vor allem in den spekulativen Abschlässen. Die Spinner sind durch ihre außerordentliche Inanspruchnahme einfach gezwungen, die Spinnlöhne und damit die Preise der Gespinste bedeutend zu erhöhen. Die Frage ist nun, ob die Welt auf die Dauer die hohen Preise wird bezahlen können, welche bei dem jetzigen Konsum eine Mehrausgabe von über 2 Milliarden allein für Baumwollgarn pro Jahr nötig machen. Wir können nicht genug davor warnen, auf ein weiteres Steigen der Konjunktur zu bauen, nachdem wir eine so lange Periode stetig guter Konjunktur hinter uns haben. Ein Umschwung muß früher oder später eintreten. Aus diesem Grunde liegt in den langen Engagements eine große Gefahr. Sobald nur die Käufe von Indien und China in Manchester nachlassen und die in England neu aufgestellten 8 Millionen Spindeln sich in voller Tätigkeit befinden, dürften die Garnpreise bedeutend fallen und sind dann die deutschen Garnkonsumenten in der Lage, in Anbetracht der durch unseren Verbrauch erfüllten wesentlich ermäßigten Rostlage ihren Bedarf vom Auslande zu decken, falls die deutschen Spinnereien mit ihren Anschlägen nicht heruntergehen. Wir hören schon jetzt von Abschlässen, die deutsche Garnkonsumenten in Oesterreich getätigt haben, die sich inklusive Fracht und Zoll billiger stellen als die Preise deutscher Garne.“

Aus der Frauenbewegung.

Gottgewollte Ordnung:

Was die Natur versagt, das muß die Kunst ersetzen! Das ist der Wahlspruch der eleganten Dame. Mit welchen Umständenlichkeiten und Gelächern die Ausstaffierung einer Modedame verknüpft ist, schildert die „Königliche Zeitung“ wie folgt:

Um durch eine reizvolle Gestalt ihre Genossinnen zu übertreffen, oder durch einen tolligen zarten Teint den Reiz der Stiefelchen der Schönheit zu erzeugen, erduldet die moderne Frau ohne Klagen Leiden und Schmerzen und bezahlt die teuersten Preise ohne Murren. Eine englische Zeitschrift hat eine Berechnung aufgestellt, wie teuer die „natürliche“ Schönheit einer eleganten Modedame zu stehen kommt; die Schönheits-Spezialisten des Londoner Westens haben unter ihren Kundinnen mehr als eine, die für die Vorbereitungen zu einem Abend 200, 300, ja selbst 400 M. für ihren Schönheitsdoktor ausgeben! Schon am Morgen begibt sich eine solche Dame in die Behandlung ihres Spezialisten. Sie wird mit Dampf behandelt und massiert, ihr Haar wird gebürstet und parfümiert und gegebenenfalls neu gefärbt, Hände, Arme und Nacken werden mit der größten Sorgfalt behandelt, mit allerlei geheimnisvollen Salben geölt; dann schreitet man zum Aufbau der Frisur; Boden werden kunstvoll angeordnet. Besonders schwierig ist ein geschicktes Schneiden, das die Gestalt geschmeidig und anmutigvoll erscheinen läßt. Bei all diesen langwierigen Vorbereitungen darf die künftige Schönheit nur leichte Nahrung genießen; besondere Drogen gibt es, die den Augen Glanz und Helligkeit verleihen. Natürlich hat jeder Schönheitsdoktor seine besondere Methode und auch seine besonderen Preise; aber die Damen bezahlen sie erfahrungsgemäß gern. Eine reiche Dame der Londoner Gesellschaft hat es sich zur Gewohnheit gemacht, bei allen ihren Reisen sich von einem ganzen Stabe Schönheits-Spezialisten begleiten zu lassen, sie reisen mit ihrer Herrin von Land zu Land, wohnen in den ersten Hotels, nur um täglich auf eine Stunde ihren Dienst zu versehen.

So werden die „natürlichen Reize“ einer pikanten Schönheit hergestellt. Man sieht, was Geld und Eitelkeit vermag, da werden nur um ein paar Stunden zu glänzen alle nötigen Strapazen ertragen. Eine will immer schöner sein, wie die andere. 300, 300, 400 M. für die Schönheit eines Abends! Dazu kommen dann noch die eleganten Garderobensätze, Schmuck usw. Von dem hierfür aufgewendeten Gelde muß eine Arbeiterin, die vielleicht den Tag 1—2 M. verdient, monatlang Lebensunterhalt, Wohnung, Garderobe, kurz, alles in allem bestreiten. Eine Lebendame gibt mehr an einem Abend für die Bemalung ihres sichtbaren Körpers und für sonstige Posturen usw. aus, wie hunderte Arbeiterinnen in mühevoller Arbeit erwerben. Die Arbeiterinnen, welche in den Fabriken die Präparate und alle anderen notwendigen Sachen zur Schönheits-erzeugung herstellen, die den Damen zur Korrektur der Natur dienen, werden meistens so jämmerlich bezahlt, daß sie kaum das Allernotwendigste zum Leben haben, ja oft kaum ihre Wölfe zu decken vermögen! Und im Dienste des Kapitals opfert die Arbeiterin Gesundheit und natürliche Schönheit. Der Kampf um's Dasein, die Misere des Proletariatslebens reißt die arbeitende Frau auf, nimmt ihr bald alle körperliche Geschmeidigkeit, macht sie vor der Zeit alt und grau.

Wenn jemals die Unterschiede zwischen arm und reich zutage treten, so beim Weibe in den sogenannten besten Jahren. Hier das abgehärmte, elende, überarbeitete Proletariatsweib, dort die lebensprühende, kraftvolle, elegante Dame der „guten Gesellschaft“. Hier zeitliche Plage, Not und Sorge um tägliche Brot, dort Gemut, Richtigkeit, nur Sorge um die eleganten Toiletten. Wir leben eben in der besten aller Welten!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für die Interessen der Hausangestellten. Erster Ausflug am 20. Mai (2. Pfingstfeiertag) nach Zehlendorf, Restaurant Schützenhaus. Abfahrt 4 Uhr vom Bahnhof Groß-Görschenstraße nach Zehlendorf. Treffpunkt Bahnhof Groß-Görschenstraße. Für Rückzugler alle fünf Minuten ein Zug. Gäste hierzu sind freundlich eingeladen.

Pantow. Die Versammlung, die Donnerstag, den 16. d. Mis., bei Großfurt, Berlinerstr. 27, stattfinden sollte, fällt aus.

Reinhold-Dr. Mittwoch, den 15. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Hoffmann, See- und Registrastr.-Ecke, Vortrag: Herr Dobro. „Kinder-Frankheiten, Entschlingung und Verhütung derselben.“

Treptow. Baumgartenweg. Mittwoch, den 15. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Christ, Marienalerstraße, Ecke Ernststraße: Vortrag Frau W. Lungwitz. „Unsere heutigen Kämpfe und die Frauen.“

Witterungsüberblick vom 13. Mai 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.
Eintriede	761	SW	1	10	Daprun	761	N	4	10
Damburg	760	SW	2	10	Wetzlar	758	SW	1	9
Berlin	761	SW	1	10	Wien	758	SW	3	11
Frankfurt	759	SW	1	10	Aberdeen	758	SW	2	10
München	760	SW	1	10	Paris	759	SW	2	10
Wien	763	SW	1	10					

Weiter-Propaganda für Dienstag, den 14. Mai 1907. Bistwas woflig, am Tage etwas kühler mit Westwinden und meist schwachen südlichen Winden.

Berliner Arbeiterbureau

Herr v. Liebert und die Wahrheit.

Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert hat bekanntlich in seinem Prozeß gegen den Genossen Schöpflin einen fragwürdigen Triumph erfochten. Weil Schöpflin sich gewehrt hat gegen eine unter dem Schutze der Reichstags-Immunität gegen ihn geschleuderte schwere Beleidigung, weil er in dieser berechtigten Notwehr den General Vagner genannt hat, wurde er zu 400 M. verurteilt. Der Vertreter v. Lieberts hatte eine Freiheitsstrafe erwirken wollen. Wir haben das Urteil bereits charakterisiert. Es lohnt sich jedoch, auf den Prozeß noch einmal zurückzukommen an der Hand des in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienenen stenographischen Verichts. Und zwar, um das Verhältnis des Herrn v. Liebert zur Wahrheit eingehender darzulegen, als das in unserer Besprechung bei dem damals vorliegenden Material geschehen konnte.

Von den Ausführungen des Beklagten, des Genossen Schöpflin seien nach dem stenographischen Vericht die folgenden Sätze hervorgehoben, die auf die Gewissenhaftigkeit des Herrn v. Liebert ein recht grelles Licht werfen. Schöpflin sagte bei seiner Vernehmung u. a.:

„Liebert wollte mich persönlich verleumden. Er hat überhaupt die Genossenschaft, Sozialdemokraten, die in der Partei ein Ehrenamt einnehmen, in dieser Weise angegriffen. Liebert hat schon im Wahlkampf mich persönlich angegriffen. Liebert hat ferner die sozialdemokratischen Führer in unerhörtester Weise im Wahlkampf angegriffen, v. a. Singer, v. Vollmar.“

Von Singer hat er gesagt, er oder sein Sozjus hätten ihren Mädchen gesagt, sie sollten auf die Straße gehen und dort ihren Lohn doll machen. So hat er den Abgeordneten Vollmar verleumdet, einen Defecteur hat er ihn genannt. Vollmar ist, wie Ihnen allen bekannt ist, im Feldzuge zum Krüppel geworden für Lebenszeit. Da habe ich mich gelacht, wenn er einen Kameraden, der im Feldzuge zum Krüppel geworden ist, in dieser Weise beschimpft — da ist mir diese Erklärung in die Feder gekommen.“

Bedeutungsvoll und sehr beredt ist das Schwiegen, das Liebert und sein Verteidiger Rechtsanwalt Martin auf einige für den Reichstagsverbandseiner unangenehme, aber sehr berechtigte Fragen hatte. Das stenographische Protokoll hat diese interessante Episode wie folgt festgehalten:

Liebnecht: ... Die beiden anderen Zeugen sollen bestätigen, daß der Privatkläger die von dem Angeklagten bereits angebotenen Beleidigungen größtenteils Art gegen Bebel, Singer, Vollmar geschleudert hat, ebenso gegen Stadthagen, er sei insam aus dem Antivollmarstande herausgejagt worden.

Martin: Ich bitte, das nicht zuzulassen. Unsere Beweisangebote sind rechtzeitig gestellt worden, und diese Anträge kommen so spät, daß wir keine Gegenbeweise stellen konnten.

Liebnecht: Liebert wird nicht umhin können, sich zu äußern, ob er die in Frage kommende Äußerung über Vollmar getan hat. Wenn Liebert sich weigert, sich darüber zu äußern, möchte ich noch einiges andere den Privatkläger fragen. Es soll daraus hergeleitet werden, daß Liebert es bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht genau nimmt mit der Wahrheit.

Ich bitte also, den Herrn Privatkläger zu fragen, ob er sich zu diesen Äußerungen bekennt?

Martin: Der Privatkläger lehnt es ab, sich auf die von seinen des Angeklagten und des Verteidigers gestellten Fragen zu äußern.“

Von besonderem Interesse ist sodann die Begründung, die Genosse Dr. Karl Liebnecht als Verteidiger seinen Beweisangeboten gegeben hat. Die betreffende Stelle des stenographischen Verichts lautet:

Liebnecht: Wie der Angeklagte dazu gekommen ist, den Vorwurf der Lüge zu erheben, das erklärt sich aus dem Inhalt einer Schrift des Privatklägers:

„Der Einfluß der Sozialdemokratie auf das deutsche Heer“. Da wird mit einer merkwürdigen Art der Geschichtsdarstellung eine große Zahl von den

größtenteils und schwersten Beleidigungen gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer erhoben. Es finden sich Insulten, die offensichtlich unwahr sind, so daß jedes Kind weiß, daß sie unwahr sind. Da kommen Schimpfwörter der wie schamlose Verlogenheit wüster Fanatismus, speziell bei Bebel. Das, was Bebel geschrieben hat —

Vorsitzender: Das geht nicht, Sie dürfen den Inhalt nicht vortragen.

Verteidiger: Ich stelle ja auch nur den Antrag, daß dies verlesen werden möge.

Vorsitzender: Bezeichnen Sie die Stellen nach Seite und Zeile.

Verteidiger: Ich muß angeben, was darin steht. Anders kann das nicht geschehen. Selbst wenn ich die Schrift übergebe, darf der Gerichtshof sie ja nicht lesen.

Vorsitzender: Also welche Stellen wollen Sie verlesen lassen?

Verteidiger: Zunächst eine Stelle auf Seite 8, wo von verwerflicher, schamlos verlogener Agitation gesprochen wird. Eine Stelle auf Seite 8 und eine Stelle auf Seite 10. An einer späteren Stelle kommt das noch deutlicher zum Ausdruck, wo Liebert eine Darstellung von der Entwicklung der Sozialdemokratie gibt. Der Aufstieg der Sozialdemokratie habe begonnen, nachdem das Sozialistengesetz aufgehoben sei, und Bismarck entlassen worden war, da werden die Wahlen des Jahres 1890 verlegt nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes und nach Entlassung des Fürsten Bismarck. Jedes Kind weiß jedoch, daß die Entlassung Bismarcks und die Aufhebung des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie mit einer Folge des Ausfalles der Wahl von 1890 gewesen ist. Dann wird behauptet, daß von den Gegnern der Sozialdemokratie versucht worden sei, den Alkoholismus in jeder Weise zu fördern. Ich behaupte, der Privatkläger weiß, daß die Sozialdemokratie im Gegenteil in jeder Weise den Alkoholmißbrauch bekämpft. Ferner, daß die Sozialdemokratie die rohe und gemeine Genußsucht gefördert habe. Dann wird schließlich die moralische Heruntergekommenheit des Rekrutenkontingents der Sozialdemokratie in die Schutze gehoben. Daraus erhellt, wie leichtfertig der Privatkläger mit seinen Behauptungen über die Sozialdemokratie vorgeht.

Ich bitte also, zu beschließen, diese Schrift zu verlesen.

Vorsitzender: Der Antrag wird abgelehnt.

Liebnecht: ... Ich bitte also, zu gestatten, daß ich ganz kurz darauf hinweise, daß die Behauptung von den zweibeinigen Tieren in Uniform, wie die Soldaten von der Sozialdemokratie bezeichnet sein sollen, immer wiederkehrt, trotzdem sie fortgesetzt widerlegt wird. Daß Stadthagen und Rosa Luxemburg in intimen Verkehre leben, daß Bebel den Erben des Leutnants Kollmann gezwungenem einen Teil der Erbschaft abgetreten habe, daß die Führer der Sozialdemokratie von Arbeiterorganen lebten, die von den Arbeitern erprecht werden. Die Sozialdemokratie hätte gegen die Wuchererseite geschritten, eine offenkundige Unwahrheit. Die sozialdemokratische Partei sei eine Art Puppentheater, die

Stassenverhältnisse der Partei seien in Unordnung. Gelder würden ausgetwandt für Unterfütterung der Agitatoren ohne Kontrolle. Der Reservefonds sei gewissermaßen verschwunden. Es ist behauptet worden, daß die Sozialdemokratie mit gefälschten Stimmzetteln operiert habe in der Haupt- und Stichwahl. Es ist wichtig, das hervorzuheben, weil ich behaupten will, daß der Ausdruck Schmutzlappen einen ganz bestimmten Sinn habe. Schließlich sind Behauptungen aufgestellt worden, die ich im einzelnen nicht mehr anführe, über die Art, wie die Sozialdemokratie sich den Kolonien gegenüber verhalten habe. Unter anderem ist hier ein Flugblatt vom Vertrieb patriotischer Schriften mit der Ueberschrift: Das ist die Wahrheit! Da befindet sich auf der dritten Seite ein Bild, wo dargestellt sind eine Anzahl von Leichen von gefallenen Soldaten, afrikanischer Krieger, und bei diesen Leichen stehen Singer, Noeren, Bebel, Erzberger und sehen höhnisch mit gekreuzten Arinnen auf die Leichen und darunter steht: Die Fraktionsinteressen stehen ihnen höher als das Vaterland. Dieses Flugblatt war eine Insultie fondergeich, und es ist überall von der Sozialdemokratie mit höchster Entzückung aufgenommen worden. ... Ich verweise auf die Auffassung bürgerlicher Stimmen, daß der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch seine Reizung, Persönliches herauszubolen und durch die Verabfolgung von Führern der Partei, auch im bürgerlichen Lager Widerspruch heraufzordert.

Auch Max Lorenz, der ja ein sehr bekannter prinzipieller Gegner der Sozialdemokratie ist, hat etwas Derartiges gesagt, und das stelle ich unter Verweis, und ich bitte den Privatkläger, sich zu äußern. Von Lorenz, der die Sozialdemokratie prinzipiell bekämpft, hat der Vorstand des Reichsverbandes verlangt, er solle sich Material gegen die in der Sozialdemokratie führenden Persönlichkeiten besorgen, also eine persönliche Kampfesweise führen. Ich stelle ferner unter Verweis, daß derselbe Max Lorenz in einer Nummer des „Tag“ vom 1. Mai sich in einer sehr scharfen Weise gegen diese Kampfesweise gewendet hat, so daß also eine Kritik, wie sie in dem Worte Schmutzlappen vorliegt, durchaus begründet ist vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus. Da heißt es: Man sucht den einzelnen Sozialdemokraten persönlich moralisch zu brandmarken und verächtlich auf jeden Kampf gegen das sozialdemokratische Prinzip. Es ist damit von einem der schärfsten Gegner der Sozialdemokratie eine sehr scharfe Kritik gegen diese Kampfesweise geübt worden. ...

Su all dem hat v. Liebert, hat sein Rechtsbeistand geschwiegen! Oder vielmehr, Herr Rechtsanwalt Martin hat nicht ganz geschwiegen, sondern er hat den Gerichtsvorsitzenden zu veranlassen gesucht, Liebnecht das Wort zu entziehen, ihn nicht ausreden zu lassen und hat zu diesem edlen Zweck nicht davor zurückgeschreckt, dem Verteidiger des Beklagten in s Wort zu fallen! Vor allen Dingen aber hat er den Gerichtshof dringend ersucht, die Beweisangebote Liebnechts abzulehnen. Liebert verweigerte die Antwort auf Fragen, die ihm nicht das geringste Kopfzerbrechen bereiten konnten, er lehnte es ab, auch nur durch ein einziges Wort der Behauptung entgegen zu treten, daß er den Genossen Singer leichtfertig verdächtigte, daß er gegen den Genossen Vollmar eine falsche Beschuldigung erhoben habe, von der man selbst beim besten Willen kaum annehmen kann, daß sie in gutem Glauben ausgesprochen wurde. Herr Liebert hat kein Interesse daran, daß seine Kampfesweise vor Gericht auf Herz und Nieren geprüft werde. Er hat durch seinen Rechtsbeistand sogar darum ersuchen lassen, der Gerichtshof möge nichts tun, was sein Verhältnis zur Wahrheit klarstellen könnte. Und deshalb begreift es der Leser wohl, wenn wir als Ueberschrift für diesen Artikel gewählt haben „Herr v. Liebert und die Wahrheit“ und wenn wir zum Schlusse sagen, daß trotz verhängenen Wahrheitsbeweises und trotz der Verurteilung des Genossen Schöpflin, dieser Prozeß in der Tat war eine moralische Brandmarkung der Kampfmethode des Reichstagsverbandes in der Person seines Leiters!

Verbandstag der Töpfer.

Am Sonntagnachmittag wurde in Wellers Festalen die achte Generalversammlung des Zentralverbandes der Töpfer Deutschlands feierlich eröffnet. Man hatte für die Delegierten und Mitglieder ein Künstlerkonzert veranstaltet, das viel Erhebendes und Erfreuliches bot. Ein schwungvoller Prolog, von Preczang geleitet, wurde von Rastini vorgetragen. Segawe hieß die Delegierten im Namen der Filiale Berlin willkommen und der Verbandsvorsitzende Drunsel hielt eine kernige Ansprache, in der er auch der großen Kämpfe gedachte, die in anderen Berufen, namentlich im Baugewerbe Berlins, vor sich gehen oder bevorstehen.

Die Generalversammlung selbst tagt im Gewerkschaftshause. Die Verhandlungen haben gestern vormittag 10 Uhr begonnen. Anwesend sind 56 Delegierte, die 35 Wahlkreise des Verbandes vertreten; ferner die 7 Gauleiter bis auf einen, dessen Erscheinen noch erwartet wird, dann als Vertreter des Zentralverbandes: der Verbandsvorsitzende Drunsel, der zugleich die Generalkommission der Gewerkschaften vertritt, der zweite Verbandsvorsitzende Parisch, der Kassierer Lothar, der Redakteur Schmitz und als Vertreter des Ausschusses Baier. Außerdem sind 4 Vertreter ausländischer Bruderorganisationen erschienen: Koudela aus Wien, Müller aus Budapest, Johansen aus Stockholm und Balaloff aus Bulgarien.

Rint, der als Vertreter der Berliner Gewerkschaftskommission anwesend ist, hielt zu Anfang der gestrigen Sitzung eine Ansprache, in der er im Namen der Arbeiterklasse Berlins den Kongreß begrüßte und den Verhandlungen besten Erfolg wünschte. Sodann wurde die Geschäftsordnung festgesetzt, sowie die Tagesordnung, die danach folgende Punkte enthält: 1. Rechenschaftsberichte des Vorstandes; 2. des Kassierers, der Revisoren, des Redakteurs und des Ausschusses; 3. die Arbeiterlosenunterstützung; 4. Agitation und Organisation; 5. Anträge zum Statut; 6. Sonstige Anträge; 7. Wahl eines Delegierten zum internationalen Kongreß in Stuttgart; 8. der Gewerkschaftskongreß im Jahre 1908; 9. Wahl der Verwaltungsbeamten des Zentralverbandes; und 10. Wahl des Sitzes des Ausschusses und des Aufsichtsrates.

Darauf erhielten zunächst die Vertreter der ausländischen Organisationen das Wort. Koudela berichtete über gute Entwicklung des österreichischen Tonarbeiterverbandes, erwähnte auch, daß sich die Arbeiterlosenunterstützung in seiner Organisation gut bewahrt, und gab eine Uebersicht über die großen Lohnkämpfe der österreichischen Tonarbeiter.

Johansen begrüßte den Kongreß im Namen des Schwedischen Töpferverbandes und sprach den Wunsch nach gut geregelter internationaler Verbindung aus.

Müller sprach im Namen der Budapestener und ungarischen Tonarbeiter. Einen Verband zu gründen und am Leben zu erhalten, war den Töpfern in dem angeblich „freien“ Ungarn noch nicht möglich. Das Statut zu ihrem Verband liegt seit 4 Jahren im Ministerium, ist aber noch immer nicht genehmigt. Die ungarischen Töpfer aber haben sich inzwischen dem Bauarbeiterverband angeschlossen. Der Redner legte Wert darauf, hervorzuheben, daß sie nicht eine unorganisierte Masse seien.

Balaloff gab eine Uebersicht über den Stand der serbischen Arbeiterorganisation in Bulgarien, die sich Hand in Hand mit der Sozialdemokratie entwickelt, und schilderte kurz die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in diesem Lande im Bereiche herrschen.

Im Anschluß an die Ausführungen der ausländischen Vertreter bemerkte der Verbandsvorsitzende Drunsel, daß eine Besprechung zur Neuregelung der internationalen Beziehungen stattfinden soll, und daß das Ergebnis dann der Generalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

Die Berichte des Zentralverbandes, des Kassierers und des Ausschusses liegen in einer 47 Seiten starken Broschüre gedruckt vor. Eine rege und fruchtbare Tätigkeit zeichnete die seit der vorigen, der Münchener Generalversammlung verfloßenen zwei Jahre aus. Die im allgemeinen gute Konjunktur im Berufe, verbunden mit der zunehmenden Teuerung aller Lebensbedürfnisse, machte eine große Zahl erfolgreicher Lohnbewegungen möglich und notwendig. Der Zentralverband hatte im Laufe der zwei Jahre über nicht weniger als 456 Lohnbewegungen, Streiks, Aussperrungen und Sperren seine Entscheidung zu treffen. Dazu kamen 16 Streiks in anderen Berufen, die unterstützt wurden. Ferner wurden dem Zentralverband 41 Anträge auf Rechtsschutz überwiesen. Eine Sache, die hier besonders erwähnenswert ist, war die Erpressungs- und Entschädigungssache des Töpfers Adomeit in Berlin, die im Jahre 1904 drei Mitgliedern je einen Monat und einem Mitgliede zwei Monate Gefängnis einbrachte. Sie hatten das „Verbrechen“ begangen, mit dem unorganisierten Adomeit nicht zusammenarbeiten zu wollen. Aber diese Verurteilung genügte dem Unternehmerverband, der sich der Sache annahm, noch nicht. Er wollte den Töpferverband schadenerschaftspflichtig machen. Dies gelang zwar nicht, doch wurden die vier Verurteilten noch obendrein zu je 100 M. Schadenersatz verurteilt. Anträge auf Unterstützung in besonderen Notfällen lagen dem Zentralverband 128 vor, von denen 37 abgelehnt werden mußten. Trotz der sonst guten Konjunktur hatten einzelne Filialen zeitweilig mit außerordentlich großer Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Der Filiale Dresden wurden 500 M., der Filiale Magdeburg 350 M. zur Unterstützung der Verurteilten unter den Arbeitslosen überwiesen.

Zum Mannheimer Parteitag fandte der Zentralverband den Redakteur des Verbandesorgans, damit er dort die Fragen des Massenpreises und der Raiffeisler studiere. Die Fragen wurden danach ausführlich im „Töpfer“ erörtert.

Ueber die Lohnbewegungen und Lohnkämpfe wird in einer Reihe Tabellen übersichtlich berichtet. Das Jahre 1906 weist 13 Angriffs- und 10 Abwehrstreiks, sowie 3 Aussperrungen auf, wovon im ganzen 916 Kollegen beteiligt waren. Erfolgreich waren 17 dieser Lohnkämpfe, 3 endeten mit teilweisem Erfolg, 5 erfolglos. Die Kosten beliefen sich auf 27 453 M. Im Jahre 1906 war die Zahl der Angriffsstreiks 14, die der Abwehrstreiks 4, die der Aussperrungen 45, und die Zahl der daran beteiligten Kollegen 3366. Erfolgreich waren 56 Lohnkämpfe, teilweisen Erfolg hatten 5 und keinen Erfolg 2. Die Kosten betragen in diesem Jahre 126 158 M. Lohnbewegungen ohne Arbeitsloseinstellung fanden im Jahre 1906 35 statt, sämtlich erfolgreich. Im Jahre 1906 zählte man 72 solcher Lohnbewegungen, die ebenfalls alle Erfolge brachten.

Die Lohnbewegungen und Streiks brachten Arbeitszeitverlängerungen, die für die beteiligten 7620 Kollegen 7434 Stunden die Woche ausmachten, und Lohnerhöhungen von wöchentlich 17 248 M. Rechnet man dies auf das Jahr (zu 47 Wochen) um, so erhält man 340 398 Stunden Arbeitszeitverlängerung und 810 668 M. Lohnerhöhung. Um den ganzen Vorteil, den die Verbandstätigkeit in dieser Hinsicht gebracht hat, zu erweisen, muß man allerdings noch die von Unternehmern geplanten, aber durch Abwehrstreiks und Abwehrlohnbewegungen verhinderten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzurechnen.

Von den Abwehrstreiks ist der in Posen besonders hervorzuheben. Er dauerte 124 Tage, kostete 18 158 M. und richtete sich gegen einen zehnprozentigen Lohnabzug, den die Unternehmer unter Bruch des bis zum April 1906 festgelegten Tarifvertrages allgemein durchzuführen suchten. Sie wurden durch den Streik gezwungen, den Tarif wieder anzuerkennen und ihn nun auf dem Gewerbegericht einzeln zu unterschreiben. — Ein anderer großer Streik war der in Breslau, der 77 Tage währte, eine 14tägige Aussperrung in 45 Orten mit sich brachte und 108 700 M. kostete. Diese Kämpfe endeten ebenfalls erfolgreich für die Streikenden und Aussperrten. — Einen Streik in Neumünster hielt der Zentralverband für ungerechtfertigt, weshalb er die Unterstützung verweigerte.

Im ganzen hatte der Verband in den vier Berichtsjahren 108 Lohnkämpfe und Lohnbewegungen zu bestehen. Erfolgreich endeten 182, mit teilweisem Erfolg 8, erfolglos 7. Die Zahl der Beteiligten war 10 970, die Kosten beliefen sich auf 156 135 M. In 47 Orten, wo bisher keine Tarifverträge bestanden hatten, wurden sie durch diese Lohnbewegungen und Kämpfe eingeführt.

Steigende Ausgaben erfordert auch die Krankenunterstützung. Hierfür wurden 1905 82 770,30 M. und 1906 87 743,00 M., also zusammen 70 523,20 M. ausgegeben; das sind 33 085 M. mehr als 1903 und 1904. Unterstützungsbedürftige erkrankte Mitglieder meldeten sich in den beiden Berichtsjahren 4445, das sind 1149 mehr als in den beiden vorhergehenden Jahren. Unter den Krankheiten steht an erster Stelle Rheumatismus mit 719 Krankheitsfällen; dann kommen 586 Fälle von Verletzungen, Anochenbrüchen, Verrenkungen usw., danach Nagen, und Darmleiden mit 424, Lungenleiden mit 423, Influenza mit 410, Fols-, Magen- und Geschlechtsleiden mit 256 Fällen usw. Die am häufigsten bezeichneten Krankheiten lassen darauf schließen, daß nur zu oft Mangel an Gesundheitspflege und sanitäre Mängel die Krankheit verursachen.

Sterbendunterstützung wurde in der Höhe von 6648 M. gewährt; das sind 3330 M. mehr als in der Geschäftsperiode 1903—1904. Das Durchschnittsalter der 142 verstorbenen unterstützungsbedürftigen Mitglieder war 38 Jahre 7 Monate. Die meisten Todesfälle, nämlich 56, wurden durch Lungenentzündung und Lungenentzündung verursacht. 7 der Verstorbenen suchten freiwillig den Tod.

Die Mitgliederzahl des Verbandes ist in der Berichtszeit um 1113 gestiegen, die der Filialen um 14, die der Einzelmitgliedern (Zahlstellen mit weniger als 10 Mitgliedern) um 21. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1906 11 716 Mitglieder in 156 Filialen und 49 Einzelmitgliedern.

Die Aufgabe des Verbandesorgans ist von am Jahreschluß 1904 11 400 auf 18 900 Exemplaren am 1. April 1907 gestiegen. Kollegen polnischer Sprache wird die „Dziwnia“ unentgeltlich geliefert.

Der Kassenericht schließt, beide Jahre zusammen gerechnet, mit der Einnahmesumme von 544 826,87 M. und der Ausgabe von 479 877,84 M. ab. Zu dem Ueberschuß von 64 949,03 M. kommt ein alter Bestand von 123 210,17 M., was einen Bestand am Schluß der Geschäftsperiode von 188 159,20 M. ergibt. Im Jahre 1906 erforderten die Lohnkämpfe nicht weniger als 46 Proz. der Einnahmen.

Der Bericht des Ausschusses gibt Auskunft über eine Anzahl Beschlüsse, die alle nach bestem Wissen und Gewissen erledigt wurden. Eine sehr eingehende Untersuchung mochte ein, Beschwerde der Magdeburger gegen die Berliner Filiale notwendig. Magdeburger Kollegen waren nach Berlin gekommen, um hier zu ihren Tarifpreisen, die ihrer Meinung nach mit dem Berliner Tarif unzufällig übereinstimmten, Arbeiten für eine Magdeburger Firma auszuführen. Ihnen wurde von den Berlinern der Vorwurf der Lohndrückerei gemacht. Der Ausschuß regelte die Angelegenheit in einer Weise, die geeignet ist, auch derartigen Streitigkeiten in Zukunft vorzubeugen. Der Ausschuß hat sich ferner mit einigen anderen inneren Verbandsangelegenheiten befaßt.

In der Rachmittagsitzung wurde zunächst der Bericht der Mandatsprüfungskommission gegeben. Es lagen zwar einige Wahlprotokolle vor, doch waren die Gründe nicht so schwerwiegend, um die betreffenden Mandate für ungültig zu erklären, weshalb die Mandatsprüfungskommission empfahl, sämtliche Mandate anzuerkennen. Dies wurde denn auch von der Generalversammlung beschlossen.

Dann begannen die Verhandlungen über die Rechenschaftsberichte. Zunächst erhielt der Verbandsvorsitzende Drunsel das Wort und gab zu dem gedruckten Vorstandsbericht einige Er-

gängen und Aufklärungen über die Stellungnahme des Zentralvorstandes zu verschiedenen Angelegenheiten des Verbandes. Der Redner hob u. a. hervor, daß die über 800 000 M. Erhöhung des Jahreseinkommens der Mitglieder, die der Verband erzielt hat, Beweis genug dafür sind, daß der Töpferverband keineswegs mit seinen Erfolgen hinter anderen Organisationen zurückbleibt. Ferner erwähnte der Redner, daß der Schweizer Hahnenverband sich dem deutschen Töpferverband angeschlossen hat. Diese Verschmelzung kam jedoch geschlicher Hindernisse wegen nicht zustande. Die diesjährige Delegiertenversammlung der Schweizer Hahnen hat nun eine Ueberstimmung über Anschluß an den Schweizer Stein- und Töpferverband beschlossen. Zu dem Gegenstandsverzeichnis zwischen dem deutschen Töpferverband und der Amerikaner Federation of Labor, freiem Uebertritt zurücker Mitglieder betreffend, bemerkte der Redner, daß dieser Vertrag zwar noch nicht endgültig abgeschlossen ist, aber jedenfalls zustande kommen wird. Wie die übrigen deutschen Verbände, so hat sich auch der Verbandsvorstand der Töpfer für diesen Vertrag erklärt.

Zum Kassenericht äußerte sich der Verbandskassierer Rothbar ausführlich über die Finanzlage des Verbandes. Das Ergebnis der Geschäftsjahre bezeichnete der Redner als ein erfreuliches. Wurden doch an ordentlichen Beiträgen 119 542,70 M. mehr eingenommen als in der Geschäftsjahre 1903-1904, und ist doch das Verbandsvermögen trotz außerordentlicher Steigerung der Ausgaben um 64 949,03 M. gewachsen. Der Redner bemerkte jedoch auch, daß die sicher bedrohlichen schweren Kämpfe einen hohen Kostenstand sowie hohe Einnahmen erforderlich.

Der Redakteur Kurt Schmitz, der seit dem 1. August 1905 das Verbandsorgan redigiert, äußerte sich eingehend über die Grundsätze, die ihn bei seiner Tätigkeit leiten. Ueber Lohnbewegungen und Streiks werde so ausführlich wie möglich berichtet. Daneben würden Artikel über innere Verhältnisse, Organisationsfragen, sowie Agitationsartikel gebracht; ferner Artikel über Gewerkschaften. Auch die Politik würde, soweit es in den Rahmen eines Gewerkschaftsorgans paßt, berücksichtigt. Soweit es der Raum zuließe, würden Feuilletons aufgenommen, die nicht allein der Unterhaltung, sondern auch der allgemeinen Bildung dienen sollten. Der Redner äußerte den Wunsch, daß die Mitglieder sich mehr als bisher an der Mitarbeit für das Organ beteiligen mögen und empfahl schließlich eine Resolution, die Regeln für die Berichterstattung, Mitarbeit und Redaktion des „Töpfer“ enthält. Sie wird später zur Abstimmung kommen.

Der Ausschussvorsitzende Weier gab zu dem gedruckten Bericht einige Ergänzungen und wies u. a. darauf hin, daß der Ausschuss eine Besatzungsverordnung ist, Beschlüsse jedoch zunächst beim Verbandsvorstand zu erheben sind und erst, wenn sie dort nicht befriedigend erledigt werden, an den Ausschuss zu richten sind.

Es folgte eine roge Debatte, in der Delegierte aus verschiedenen Orten ihre Meinung zu den Resolutionsbestimmungen äußerten und zum Teil auch über die Lohnkämpfe ihrer Zirkale berichteten. Die Debatte kam in der gestrigen Sitzung nicht zum Abschluß.

Neue Steuerfahre gegen Arbeiter.

Belanntlich ist seit dem 1. Januar dieses Jahres für Preußen eine erhebliche, von uns wiederholt besprochene Verschärfung der Steuerfahre gegen Arbeiter dadurch herbeigeführt, daß § 23 des Einkommensteuergesetzes in Abs. 1 und 3 in der Fassung der Novelle vom 19. Juni 1905 dem Arbeitgeber eine Anzeigepflicht über das Einkommen der von ihnen beschäftigten Arbeiter auferlegt. Nach dem Gesetz hat der Arbeitgeber nur auf Anfragen im Einzelfall diese Anzeigepflicht auszuüben. Eine Verordnung des Finanzministers vom 6. November d. J. wollte diese Pflicht verallgemeinern. Im Abgeordnetenhaus wurde vom Abg. Kirisch (Z.) Streichung dieser Absätze 2 und 3 des § 23 beantragt. Gerade das Gegenteil wurde erzielt. Das Abgeordnetenhaus, und am Sonnabend das Herrenhaus, hat statt einer Aufhebung eine Verschärfung des § 23 beschlossen, damit auch nicht ein Pfennig des Arbeitereinkommens unbesteuert bleibe. Nachstehend geben wir den Wortlaut des § 23 in seiner durch die preussischen Gesetzgebungsfaktoren beschlossenen Fassung wieder. Die Neuerungen sind durch Fettdruck hervorgehoben:

Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstücks oder dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenstandes betrauten Behörde die auf dem Grundstücke vordandenen Personen mit Namen, Berufs- oder Gewerksort, Geburtsort, Geburtsjahr und Religionsbekenntnis für Arbeiter, Diensthöten und Gewerbegehülfen auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

Arbeiter, Diensthöten und Gewerbegehülfen haben den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte zu erteilen.

Wer für die Zwecke seiner Haushaltung oder bei Ausübung seines Berufes oder Gewerbes andere Personen dauernd gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt, ist verpflichtet, über dieses Einkommen, sofern es den Betrag von jährlich 3000 Mark nicht übersteigt, dem Gemeinde-(Guts-)vorstande seiner gewerblichen Niederlassung oder in Ermangelung einer solchen seines Wohnortes auf deren Verlangen binnen einer Frist von mindestens zwei Wochen Auskunft zu erteilen.

Die Auskunftspflicht erstreckt sich auf folgende Angaben:
a) Bezeichnung der zur Zeit der Anfrage beschäftigten Personen nach Namen, Wohnort und Wohnung; eine Verpflichtung zur Angabe von Wohnort und Wohnung besteht jedoch nur, soweit diese dem Arbeitgeber bekannt sind;
b) das Einkommen, welches die zu a) bezeichneten Personen seit dem 1. Januar des Anstufungsjahres oder seit dem späteren Beginn ihrer Beschäftigung bis zum 30. September desselben Jahres tatsächlich an ihrem Lehne (Gehalt) und Naturalien aus dem Arbeits- oder Dienstverhältnisse bezogen haben. Dem Arbeitgeber ist jedoch gestattet, statt dessen für diejenigen Personen, welche bei ihm schon in dem ganzen der Auskunftserteilung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre beschäftigt waren, das in diesem Jahre tatsächlich bezogene Einkommen anzugeben. Naturalien, insbesondere freie Wohnung oder freie Station, sind ohne Wertangabe namhaft zu machen.

Diese Pflicht liegt auch den gesetzlichen Vertretern nicht-pflichtiger Personen ob.

Die Neuerung des § 23 ist eine der antisozialsten die Arbeiterklasse schwer treffenden Vorschriften. Sie tritt 14 Tage nach dieser Publikation im Gesetzgebungsblatt in Kraft. Insbesondere Verheiratete werden durch das neue preussische Gesetz empfindlich getroffen. Und doch gibt es noch Arbeiter, die solchen Gesetzgebern ihre Stimme bei der Wahl geben! Ein Gutes hat die Neuerung: sie ist geeignet, noch Vertrauensseligen das Selbstmord der belagerten Klasse erkennbar zu lassen.

„Wer da hat, dem wird gegeben, und wer nicht hat, von dem wird man nehmen auch das, was er hat.“

Gerichts-Zeitung.

„Angemessener Platz“ von Gendarmen und angebliche Beleidigung derselben.

Eine eigenartige Anklage gelangte gestern vor dem Schöffengericht Charlottenburg zur Verhandlung. Der Leiter einer Versammlung ist nach dem Vereinsgesetz verpflichtet, den zur Ueberwachung erscheinenden Polizeibeamten angemessene Plätze zuzuwiesen. Gegen diese Bestimmung sollte der Genosse Schloffer Gustav gefehlt haben, der gestern vor dem Schöffengericht Charlottenburg sich zu verantworten hatte. Am Abend des Vortages fand in Schmargendorf eine sozialdemokratische Versammlung unter

Leitung des Angeklagten zur Feststellung des Wahlergebnisses statt. Etwa eine Stunde nach Eröffnung der Versammlung erschienen dort die Gendarmenwachmeister Liborius und Ehrenbrecht zur Ueberwachung. Der Angeklagte konnte ihnen einen Platz nicht mehr anweisen; sie fanden aber einen solchen an einem Tisch, wo sie Notizen machen und auch gut hören konnten. Sie ergriffen den Platz aber dennoch nicht für angemessen, weil in ihrer unmittelbaren Nähe eine angeordnete Frau saß, die sie verschiedentlich belästigt haben soll. Die Beamten haben sich bei dem Angeklagten über die Angemessenheit des Platzes nicht beklagt. Trotzdem wurde wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz durch Nichtanweisung angemessener Plätze für die Gendarmen Anklage erhoben! Außerdem wurde dem Genossen Guitbier noch Beleidigung der beiden Beamten zur Last gelegt. Wie die beiden Gendarmenwachmeister bezeugten, habe der Angeklagte in einer Schlussansprache über die Beleidigungen gesprochen. — Der vom Rechtsanwalt Dr. Herzfeld verteidigte Angeklagte bestritt, daß die Beamten den Wortlaut und Sinn seiner Rede richtig erfaßt hätten. Er habe von der Schwierigkeit gesprochen, Leute, die als Unteroffiziere Rekrutenschilder gewesen seien und kein Verständnis für die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes hätten, zur Sozialdemokratie hinüberzuführen, und habe daran die Bemerkung geknüpft, daß auch die Gendarmen aus diesem Unteroffiziersstande hervorgegangen seien. Der vernommene Protokollführer in jener Versammlung bestätigte diese Darstellung. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld beantragte hiernach die Freisprechung nach beiden Richtungen hin. — Das Gericht sprach den Angeklagten von der Uebertretung der Vorschriften über das Versammlungsrecht frei, verurteilte ihn aber wegen Beleidigung zu 100 M. Geldstrafe eventuell 30 Tagen Gefängnis.

Während an Stelle der Erinnerungen und Auffassungen der übertretenden Beamten lediglich phonographische Aufnahmen der Neben die Unterlage des Urteils wegen angeblicher Beleidigungen oder anderer vermeintlicher Frevelthaten bilden dürfen, so würden wohl eine erhebliche Zahl Unschuldiger weniger verurteilt werden.

„Unverschämter Patron“.

Der Bürgermeister Dr. Hadenfeld in Heide, früher Hilfsrichter in Wandlitz, hatte sich wegen Beleidigung vor dem Heider Schöffengericht zu verantworten, weil er den dortigen Polizeikommissar Andras „unverschämter Patron“ genannt hatte. Der Bürgermeister hatte den Kommissar auf dem Rathaus mit barischen Worten aus dem Zimmer des Stadtkreisars hinausgewiesen. Dabei waren die Worte gefallen. Das Gericht verurteilte den Bürgermeister zu 20 Mark Geldstrafe oder 4 Tagen Haft.

Folgen unsinnigen Schnellfahrens.

Das schon vielfach gerügte unsinnige Fahren einiger Schlächterfuhrwerke hat wieder einmal einen schweren Straßenunfall zur Folge gehabt, durch den ein blühendes Menschenleben vernichtet wurde. Unter der Anlage der schlaflosen Ebnung mußte sich der 23jährige Knirps Karl Lornow gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. — Der Angeklagte, welcher bei einem hiesigen Schlächtermeister als Kutscher in Dienst stand, fuhr am 13. Dezember d. J. in der sechsten Abendstunde den Weidenweg entlang. Es herrschte sehr regnerisches Wetter und der Straßenbelag war äußerst schlüpfrig, so daß der Angeklagte hätte langsam fahren müssen, um sein Fuhrwerk jeden Augenblick zum Stehen bringen zu können. Er fuhr jedoch in rasendem Tempo und richtete dadurch großes Unheil an. Der 13jährige Schüler Postel fuhr mit seinem 7jährigen Bruder einen kleinen Handwagen den Weidenweg entlang. Die beiden Knaben hielten sich auf der rechten Seite des Bahndammes und versuchten, an der Jorndorferstraße den Damm zu kreuzen. In diesem Augenblick kam der Angeklagte mit seinem Fuhrwerk angelaufen. Der junge W. wurde zu Boden geschleudert und beide Räder des mit circa 40 Centnern beladenen Wagens gingen über das unglückliche Kind hinweg. Die erlittenen Verletzungen hatten den sofortigen Tod zur Folge. — Die Fahrlässigkeit des Angeklagten wird von der Anklagebehörde darin gefunden, daß er trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse übermäßig schnell gefahren war. — Der Staatsanwalt beantragte in Anbetracht, daß derartige rücksichtslose Kutscher eine große Gefahr für das Publikum bilden, eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Die Strafkammer erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Eine Revolverschieerei.

die völlig unblutig verlief, lag eine Anklage wegen Bedrohung zugrunde, die gestern den Invaliden Karl Schulz vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte. — Der Angeklagte ist Verwalter einer modernen Mietskasernen in der Hülkenstraße, in welcher nicht weniger als 163 einzelne Mietparteien und insgesamt etwa 600 Menschen wohnen. Die nicht ganz leichte Arbeit des Mietverwaltens sowie sonstige Unannehmlichkeiten, die dem Angeklagten infolge seiner hohen Mieterszahl entstanden, haben bei ihm eine gewisse Herboheit zur Folge gehabt, welche ihn zu einer Auseinandersetzung mit der Portierfrau verleitete. Die Tischlerfrau Müller, welche bisher die Portierstelle versehen hatte, sollte am 1. April d. J. die Stellung verlassen. Als den Urheber der Kündigung betrachtete sie den Angeklagten und aus diesem Grunde bestand zwischen beiden ein gespanntes Verhältnis. Als sich die W. am 2. April ihre Invalidentasche von Schulz abholen wollte, kam es zwischen ihnen zu einem Streit, der das ganze Haus alarmierte. Mithin ließ die W. die Treppe herunter und erzählte noch ganz erschrocken, Schulz habe ihr einen Revolver auf die Brust gesetzt und dreimal „schuß“, der Schuß sei jedoch nicht losgegangen. Sofort bewaffnete sich eine Anzahl Frauen mit allen möglichen Küchengeräten und nahm auf der Treppe Aufstellung. Frau M. mit einer Freundin läufte mutig nachmal an der Korridor und drohte, sie werde ihren Mann herbeiholen, der den S. so „vermöbeln“ würde, daß er seine Knochen einzeln nach Hause tragen müßte. Mithin erdröhte aus der Wohnung des Angeklagten heraus ein Schuß. Dieser hatte die Wirkung, daß die Frauen die Treppe herunterstürzten. Eine weitere unangenehme Wirkung hatte der Schuß, der aus einem Revolver mit einer Plakpatrone abgegeben war, für Schulz selbst in Form der jetzigen Anklage wegen Bedrohung. — Der Gericht behauptete der Angeklagte, er habe, um die Frauen, die einen ungeheuren Lärm auf der Treppe verursachten, zu verschrecken, auf seinem Korridor den Schreckschuß abgegeben. Der Staatsanwalt hielt das Vergehen für strafwürdig, da allerlei schwere Folgen daraus entstehen konnten, und beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen. Der Verteidiger hielt eine Bedrohung mit der Begehung von einem Verbrechen keinesfalls für vorliegend, da es dem Angeklagten lediglich darauf angekommen war, den Frauen durch einen Schreckschuß in die Flucht zu schlagen. Das Gericht erkannte wegen Bedrohung auf Freisprechung, hielt jedoch eine Uebertretung des § 367 des Strafgesetzbuches (Schreken in der Nähe bewohnter Gebäude) für vorliegend und erkannte auf eine Geldstrafe von 25 M.

Ein Arzt als Verbrecher.

Der praktische Arzt Reinhard Koenig II aus Bad Wildungen wurde vom Landgericht in Kassel am 11. d. Mts. nach zweitägiger Verhandlung wegen Beihilfe zum Abtreibungsdelikt und fahrlässiger Tötung zu drei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Jahre Zuchthaus beantragt. Der Verurteilte hatte der in seinem Hause als Krankenschwester tätigen Käthe Meyer die Ehe versprochen, sie geschwängert, ihr dann eine Strychninlösung Chlorzinklösung beigebracht und durch zu starke Dosen Opium den Tod des 23jährigen Mädchens fahrlässig herbeigeführt.

Briefkasten der Redaktion.

Die neueste Ebrechtstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4 eine Treppe (Handelskassette Beschlüsse, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Wunsch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Gütige Fragen erge man in der Ebrechtstunde vor.

H. K. 2. (Zelt). Da nichts vereinbart ist, so besteht für das Gefinde eine sechsmonatliche Kündigungfrist zum 1. des Quartals. Das Gefinde dürfte also bis zum 1. Juli ausziehen. — B. 10. Ja: 150 Mark. Brauerei Stempelenergie. — S. 50. 1. Die Herrschaft hat auf die Dauer von sechs Wochen Kitz, Kitzel, Kur und Verpflegung dem erkrankten Dienstmädchen zu stellen. Wegen das verunglückte Weib kann es den auf diese sechs Wochen fallenden Lohn gemässigt. 2. Ja. — Kramers Bierhalle. Keiner von beiden ist am Leben. — Waldbräuereien 2. 1. Kein. 2. Und nicht bekannt. — H. J. 00. 1. In erster Reihe kommen nicht Sie, sondern die Schwägerin zum Erb. 2. u. 3. Ja. — B. 23. 234. 1. und 2. Nein. 3. Ja. — 111. H. G. P. O. R. 1. bis 6. Sie haben die Entschädigungs- und Schadenskosten an die Mutter und die Klimente für das Kind bis zu dessen zurückgelegtem 16. Lebensjahr zu zahlen. Der Mutter steht nicht das Recht zu, das Kind zu verschenken. Sie könnten es nur mit Genehmigung der Mutter, des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts abtreten. 7. Senden Sie sich an einen Arzt. — J. G. 210. Senden Sie sich beschwerdeführend an die Versicherungsanstalt eventuell an das Reichsversicherungsamt. — Karl R. 502. 1. Kein. 2. Ja. — „Vorwärts“ vom 28. März ist ausführlich dargestellt, was bei der Steuererschöpfung in Anwendung gebracht werden kann. — S. 2. 73. Die Schriftform könnte für genägend erachtet werden. Außerdem ist bei der Zweifelhaftigkeit zum Abschluß eines notariellen Scheidungsvertrages zu raten. — F. W. 1. Sie müßten sich direkt nach Wien wenden. 2. Befehle, Alexanderstr. 36. — Weinstadt. Uns sind diese Methoden nicht bekannt. — W. S. 5. 1. und 2. Nein. — H. R. 94. Kein. — H. W. 100. 1. und 2. Ja. — Das Richtige. Am besten sehen Sie die Bücher einmal in einer Buchhandlung oder Bibliothek an. Die Bibliothek des allgemeinen Bildung enthält vieles andere, das nicht Ihrem Zwecke entspricht. Das Buch der Erfindungen ist zehn Bände stark. Sehr brauchbar ist Reude's, das keine Nachschlagebuch der Technik, Stuttgart, Preis 4,80 M. — G. S. 1. Wenn Sie seinen schriftlichen Vertrag abgeschlossen haben, dann würden Sie die Reparatur herstellen lassen und den Kostenbetrag von der Miete abziehen können. Ist aber im Mietvertrag über Einbehaltung oder Aufrechnung der Miete oder über Reparaturkosten etwas anderes vereinbart, so könnten Sie nur auf Herstellung der Reparatur klagen. 2. Senden Sie sich an einen Arzt. — Thoners. G. Das können Sie lassen wie Sie wollen. — W. S. R. 31. Sie würden gut tun, in einer Buchhandlung selbst die Bände unter beachtlichen Säubern zu treffen. Die Bücher von Prof. Kappeln über Pflanzenkunde sind empfehlenswert. — K. W. Schön. Ein Nichtbesitzer hat kein Recht auf Räumlichkeiten. Der Antrag ist in Berlin an den Polizeipräsidenten, in der Provinz an den Oberpräsidenten zu richten. Wird dem Antrag stattgegeben, so entstehen 50 M. Kosten. Den Antrag können Sie auch bei der Polizeibehörde zu Protokoll erklären. — C. P. 39. Soweit ohne Einseitigkeit in den Vertrag zu erklären: 1. und 3. Ja. 2. Nein. — H. R. Nicht bekannt. — W. S. Ein schriftlicher Auftrag genügt. — „Vorwärts“ 30a. Ein Anzeigebuch wäre ausgiebig. Wo nicht ist, hat auch der Käufer sein Recht verloren. — W. R. 514. Da Ihre Lohn noch nicht vollständig ist, hat die Firma das Buch zurückzunehmen und hat nichts zu verlangen. — G. J. 23. Unzulässig ist nur zu zahlen, wenn das Krankengeld weniger beträgt als zwei Drittel des bei der Berechnung bestehenden zu Grunde gelegten Lohnes. Ob das der ortsübliche Lohn ist oder ein höherer, ergibt das Stellenblatt. Der Unfallzuschuß besteht in der Differenz zwischen dem halbtägigen Krankengeld und dem zwei Tageigen Lohn. Das bei der Berechnung des Krankengeldes zu Grunde gelegte Lohnes. Der Unfallzuschuß ist von der Krankenkasse zu zahlen. Sie wollen danach aus Ihrem Statut ersehen, ob Ihnen ein Unfallzuschuß zusteht. — Zwei Streitende. Dr. Karl Weidmann

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 66-70 pr. 100 Pfd., Ia 60-65, IIIa 56-59, Bullenfleisch Ia 64-68, IIa 54-62, Rülke, I 52-58, II, mager 42-50, Pfeffer 50-62, Bienen, I 0,00, II, 0,00, 0,00, Rindfleisch, Doppelsteier 105-130, Rindfleisch Ia 90-95, IIa 78-86, IIIa 0,00, Kalber ger. gen. 55-60, II, 0,00, 0,00, 0,00, Hammelfleisch, Schlamm 65-71, Ia 63-66, IIa 56-63, Schaf 53-58, Schweinefleisch 46-52, Reddoh, mit Würstchen pr. Pfd. 0,00-0,50, IIa 0,40-0,60, Rindfleisch, Rülke 0,00, Danziger 0,00, Bismarck 0,00, Rindfleisch 0,00, Rindfleisch pr. Stück 0,80-0,60, Hühner, alte, pr. Stück 1,40-2,00, IIa 0,80-1,30, da. junge 1,00-1,40, Welschhühner 1,20-1,50, Tauben 0,50-0,70, Kallentische 0,00, Enten pr. Stück 0,00, dito Gils pr. Stück 0,00, dito Hamburger pr. Stück 2,90 bis 4,75, Gänse, Hamburger pr. Pund 1,05-1,23, dito Gils, Et. 4,75-6,70, Gänse pr. 100 Pund 65-120, da. matt 88, Händer mittel 122, da. groß 0,00, Schote Holl. 107, da. groß 110-118, da. 119-134, Wale, groß 109-119, da. klein 0,00, da. mittel 113-123, da. unger. 90 bis 115, Wägen 0,00, da. stumpf 0,00, da. matt 0,00, Karpen oder 0,00, da. 40er 0,00, da. 25er 0,00, Mele 0,00, Wund 0,00, Bunte Rülke 35-70, Barte 95, da. matt 0,00, Karanfisch 70-88, Schleif 0,00, Wels 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer 75 pr. 100 Pfd. 110-130, da. IIa neuer 90-100, da. IIIa neuer 75, Seezahn 20, Spotteln, Kiler, Wall 1,00-1,50, Danziger, Rülke 0,00, Rindern, Kiler, Steige Ia 3-5, da. mittel pr. Rülke 2-3, Gams, Steige 4-6, halbe Rülke 2,00, Schilling, Kiler pr. Wall 2,00-2,50, Straal, 2,00-2,50, Wale, groß pr. Pfd. 1,10-1,50, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe, p. Schod 5-9, Schafische Rülke 3,00-4,00, 4, Rülke 2-2,50, Rindhorn, gerund. p. 100 Pfd. 20-25, Dorsch, Rülke 2,00-2,50, Sardellen, 1902er pr. Anker 95, 1904er 94, 1905er 85, 1906er 80, Schottische Golderinge pr. Anker 1,30, 1904er 1,40, 1905er 1,40, 1906er 1,40, deutsche 77-84, Deringe, neue Rülke, pr. 100, 1,00-1,20, Sardinen, russ., 1,00-1,20, Brotkrüme, Rülke (4 Liter) 1,50-1,75, Karanfisch, Schodung 11, kleine 5-8, Kiler, 14, Eier, Land, pr. Schod 2,20-3,10, Butter pr. 100 Pfd. Ia 110-115, IIa 105-110, IIIa 100-104, eßsalze 90-95, Saure Gurken Schod 4,50, Pfefferkörner 4,50, Kartoffeln pr. 100 Pund magnam bonum 3,50-4,00, Daberige 3,50-3,75, Rolen 0,00, weise 3,50-3,75, Salzfartoffeln 0,00, Schmal pr. 100 Pund 4-7, Karotten pr. 100 Pund 0,00, Sellerie, Pfeffer, pr. Schod 10,00-25,00, da. pommerische 0,00, Zwiebeln groß, pr. 100 Pund 0,00, da. kleine 3,50-4,00, da. fleißig (Berl.) 0,00, Charlotten 0,00, Peterflie, grün, Schodfund 0,80-1,00, Rindfleisch pr. Schod 0,00, Kettig, haat, pr. Schod 2,40-4,80, Rindfleisch pr. 100 Pund 4,00-5,00, Zeltomer Räden pr. 100 Pfd. 0,00, Wels Räden, große 0,00, kleine 0,00, Rote Räden 0,00, Stummel, italienischer pr. Rülke 1,50-2,00, Rindfleisch pr. Schod 2,00-3,00, Rindfleisch, holländ., pr. Schod, 0,00, Rindfleisch holländ., pr. Schod 20-30, Weizstoff, dm. pr. 100 Pfd. 3,00-4,00, Rindfleisch pr. 100 Pfd. 0,00, Sprudstoff pr. 100 Pund 8-10, Rhabarber 100 Pund 0,00, da. Weidenröder pr. 100 Pund 4,00-4,50, Rindfleisch pr. Pfd. 0,00-0,45, Sandmorseln pr. 100 Pfd. 10,00, Waldmeister pr. Mandel 0,30-0,40, Rindfleisch pr. Schod 0,50-1,00, Salat pr. Schod 3,00-8,00, Bienen, pr. 100 Pfd. hiesige 12-15, böhm. 0,00, Ilt, 0,00, Kappel, pr. 100 Pfd., hiesige 8-20, Kroler, Rülke 0,00, Galische, Rülke 60-70, Amerikanische in Maß 15,00-35,00, Gal, Rülke Ia 5,00-20,00, extra 15,00 bis 25,00, Stranen, Rülke, Gal, Rülke Ia 8,00-11,00, 300 Stück 8,00-10,00, 200 Stück 6,00-12,00, Kallentische, Gal, pr. Rülke 0,00, Murcia 200er Rülke 6-9, da. 300er 7-10, Valencia 420er Rülke 14-24,00, da. 714er 19-24,00, Valencia, 100er 4-8,00, 150er 4,75-6, 10er 8-13,00, 200er 7,50-12, 300er 8-13, 500er 7-8,00, da. 150er 7-9,00, 80er 7,00-8,00, 200er 13-14.

Polologlow - Zigaretten
sind in Geschmack und Qualität unerreicht!
Das Stück 3 bis 10 Pfennige
Überall käuflich! Fabrik „Epirus“, Dresden

Bruch - Pollmann
empfehlen Lager in Bruchhandlungen, Leihbüchern, Geradenhallen, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstätte. Riefel, J. Erbs- u. Hülfs-Konventionen.
Berlin O., 44083

30. Fininr-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Klettchen, angenehm u. weich am Körper.

Glumen- und Franzbinderrei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 14. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Oberhaus. Hüsel und Gretel. Die Puppenfee. Anfang 7 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Die Rabenheimerin.
Neues Kgl. Opernhaus. Sigmund-Baron.
Deutsches Robert und Bertram. Sammerspiele. Frühlings-Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Al-Heidelberg. Anfang 8 Uhr.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Heimat.
Schiller-Theater Charlottenburg. Der Kaiserjäger.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater.) Am grünen Weg.
Berliner. Sherlock Holmes. Festung. Der Bettelgast.
Central. Die Nachtigall aus dem Bäderberg. Waters Ebenbild.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Neues. Der Dieb.
Vormittag. Der Dieb.
Wochen. Die lustige Witwe.
Residenz. Haben Sie nicht zu verzollen?

Im Kausche des Lebens.
Komödie in 3 Akten von D. Wildel. Donnerstag, Freitag, Sonnabend: 8 Ubr. Sonntag: 7 1/2 Ubr.
Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schulte.
Massary. Ernani. Bander. Giampietro. Josephi. Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater. Jeden Abend 8 Uhr:
Das Mai-Programm.
Der größte Erfolg der Saison!
Grete Gallus
Mascha Dignam
3 Clarus Brothers
14 Attraktionen 14.
WINTERGARTEN
La Tortajada.
Neues Programm.
Gehr. Herrnfeld-Theater. Anfang 8 Uhr.
Der Freischütz.
Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus. Sommerreise. Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr:
Am grünen Weg.
Central-Theater. Gesamtspiel des Hamburger Ernst Drucker-Theaters:
Die Nachtigall aus dem Bäderberg. Vorch: Waters Ebenbild.
Luisen-Theater. Reichensbergerstr. 34. Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Alle Abende: Das Mädchen ohne Ehre.
Vingstsonntag nachmittags: Die Waise aus Lomond.
Vingstmontag nachmittags: Die Waise.
Trianon-Theater. Heute und folgende Tage:
Sofiein Jofette — meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Konzert.

Eintritt 1 Mk. von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unt. 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander. Anfang 8 Uhr.
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und J. Weber.
Robert de Trievim: Mich. Alexander.

DERNHARD ROSE THEATER

Im Kausche des Lebens.
Komödie in 3 Akten von D. Wildel. Donnerstag, Freitag, Sonnabend: 8 Ubr. Sonntag: 7 1/2 Ubr.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Teufel lacht dazu.

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schulte.
Massary. Ernani. Bander. Giampietro. Josephi. Rauchen überall gestattet.

Passage-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr:
Das Mai-Programm.
Der größte Erfolg der Saison!

Grete Gallus
Mascha Dignam
3 Clarus Brothers
14 Attraktionen 14.

WINTERGARTEN

La Tortajada.

Neues Programm.

Gehr. Herrnfeld-Theater. Anfang 8 Uhr.
Der Freischütz.
Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus. Sommerreise. Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr:
Am grünen Weg.
Central-Theater. Gesamtspiel des Hamburger Ernst Drucker-Theaters:
Die Nachtigall aus dem Bäderberg. Vorch: Waters Ebenbild.
Luisen-Theater. Reichensbergerstr. 34. Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Alle Abende: Das Mädchen ohne Ehre.
Vingstsonntag nachmittags: Die Waise aus Lomond.
Vingstmontag nachmittags: Die Waise.
Trianon-Theater. Heute und folgende Tage:
Sofiein Jofette — meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Neues Programm.

Gehr. Herrnfeld-Theater. Anfang 8 Uhr.
Der Freischütz.
Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus. Sommerreise. Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr:
Am grünen Weg.
Central-Theater. Gesamtspiel des Hamburger Ernst Drucker-Theaters:
Die Nachtigall aus dem Bäderberg. Vorch: Waters Ebenbild.
Luisen-Theater. Reichensbergerstr. 34. Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Alle Abende: Das Mädchen ohne Ehre.
Vingstsonntag nachmittags: Die Waise aus Lomond.
Vingstmontag nachmittags: Die Waise.
Trianon-Theater. Heute und folgende Tage:
Sofiein Jofette — meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Gehr. Herrnfeld-Theater

Anfang 8 Uhr.
Der Freischütz.
Anfang 8 Uhr.
Lustspielhaus. Sommerreise. Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr:
Am grünen Weg.
Central-Theater. Gesamtspiel des Hamburger Ernst Drucker-Theaters:
Die Nachtigall aus dem Bäderberg. Vorch: Waters Ebenbild.
Luisen-Theater. Reichensbergerstr. 34. Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Ehre.
Alle Abende: Das Mädchen ohne Ehre.
Vingstsonntag nachmittags: Die Waise aus Lomond.
Vingstmontag nachmittags: Die Waise.
Trianon-Theater. Heute und folgende Tage:
Sofiein Jofette — meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Es lebe das Nachtleben!

Folgen einer Ehebrüche-Affäre in 3 Akten von Anton und Donat Herrnsfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Vorch: Neu bearbeitet:
Die Welt geht unter!
Schwan in einem Akt von Anton u. Donat Herrnsfeld.

Kasino-Theater

Kollingstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Rur bis 18. Mail Neu einstudiert:
Heirat auf Probe.
Gesangsspiele in 3 Akten von Buchbinder und Aron.
Am beiden Feiertagen nachm. 4 Uhr:
Traum der Rose. Singvögelchen.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 10.
Heute: Geschlossen.
Am 1. Vingstfeiertage:
Eröffnung der Sommerspielzeit im herrlich renovierten Garten. Bühnen Aufschlag und Annoncen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr:
Heimat.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heimat.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Ein Fallissement.

Opolo Theater

0 1/2 Uhr. Abends 8 Uhr.
Denkbar größter Lagerfolg:
Hartstein
mit seinem glänzenden Schlager:
Der lustige Witwer.

1. Bild: Das letzte Wort.
2. Bild: Die Folgen davon.
Vorch 8 Uhr: Spezialitäten und Merians Hunde-Bauerntheater.

Brunnen-Theater

Bachstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross. Ab Sonntag, den 19. Mai 1907:
Täglich:
Garten-Konzert, Theater und Spezialitäten.
P. Coradini. Moschaly-Truppe. The Rumble Comp. uho. Das Sensations-Vollstück:
Im Fluge durch die Welt mit großer Ausstattung und Ballet. Badolenspejulant: Bernhard Rose. Abn. Sonntag 4 1/2 wochent. 6 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater

Weimbergsweg 19/20, Rolentb. Lor. Heute abend 8 Uhr:
Der grüne Teufel.
Sensations-Pantomime.
5 Jungmanns. Drahtst. 12 neue Spezialitäten 12 Am Tunnel: Frei-Konzert.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Am nachmittags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant. Großes Militär-Konzert.

Sanssouci, Kothaus

Direktion Wilhelm Kolmer. Wegen Vorbereitungen zu den Vingstfeiertagen geschlossen.
In allen drei Feiertagen:
Große Extra-Solbröen von Hofmanns Norddeutschen Sängern. Tanz.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W. Goltzstr. 9.
Das herrliche Mai-Programm
Ren! Thomss
Beady Compagnie.
Gr. amerikan. Exzentrik-Oper.
Neu! Handwerkerstreit
Bauer (Hoffe), Himmelmans (Dir. Carl Behrens), Kaiser (B. Sandel), Glaser (Jugo Brils), sowie die anderen erstklassigen Spezialitäten.
3. Schluß die tolle Musikant-Operette: Meschuckmann im Südpolstul Berlin. Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Nicht die grösste Reklame

und keine Versprechungen, wie Gratis-Zugaben sind, bürgt für einen wertvollsten Einkauf.
J. KURZBERG'S
Spezial-Geschäft für
feine Herren-Bekleidung
— fertig und nach Mass —
ist unstrittig die beste und billigste Bezugsquelle auf
Teilzahlung
Wochenrate von Mk. 1 an.
Meine Konfektion, in eigener Werkstatt hergestellt, zeichnet sich aus durch
gedieg. Rosshaar-Verarbeitung elegant sitzende Form.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft.
Baarzahlung 10% Rabatt.
J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 11
direkt am Bahnhof.

Ernst Haeckel

von Wilhelm Boelsche.
Vorzügliche Darstellg. v. Haeckel, Darwin, Monismus, Welträtsel etc. für jeden Gebildeten notwendig. Bisher 3M. Bezug d. d. V. A. jetzt nur 1 M. Buch. od. d. Verlag H. Seemann Neht., Berlin NW. 87.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 15. Mai, abends 6 Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Tegel und Umg.
im großen Saale von A. Trapp, Tegel, Bahnhofstr. 1.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über:
Die skandinavische Gewerkschaftsbewegung.
2. Diskussion.
3. Wahl der gesamten Bezirksleitung.
4. Verschiedenes.
Alle in diesem Bezirk wohnenden oder beschäftigten Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
118/12

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Branchen-Kommissions- und Vertrauensmänner-Sitzung.
Die Kollegen werden ersucht, ihre Legitimationskarten sowie Verbandsbuch zu dieser Sitzung mitzubringen.
In den Vertikalen, wo kein Vertrauensmann vorhanden, ist ein Kollege zu wählen und in diese Sitzung zu entsenden.
66/8
Der Branchenleiter.

Einsetzer.

Die Bezirksleitungen der Einsetzer finden am Mittwochabend in den bekannten Lokalen statt.

Freie Vereinigung der Tapezierer

und verwandten Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 10/19. Tel.: Amt I 8000.

Tapezierer!

Mittwoch, 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Damm, Schützenstr. 19/19:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Stripp über Maxim Gorki, den russischen Freiheitkämpfer, mit anschließenden Diskussionen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
101/4
Gäste willkommen.
Die wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, erwartet pünktliches Erscheinen
Der Vorstand.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Küchenmöbel-Branche.
Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27e:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Schiedsspruch des Einigungsamtes. 2. Wahl einer Tarifkommission. 3. Branchenangelegenheit.
125/5
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Obmann.

Ernst Haeckel

von Wilhelm Boelsche.
Vorzügliche Darstellg. v. Haeckel, Darwin, Monismus, Welträtsel etc. für jeden Gebildeten notwendig. Bisher 3M. Bezug d. d. V. A. jetzt nur 1 M. Buch. od. d. Verlag H. Seemann Neht., Berlin NW. 87.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 15. Mai, abends 6 Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Tegel und Umg.
im großen Saale von A. Trapp, Tegel, Bahnhofstr. 1.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über:
Die skandinavische Gewerkschaftsbewegung.
2. Diskussion.
3. Wahl der gesamten Bezirksleitung.
4. Verschiedenes.
Alle in diesem Bezirk wohnenden oder beschäftigten Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.
118/12

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Branchen-Kommissions- und Vertrauensmänner-Sitzung.
Die Kollegen werden ersucht, ihre Legitimationskarten sowie Verbandsbuch zu dieser Sitzung mitzubringen.
In den Vertikalen, wo kein Vertrauensmann vorhanden, ist ein Kollege zu wählen und in diese Sitzung zu entsenden.
66/8
Der Branchenleiter.

Einsetzer.

Die Bezirksleitungen der Einsetzer finden am Mittwochabend in den bekannten Lokalen statt.

Freie Vereinigung der Tapezierer

und verwandten Berufsgenossen Berlins u. Umgegend.
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 10/19. Tel.: Amt I 8000.

Tapezierer!

Mittwoch, 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Damm, Schützenstr. 19/19:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Stripp über Maxim Gorki, den russischen Freiheitkämpfer, mit anschließenden Diskussionen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
101/4
Gäste willkommen.
Die wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, erwartet pünktliches Erscheinen
Der Vorstand.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Küchenmöbel-Branche.
Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27e:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Schiedsspruch des Einigungsamtes. 2. Wahl einer Tarifkommission. 3. Branchenangelegenheit.
125/5
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Obmann.

Am Sonntag nachm. 4 Uhr
entschiedel nach langer Krankheit
meins geliebter Mann, unser guter
Vater, der Buchdrucker

Karl Schamberger

im 71. Lebensjahre. 6586
Hil behütet zeigen dies an
Frau Marie Schamberger geb. Franz
nebst Kindern
Klegandinenstraße 45.
Die Beerdigung findet am Dienst-
tag nachmittags 6 Uhr von der
Halle des neuen Luisen-Strechhofes,
Hildorf, Hermannstraße, aus statt.

Verein Berliner

Buchdruck - Maschinenmeister.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass am Sonntag nachm. 4 Uhr
unser alter Kollege und Zuvorlbe
Karl Schamberger
nach langem schwerem Leiden ver-
storben ist.
Sein Andenken werden wir stets
in Ehren halten.
Die Beerdigung findet am
Dienstag nachmittags 6 Uhr von
der Halle des neuen Luisen-
Strechhofes, Hildorf, Hermann-
straße 186, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

August Krug

im 72. Lebensjahre.
Den Namen der Hinterbliebenen:
Paul Krug, Ederstr. 7.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 15. d. Mts., nachmittags
6 Uhr, von der Leichenhalle des
St. Georgen-Kirchhofes, Land-
berger Allee, aus statt. 6586

Möbelfabrik „Stern“

Eingetragene Genossenschaft mit be-
gründeter Stellung.
Bilanzkonto per 31. Dezember 1906.
Aktiva.
Kassendefizit 16 381,41
Barenbestand 56 300,—
Inventar-Konto 4974,78
17% Rückst. 845,78 4 129,—
Debitoren-Konto 30 156,—
Bank-Konto 12 769,85
Summa 119 678,76
Passiva.
Anteil-Konto 810,—
Darlehn-Konto 101 068,60
Darlehens-Konto-Zinsen 8 903,54
Reservefonds 395,—
Spezial-Reservefonds 389,09
Unkosten-Konto 1 750,—
Kreditoren-Konto 5 706,76
Reingehalt 8 685,17
Summa 119 678,76
Die Zahl der Genossen beträgt am
Schluss des Geschäftsjahres 27; ein-
getreten sind im vorliegenden Geschäfts-
jahre keine, ausgeschieden auch keine.
Das Geschäftsguthaben der Ge-
nossen beträgt 810 M., die Passivumme
auch 810 M.
Das Geschäftsguthaben und die
Passivumme hat sich um nichts erhöht
noch vermindert. 6526
Der Vorstand.
Krieger. Kowatsch.

Steidl-Theater.

Brückenstr. 2 (a. d. Jannow-Br.)
Neues Programm!!!
Abn. 8 Uhr. Tageskasse 11—2 Uhr.
Steidl-Restaurant (Garten):
Gr. Dyberski-Konzert.
Eintritt frei

Otto Pritzkow, Münzstr. 16,

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien.
Der Untergang des
Dampfers „Berlin“.
188 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Freienwalde a./O.

Den Genossen zur Nachricht, dass
ich das Lokal von Kadda's, Kronen-
straße 8, übernommen habe. Freunden-
stimmer, Carl, Garten zur Verfügung.
Bei gepöckelten Gerichten und Speisen
zu jeder Zeit. Ich bitte, das mir
bisher gezeigte Vertrauen auch ferner
in meinem neuen Unternehmen ent-
gegenzubringen. 48952*
Wilhelm Voigt
früher Ederwallstraße 7,
Mitglied des Verbandes der freien
Gast- und Schenkwirts Deutschlands.

Englischen Unterricht,

einzelu und im Histeil, erzieht 36372*
Gertrud Swienty,
Schlesberg, Sedanstraße 57, III.

Sozialdemokratischer Wahlverein im 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 14. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Kösliner Hof, Köslinerstr. 8:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Was hat das deutsche Volk von den Blockparteien zu erwarten? Referent: Parteisekretär Hermann Müller. 2. Diskussion.
Gäste — auch Damen — willkommen. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand. 240/7*

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 14. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

2 Volksversammlungen

in den Lokalen von 232/16*
Fritz Hoppe, Hermannstraße 49 und
Thiels Festsäle, Bergstraße.

Tages-Ordnung:
Wirtschaftliche Fragen der Gegenwart. Referenten: Arbeitersekretäre Genossen **Eugen Brückner** und **Ritter**.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15 v. III, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4 Nr. 2789.

Achtung! 26 Mitglieder-Versammlungen.

Tages-Ordnung:
1. Der Aussperrungsbeschluss der Unternehmer.
2. Wahl der Delegierten zur Zahlstellenversammlung. 254/13
Dienstag, den 14. Mai 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

- | | |
|---|---|
| Bezirk 2 bei Feind, Weinstr. 11. | Bezirk 12 Verolinasäle, Schönhauf. Allee 28. |
| 4 bei Freier, Koppenstr. 29. | 14 bei Gehlhaar, Ziegel, Berlinerstr. 92. |
| 5 bei Ruff, Mantuffelstr. 95. | 17 bei Setteborn, Nieder-Schönhausen, Lindenstr. 1. |
| 6 Märkischer Hof, Admiralsstr. 18a. | 25 bei Pittin, Remelerstr. 67. |
| 8 Klubhaus Schöneberg, Hauptstraße 5/6. | 26 Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42. |
| 9 bei Zacharias, Stromstr. 28. | |

Mittwoch, den 15. Mai 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

- | | |
|---|--|
| Bezirk 3 Germania Brauerei, Frankfurter Allee 53. | Bezirk 19 bei Grube, Friedenau, Kaiser Allee 85 |
| 7 Anhalt, Neffsource, Rödernstr. 114. | 20 bei Content, Weissensee, Friedrichstraße 1. |
| 10 Kösliner Hof, Köslinerstr. 8. | 21 bei Dersch, Zeltow, Zehlendorferstr. 4. |
| 11 bei Dübber, Ufedomstr. 33. | 22 bei Kaufhold, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 18. |
| 13 Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. | 23 bei Ratusch, Wilmerdorf, Umlandstraße 71. |
| 15 bei Thiel, Rixdorf, Bergstr. 151. | 24 bei Reichardt, Mariendorf, Chausseestr. 16. |
| 16 bei Viskenhagen, Scharnweberstr. 60. | 28 bei Mick, Zehlendorf, Karlstr. 12. |
| 18 bei Reifen, Groß-Pichterfelde, Chausseestr. 104. | |

Die in Berlin und Vororten beschäftigten Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands werden hiermit aufgefordert, vollständig in diesen Versammlungen zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen, da der Versammlungsbefehl in demselben bescheinigt wird.
Der Zahlstellen-Vorstand.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter

Deutschlands. — Zweigverein Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 16. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal Neue Welt, Hasenheide 108-114:

Ankerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 34/3*
1. Unsere bevorstehende Lohnbewegung. 2. Diskussion.
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.
Recht regen Besuch erwartet Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Dienstag, den 14. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 86/9
1. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt und Abstimmung über den Schiedspruch.
2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch und Karte keinen Eintritt.
Stimmzettel am Eingang des Saales. Die Ortsverwaltung.

In unseren Kolonien
Friedersdorf-Petershag. □ R. 7/12 an
Seegefeld 8
Finkenkrug 8
Hoh.-Neuend., Gohmald . . . 10
Wandorf, Bahnh. 25
Günstigste Zahlungsbedingungen.
Nieschalke & Nitsche,
Berlin, Landsbergerstraße 66.

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** an Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Achtung!

Zentral-Verband

der

Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,

im Lokale „Neue Welt“, Hasenheide Nr. 108-114:

Außerordentliche

General-Versammlung

aller zum Zweigverein Berlin gehörigen Zahlstellen und Bezirke der Maurer.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Aussperrung im Berliner Baugewerbe.

Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

130/14* Die Verbandsleitung.
NB. Die Mai-aussperrten Kollegen auswärtiger Zweigvereine, welche in Berlin arbeiten, sich aber nicht in Berlin, sondern in ihrem Heimort zur Kontrolle gemeldet haben, können, falls sie Anspruch auf Unterstützung erheben, dieselbe während der Bureaustunden auf dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, Zimmer 29, in Empfang nehmen. D. C.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. — Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer! Achtung!

Am Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, finden in den bekannten Lokalen die

Bezirkssitzungen

statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Sitzung zu erscheinen. 133/20 Die Obleute.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Ortsverein Berlin.

Bureau: Steinstraße 38.

Telephon: Amt III 3100.

Mittwoch, 15. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Mitgliedsbuch legitimiert. (120/9*) Der Vorstand. J. H.: Gustav Seglin.

Achtung! Gewerkschaft der Maler u. verwandter Berufsgen.

Berlins und Umgegend.

Donnerstag, den 16. Mai 1907, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal „Feuersteins Festsäle“, Alte Jakob-Straße 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Schriftstellers Herrn Gustav Landauer über: „Politik und Sozialismus“.
2. Diskussion. 3. Anträge und Verschiedenes. 151/1
Gäste willkommen!
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. J. H.: Karl Klein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokale des Herrn Obst. Reiningersstraße 8 (Tunnel):

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 86/10
Bericht über die Einigungsverhandlungen und Abstimmung über den Schiedspruch.
Der Vorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Villale Berlin II.

Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Verbreitung des „Steinarbeiter“.
2. Gewerkschaftliches.
Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Auf Teilzahlung!
Wöchentlich nur 1 Mark.
Uhren jeder Art sowie Gold-, Silber-, Phonograph, Platten, Sprechmaschinen, Harmonikas, Mandolinen, Geigen usw. Große Auswahl in Platten, erste Edison-Apparate und Walzen zu Original-Preisen.
Jahre & König,
Warschauerstr. 72, 1. Etage,
Reinickendorferstr. 101, 1. Etage.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Mocquets.
Plüsch-Sattelstaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Berlin,
Emil Lefèvre, Oranienstr. 150.

Partei-Angelegenheiten.

Die Adressen der Vertrauenspersonen der Gewerkschaften sind die folgenden:

- Frau Bengels, Warschauerstr. 20 vorn II.
Frau Heipert, Marienburgerstr. 22 vorn II.
Frau Wulff, Kirchstr. 5 rechter Seitenfl. hochpart.
Frau Panzeram, Pappel-Allee 76 vorn I.
Frau Raschke, Wolgasterstr. 8 vorn I.
Frau Hoppe, Wandelstr. 40 vorn II.

Kreisvertrauensperson für Teltow-Weesow: Frau Marie Thiel, Tempelhof, Friedrich Wilhelmstr. 17.
Kreisvertrauensperson für Nieder-Varnim: Frau Elise Reumann, Weissensee, König-Chaussee 40.

Charlottenburg. Auf die heutige Abend im Volkshaus stattfindende öffentliche Versammlung, in der Genosse Reichstagsabgeordneter Sebering über die politische Arbeit der Sozialdemokratie referieren wird, machen wir noch einmal aufmerksam und erwarten, daß die Genossen zahlreich und pünktlich erscheinen.

Steglitz. Die auf kommenden Mittwoch angeordnete Versammlung findet nicht statt. Dafür am demselben Abend Flugblattverbreitung im ersten Bezirk. Regere Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Tempelhof. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Müller, Berlinerstr. 41/42, die Mitgliederversammlung des Wohlvereins statt, in welcher Genosse Dr. Borchardt über „Monistische Weltanschauung“ sprechen wird. Nachdem: Bericht der Delegierten über die Generalversammlung der Wahlvereine Groß-Berlins, Aufnahme neuer Mitglieder, Vereinsangelegenheiten usw. Die Bibliothek ist an diesem Abend von 7 Uhr an geöffnet. Gäste auch Frauen, haben Zutritt. Der Vorstand.

Wählg. Lichtenberg. Heute abend findet im Lokal von Gebrüder Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen? Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Artur Stadthagen. 2. Fortschritt der verlagten Debatte über den Bericht der Zeitungskommission. 3. Eventuelle Neuwahl der Zeitungskommission. 4. Bericht von der Verbands-Generalversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Johannisthal. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Alb. Gobin, Koonstr. 2, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Schütte über die Pariser Kommune. 2. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Broschüre: Abrechnung mit dem Reichslügenverband, kommt zur Verteilung. Der Vorstand.

Kaulsdorf (Ostb.). Heute, Dienstag abend, findet der Zahlabend statt. Erscheinen sämtlicher Genossen ist Pflicht. Der Vorstand.

Weissensee. Heute, Dienstag, den 14. Mai, Mitgliederversammlung im Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Waldow-Werthausen. Mittwoch Wahlvereinsversammlung im „Alten Schützenhaus“. 1. Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann. 2. Bericht von der Verbandsversammlung Groß-Berlin. 3. Parteiangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Die am heutigen Dienstag fällige Mitgliederversammlung findet am 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Reiser, Berlinerstr. 17, Freitag, den 17., haben sämtliche Kommissionenmitglieder und Funktionäre wegen der geplanten „Vorwärts“-Agitation bei J. Franke, Eichbornstr. 18, zu erscheinen. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Heute, Dienstag, Diskutierabend des Wahlvereins bei Warth. Zahlreicher Besuch ist Pflicht.

Berliner Nachrichten.

Das Wachstum Berlins

hat in dem fünfjährigen Zeitraum zwischen den beiden Volkszählungen von 1900 und 1905 sich sehr eigentümlich gestaltet. Endgültig berichtete Angaben hierüber finden sich in dem soeben erschienenen neuesten Jahrgang des Berliner Statistischen Jahrbuchs, der erst die Statistik des Jahres 1905 behandeln kann.

Die ortsanwesende Bevölkerung vermehrte sich von der einen Zählung zur anderen von 1 888 848 auf 2 040 148. Für Ende 1900 und Ende 1905 wurde danach die Bevölkerungszahl auf 1 888 313 und 2 043 313 berechnet, hier beträgt also die Zunahme 155 000. In dem vorletzten Jahrzehnt, von Ende 1895 bis Ende 1900, war die Bevölkerungszahl um nahezu 210 000 gewachsen, im Jahrzehnt 1900-05 ist also eine beträchtlich geringere Bevölkerungszunahme zu verzeichnen gewesen. In diesem letzten Jahrzehnt wäre die durchschnittliche Zunahme pro Jahr 31 000, in Wirklichkeit haben aber diesmal die einzelnen fünf Jahre sehr ungleich große Zunahmen gebracht. Das Jahr 1901 ist mit einem Bevölkerungszuwachs von nur 5628 beteiligt, im Jahre 1902 stieg die Bevölkerungszahl um den gleichfalls noch ungewöhnlich geringen Betrag von 17 687, in 1903 stellte sich die Zunahme auf 34 448, 1904 und 1905 brachten Zunahmen um 42 666 und 54 571.

Die Ursachen dieser Ungleichheiten zeigen sich, wenn der Bevölkerungszuwachs in seine beiden Bestandteile zerlegt wird, in den Geburtenüberschuß und den Wanderungsüberschuß. Der Geburtenüberschuß stellte sich für dieses Jahrzehnt auf 81 429, der Wanderungsüberschuß war in demselben Zeitraum nicht höher als 73 571. In den einzelnen fünf Jahren war der Geburtenüberschuß 16 361, 18 639, 15 944, 15 482, 15 003, hier sind also keine sehr erheblichen Verschiedenheiten zu bemerken. Die Zahl der Geburten ändert sich nur ganz allmählich, und auch die Zahl der Sterbefälle kann selbst in ungewöhnlich günstigen oder in ungewöhnlich ungünstigen Jahren doch immer nur um einige Tausend vom Durchschnitt abweichen. Dagegen war das Verhältnis der Zugzüge zu den Wegzügen in den ersten dieser fünf Jahre derartig, daß damals überhaupt kein Wanderungsüberschuß, sondern ein Wanderungsverlust herauskam. Das Statistische Amt hat bei den Zuwanderungen in Rechnung gestellt: für 1901 ein Defizit von 10 733, auch für 1902 noch ein Defizit von 952, sodann für 1903 einen Ueberschuß von erst 18 504, für 1904 und 1905 Ueberschüsse von 27 184 und 39 568. Die Summe dieser Ueberschüsse vermindert um die Defizits ergibt für das ganze Jahrzehnt den oben genannten Wanderungsüberschuß von nur 73 571.

In diesen Zahlen spiegelt sich der Gang der wirtschaftlichen Verhältnisse, das Auf und Ab der Mehrung oder Niederung der Arbeitsgelegenheit. Immer, wenn in der Industrie Beschäftigungsmangel eintritt, verringert sich in den Großstädten der Ueberschuß der Zuwanderung über die Abwanderung, und nicht selten wandelt er sich sogar in ein Defizit. So brachte, wie oben ersichtlich ist, diesmal besonders das Jahr 1901 der Reichshauptstadt eine ungewöhnlich geringe Zahl von Zugzügen und eine ungewöhnlich hohe Zahl von Wegzügen.

Die Deputation für das städtische Turn- und Badewesen gibt bekannt, daß am Donnerstag, den 10. Mai, morgens 8 Uhr, die städtischen Flussbadeanstalten eröffnet werden und zwar:

- A. Für männliche Personen: 1. Hinter der Mühlenstraße 50, 2. an der Fruchtstraße, 3. an der Waisenbrücke, 4. im Vorderen Mühlengraben an der Jungfernbrücke (gegenüber der königlichen Münze), 5. an der Ebertsbrücke, 6. an der Roßbiter Brücke, 7. im Nordhafen an der Fernbrücke.
B. Für weibliche Personen: 1. Hinter Mühlenstraße 50, 2. oberhalb der Schillingbrücke, 3. an der Waisenbrücke, 4. an der Ebertsbrücke, 5. an der Lessingbrücke, 6. im Nordhafen an der Fernbrücke.

Die Badeanstalt im Nordhafen ist jeden Montag und Freitag für Frauen, an allen übrigen Tagen für Männer geöffnet. Am zweiten Pfingstfeiertage bleiben sämtliche Anstalten geschlossen.

Wegen Eröffnung der Doppelbadeanstalt an der Eubrystraße ergeht besondere Bekanntmachung.

Das Nähere über die Benutzungzeit, über die Preise der Bäder, Schwimmunterricht und Badewäsche ergeben die bei allen Anstalten befindlichen Tarife.

Kinder unter 10 Jahren werden nur in Begleitung Erwachsener zugelassen.

Für den Teltow- und Prinz-Friedrich-Leopold-Kanal veröffentlicht der Regierungspräsident soeben eine mit dem heutigen Tage in Kraft tretende Strom- und Schiffsahrts-Polizeiverordnung. Danach wird die Fahrgehindigkeit der im Leopold-Kanal zugelassenen Dampfschiffe und Motorboote auf höchstens vier Kilometer festgesetzt. Für beide Kanäle regelt § 11 der neuen Vorschriften den Kanalschleppdienst, durch den im allgemeinen die Fortbewegung der Fahrzeuge ausschließlich erfolgt, da jeder andere Betrieb, auch durch Segeln oder Rudern, verboten ist. Die Ein- und Ausfahrt von und nach der Havel darf regelmäßig nur durch die Kanalmündung bei Klein-Glienide, die Ein- und Ausfahrt von und nach der Spree-Oder-Wasserstraße nur durch die Mündung bei Grünau erfolgen; die Durchfahrt durch die Mündung des Zweigkanals bei Treptow ist nur den Schiffen gestattet, welche von Flößen unterhalb der Längen Weide in Köpenick kommen oder dorthin gehen, aufladenden im Zweigkanal selbst löschenden oder ladenden Schiffen. Eingehende Vorschriften regeln das Anlegen der vom Schleppzug abgepöppelten Schiffe mit Rücksicht auf den Treidelbetrieb, der in keiner Weise gestört werden darf, die Errichtung von Kranen, Bösch- und Ladevorrichtungen, welche so einzurichten sind, daß eine Verührung mit den elektrischen Leitungsanlagen oder eine Unterbrechung in der Stromzuführung ausgeschlossen ist, die Benutzung der Häfen- und Liegeplätze, die Befestigung der Fahrzeuge am Ufer usw. § 18 legt den Eigentümern der Bösch- und Ladeplätze die Verpflichtung auf, nach Anweisung der Strompolizeibehörde für die erforderlichen Entnahmestellen von gutem Trinkwasser, das unentgeltlich zu liefern ist, für Bedürfnisanstalten, Müllgruben usw. Sorge zu tragen. Der Floßholzverkehr (mit Flößen von höchstens 60 Meter Länge und 4,6 Meter Breite) wird nur ausnahmsweise zugelassen. Die §§ 21-23 enthalten ausführliche Vorschriften über das Verhalten der Schiffer von der Einfahrt in den Kanal (Anmeldung usw.), über die Zusammenstellung und den Betrieb der Schleppzüge und über das Verhalten der Schiffer während der Fahrt (Pflichten der Schiffsführer, An- und Abhängen der Schiffe usw.). Zuwiderhandlungen bedroht § 24 mit Geldstrafen bis zu 60 M. oder verhältnismäßiger Haftstrafe.

Pfingst-Sonderzüge werden in der Zeit vom 16. bis 23. Mai auch auf den Strecken des Eisenbahn-Direktionsbezirks Stettin in großer Zahl abgelassen werden. Zur Beförderung gelangen hauptsächlich Vozüge zu den meistbenutzten Personenzügen nach Stettin, Stargard, Belgard, Kolberg, Angermünde, Pasewalk, Straßburg, Eberswalde, Briesen, Seelow, Gransee, Neu-Strelitz usw. Fil- und Schnellzüge gehen: am 18. und 19. Mai 8 1/2 vorn nach Stargard i. P., am 17. und 22. Mai 8 30 nach Belgard (am 18. Mai bis Kolberg), am 18. und 19. Mai 8 21 vorn, und am 18. Mai 8 24 vorn nach Neu-Strelitz. Näheres enthalten die aushängenden Bekanntmachungen.

Die ersten Hitzwärme werden vom Sonntag gemeldet. Die ungewöhnlich hohe Wärme, die trotz der noch frühen Jahreszeit bereits 32 Grad im Schatten erreicht hat, wirkt außerordentlich erschöpfend auf Menschen und Tiere. Unter den Pferden hat die Hitze bereits erheblichen Schaden angerichtet. Am Sonntag wurden neben einer großen Anzahl Tiere auch einige Personen vom Hitzschlag betroffen. So brach in der Chausseestraße ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann zusammen. In betäubtem Zustande wurde er nach der Charité gebracht, wo bei ihm Hitzschlag festgestellt wurde. Am Stettiner Bahnhof wurde der Radfahrer Adolf Rippe aus der Treptowstraße 6 in Nieder-Schönhausen vom Hitzschlag befallen. Der Bedauernswerte geriet schließlich in einen Wutanfall und mußte nach der Unfallstation in der Eichendorffstraße gebracht werden. Auch am Retzfeldplatz brach ein junger Mann vom Hitzschlag getroffen zusammen.

Städtische Arbeiter. Man schreibt uns aus den Kreisen städtischer Arbeiter: „Es ist schon oft darüber gesagt worden, daß die Verwaltungskörper der Berliner Werke ein wahres Schneedenntempo einzuschlagen belieben, wenn es sich um die Erledigung von Arbeiterwünschen handelt. Die Arbeiter der Bauverwaltung der städtischen Kanalisation haben schon im vorigen Herbst eine Eingabe an die Deputation für die Kanalisation gerichtet, in welcher sie die Errichtung eines Arbeiterausschusses, Beschaffung von Neubäuden, achtstündige Lohnzahlungen, Lieferung von Handwerkzeug und sonstige leicht zu gewöhnliche Forderungen aufgestellt hatten. Die Deputation wählte eine Subkommission, welche die Forderungen der Arbeiter vorzubereiten hatte. Im „Vorw.“ vom 26. Nov. wurde über die Ergebnisse dieser Beratung berichtet und die Arbeiter rechneten nun darauf, recht bald zu hören, wie sich die Deputation zu den Wünschen der Subkommission gestellt habe. Bis zum heutigen Tage war es trotz aller Bemühungen nicht möglich, zu erfahren, was die Deputation zu beschließen für gut befunden hatte. Selbst die persönlichen Erklärungen eines Vertreters des Gemeindearbeiterverbandes, der sich bis zum Vorsitzenden der Deputation, Magistratsrat Warggraf wandte, waren nicht im Stande, Licht in das Deputationsdunkel zu bringen. Die Organisation hat sich innerhalb weniger Wochen zweimal an die Deputation gewandt und man kann nun gespannt darauf sein, wann die Arbeiter in den Besitz der Antwort gelangen werden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht verschweigen, daß ein Arbeiter der Bauverwaltung (Bau- und Hausanschlüsse der Kanalisation) letzte Woche über mangelhafte Wasservorrichtungen und über wenig anständige Wohnanlagen seitens eines früheren Streckenaufsehers, jetzigen Lagerplatzverwalters Steiger klagte. Wer gegen den freien Ton des St. etwas einzuwenden, für den liegen „Wuch und Papiere“ stets bereit! Es würde nicht schaden, wenn die Herren der Verwaltung einmal nach dem Rechten auf den Arbeitsplätzen der genannten Arbeiterkategorie lähen.“

Von einem Dampfer überrollt. Eine Schiffskatastrophe, bei der drei Personen den Tod in den Wellen gefunden haben, hat sich Sonntag abend in der achten Stunde auf der Havel bei Potsdam ereignet. In der Nähe der Glienide Brücke überfuhr der Personendampfer „Wannsee“ der Schiffahrts-Gesellschaft Kreis Teltow ein mit sieben Personen besetztes Ruderboot. Sämtliche Insassen stürzten in die Fluten und gelang es, nur vier Personen zu retten. Der Dampfer „Wannsee“ war gegen 1/6 Uhr von Potsdam abgefahren, um die Strecke Glienide-Pfaueninsel-Gladow-Wannsee zurückzulegen. An der Haltestelle Glienide hatte er bereits angelegt und als er sich schon wieder in voller Fahrt befand, tauchte vor ihm ein mit sieben Personen besetztes Boot auf. Das Boot schaukelte in direkter Linie vor dem Dampfer und die Ruderer, die vermutlich das Fahrzeug durch den Wellengang des Dampfers hochtragen lassen wollten, hielten sich trotz der Warnungssignale des Kapitäns in unmittelbarer Nähe des Schiffes auf. Kurz vor dem in voller Fahrt befindlichen Dampfer versuchten sie dann noch das Boot vorüberzuleiten. Dies gelang ihnen aber nicht mehr. Obwohl sofort die notwendigen Anstalten gemacht wurden, den Dampfer zu stoppen, wurde das Boot mitten durch geschnitten und alle Insassen, darunter eine Frau und zwei Kinder, wurden ins Wasser geschleudert. Die Insassen binzufahrender Motorboote machten sich sofort an die Rettung der Ertrinkenden. Es glückte ihnen denn auch schließlich, vier derselben zu bergen. Dagegen konnten die übrigen drei Personen nicht mehr gesehen werden. Sie sind zweifellos unter den Dampfer geraten und hilflos ertrunken.

Gestern morgen wurden ihre Leichen geborgen. Die Schuld an der Katastrophe liegt auf Seiten der Ruderer, die trotz der Warnungssignale des Kapitäns und der Zurufe der Passagiere dicht vor dem Dampfer vorüberfuhr. Auf dem Dampfer war unter den Fahrplätzen eine Panik entstanden und mehrere Frauen fielen in Ohnmacht.

Von anderer Seite werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Von Potsdam aus hatten sich mehrere Familien, und zwar diejenige des Lehrers Kösch sowie der Gärtner Ried und Specht, ein Boot genommen und fuhrten die Havel entlang nach dem Griebnitzsee zu. Es waren im ganzen neun Personen, die in dem kleinen Boot fuhrten, halbwüchsige Kinder ruderten und am Steuer befand sich eine Frau. Das kleine Fahrzeug befand sich gegen 6 Uhr nachmittags auf dem Griebnitzsee zwischen Sternbrücke und dem Palais des Prinzen Leopold, als von der Pfaueninsel kommend, der Passagierdampfer „Wannsee“ in einer Entfernung von etwa 150 Meter herannahte. In diesem Augenblick fuhr das Boot direkt in die Fahrbahn des Dampfers hinein, der sofort Warnungssignale gab. Die Insassen des Bootes mußten nun vollkommen den Kopf verloren haben, denn anstatt sich durch einige Ruderschläge in Sicherheit zu bringen, zogen die Kinder die Ruder ein, und so trieb der Rachen mit der Breitseite gegen den „Wannsee“ an. Wiewohl der Schiffsführer das Signal „Rückwärts fahren“ gegeben hatte, konnte der Zusammenstoß nicht verhindert werden; der Bug des Dampfers schlug das Boot und zertrümmerte mehrere Planken desselben. In diesem Augenblick kenterte auch schon der Rachen und die Insassen stürzten in das Wasser. Vom Dampfer wurden die Rettungsarbeiten sofort in Angriff genommen, und mehrere Motorboote sowie ein mit vier Ruderern besetzter Schuler des Rudervereins „Vireta“ Potsdam eilten herbei. Es gelang sechs der in den Fluten mit dem Tode kämpfenden zu retten, und sie nach dem nahe gelegenen Restaurant Gajah zu bringen, wo ihnen aufopfernde Pflege zuteil wurde. Es stellte sich nun heraus, daß drei Personen ertrunken waren, und zwar die 25 jährige Frau des Gärtners Specht, der 12 jährige Sohn des Lehrers Kösch, eines Schwagers des Gärtners Ried, welcher letzterer seinen kleinen Keffen zur Bootsparte eingeladen hatte, sowie ein etwa 11 jähriges Mädchen, dessen Personalien noch nicht ermittelt werden konnten und das vermutlich in Potsdam zu Besuch weilte. Die Leichen sind gestern morgen auf der Havel zwischen Wabelsberg und Leopoldsbrücke von Potsdamer Fischern aufgefunden und geborgen worden.

Ueber ein schweres Automobilunglück, das sich am Himmelfahrtstage ereignete, und über das bürgerliche Blätter ganz entstellte Berichte brachten, werden uns nachträglich folgende Mitteilungen gemacht: Der Chauffeur F. machte am Mittwoch voriger Woche mit einem eben erst reparierten Topfberigen Auto in Gesellschaft zweier Monteure eine Probefahrt nach Leipzig. Am Himmelfahrtstage ging's wieder zurück nach Berlin. Unterwegs mußte noch ein mehrstündiger Aufenthalt wegen einer Reparatur gemacht werden und so gelangte die kleine Gesellschaft nachmittags in Reckhof an. Da die Teilnehmer der Fahrt seit früh nichts gegessen hatten, wurde hier Kost gemacht und Kaffee getrunken. Bei dieser Gelegenheit trafen die drei zwei Bekannte, den Kaufmann Stolzenburg und den Zigarrenhändler Dühring, welche kamen, mit nach Berlin fahren zu dürfen. Die Bitte wurde gewährt. Zwischen 8 und 4 Uhr kam die nunmehr fünfköpfige Gesellschaft an den Kaiser Wilhelmsturm. Man fuhr den Berg hinunter und gelangte an eine Kurve, die in den sogenannten Sandweg ausläuft, eine Stelle, an der schon manches Unglück geschehen ist. Das Auto, ein großer, schwerer Wagen, brachte die Sandmasse ins rutschen und der Wagen schleuderte hinten gegen einen Baum, ehe es möglich war, ihn zum Stehen zu bringen. Die drei, die hinten im Wagen saßen, wurden herausgeschleudert, dem einen Monteur wurden ein Bein und zwei Finger gebrochen, er wird im Krankenhaus Bestend behandelt. Der Zigarrenhändler erlitt einige Hautabschürfungen und verlor zwei Zähne. Am schlimmsten erging es dem Kaufmann Stolzenburg, dem das Rückgrat gebrochen wurde; er ist am Freitag im Krankenhaus gestorben. Der zweite Monteur, der neben dem Chauffeur saß, wurde zwar auch aus dem Auto geschleudert, kam aber wie der Chauffeur ohne Verletzung davon. Nachdem das Unglück geschehen und der Wagen stand, holte der Chauffeur sofort Hilfe für die Verletzten; seitdem ist er aber verschwunden. Die Angehörigen besorgten, daß der dreißigjährige Mann offenbar nach dem Unglück den Kopf verloren und sich ein Leid angetan hat. Nach der vorstehenden Schilderung scheint dem Chauffeur keine Schuld an dem schweren Unglück zu treffen. Der Chauffeur wird als ein sehr tüchtiger Mensch und gewissenhafter langjähriger Fahrer geschildert.

Die „Lieberrgemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands“ hält am 19. und 20. Mai in Berlin im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus kleinsten Anfängen und unter größten Schwierigkeiten im Jahre 1892 auf Antrag des „Dresdner Arbeiter-Sängerbundes“ gegründet, wurden zwei Jahre später schon circa 16 000 Sänger als Mitglieder festgestellt, jetzt gehören der „Lieberrgemeinschaft“ circa 1275 Vereine mit weit über 75 000 Mitgliedern an; sämtliche in Deutschland bestehenden Arbeiter-Sängerbünde sind der „Lieberrgemeinschaft“ angeschlossen. Die Hauptaufgabe der letzteren besteht darin, den Männergesang in Arbeiterkreisen durch Herausgabe von Freiheitsliedern usw. zu pflegen und in einheitliche Bahnen zu lenken. Daß sie dieser Aufgabe gerecht wird, hat sie durch bereits 46 herausgegebene und den Arbeiter-Gesangsvereinen übermittelte Lieber bewiesen, welche bei Arbeiterfestlichkeiten gesungen und gern gehört werden. Seit der letzten Generalversammlung (1904) sind den Vereinen resp. Bänden 10 neue Lieber zur Verfügung gestellt; immerhin eine stattliche Zahl, wenn man sich vor Augen hält, daß sich der Ausbreitung von Arbeiterliedern bisher nur wenig hierzu ge-

